Montag, 13. Oktober 1986 · D ***

Axel Springer Verlag AG, Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11; Zentralredaktion Bonn (02 28) 30 41 / Anzeigen: Hamburg (040) 3 47 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 3 47 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

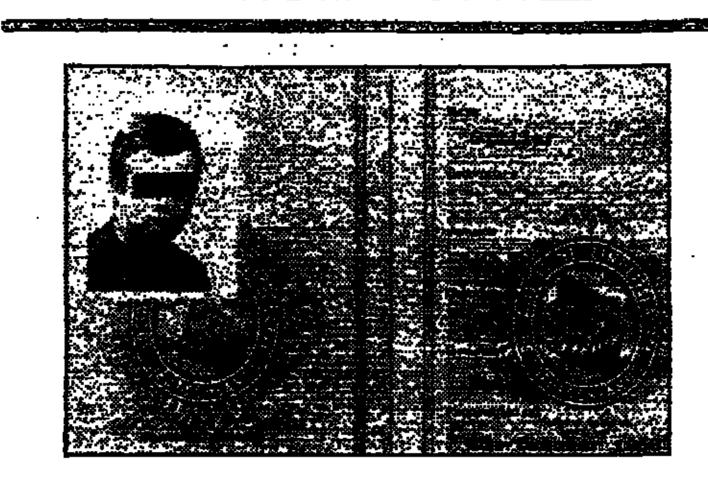
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 238 - 42.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

exklusiv in der WELT



Agent Stiller: Abschied für immer

Er studierte Physik. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) warb ihn an. Seine Aufgabe: Einsatz von Agenten in der Bundesrepublik Deutschland, Werbung von Professoren und Studenten. Zielgebiet Kernforschung. Er brachte es bis zum Parteichef im Spionageapparat. Aber er haßte das System, dem er diente. Am 18. Januar 1979 verließ Werner Stiller Ost-Berlin. Es war ein Abschied für immer. 17 Ost-Spione wurden mit seiner Hilfe verhaftet, 15 weitere konnten fliehen. Die WELT veröffentlicht von heute an einen Vorabdruck aus dem Stiller-Buch „Im Zentrum der Spionage", das Ende Oktober im v. Hase & Koehler Verlag erscheint. Seite 7

Heute in der WELT

Gewalt – ein Zeichen der Zeit?

Die Freude am „Kaputtmachen" bestimmt immer mehr auch das kriminelle Handeln. Einbrecher stehlen nicht nur, sondern schlagen auch noch alles kurz und klein. Mörder bringen motivlos Menschen um. Alfred Stümper, Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg, kommt in seiner Analyse zu einem erschreckenden Ergebnis: Die wachsende Bereitschaft zur Gewalt ist ein Produkt unserer Zeit. Seite 5.



Vierte Runde in Reykjavik nährt die Hoffnung auf Erfolg

USA: Fortschritte bei der Rüstungskontrolle

FRITZ WIRTH, Reykjavik

US-Präsident Reagan und der sowjetische Parteichef Gorbatschow haben gestern nachmittag zur allgemeinen Überraschung eine vierte Verhandlungsrunde bei ihrem Gipfeltreffen in Reykjavik vereinbart. Nach der dritten Unterredung, die mit einiger Verspätung zu Ende gegangen war, hatten sich beide Staatsmänner lächelnd mit einem Handschlag getrennt.

Nach Informationen des amerikanischen Sprechers Larry Speakes waren zu diesem Zeitpunkt „Fortschritte" erzielt worden. Es hatte aber noch keine endgültigen Vereinbarungen gegeben.

Anlaß der ungeplanten Verlängerung waren Meinungsverschiedenheiten im Bereich der Rüstungskontrolle, bei den Mittelstrecken- und den strategischen Raketen. Dagegen kam es in den Gesprächen zum Thema Menschenrechte und der Regionalkonflikte nach Auskunft von Speakes ebenfalls zu Fortschritten. Sie waren aber kein Anlaß zur Verlängerung des Gipfeltreffens.

Offensichtlich konzentrierten sich die Differenzen vor allem auf die Gebiete der Weltraumverteidigung SDI, der Reduzierung von strategischen Nuklearwaffen und dem von den Sowjets angestrebten Nukleartest-Moratorium.

„Der Präsident zeigte sich hart in diesen Diskussionen und war nicht bereit, seine prinzipiellen Positionen in diesen Abrüstungsbereichen aufzugeben", sagte Speakes. Er gab jedoch zu erkennen, daß man sich in den Diskussionen um eine Reduzierung der Mittelstreckenraketen bisher am nächsten gekommen sei.

Speakes gab diese Informationen, nachdem die sowjetische Nachrichtenagentur Tass offenbar in Verletzung der vereinbarten Nachrichtensperre bekanntgegeben hatte, daß beide Seiten in den Mittelstrecken- und „START"-Gesprächen Vereinbarungen erzielt hätten. Speakes protestierte scharf gegen diese Nachrichtenpolitik der Sowjets und schwächte die sowjetischen Behauptungen ab. Es seien bisher noch keine Vereinbarungen erreicht worden.

Auf amerikanischer Seite wertet man den Bruch der Nachrichtensperre durch die Sowjets als einen Versuch, zum Ende der Konferenz öffentlichen Druck auf Reagan auszuüben und ihm ein mögliches Scheitern der angestrebten Vereinbarungen in Rüstungskontrollfragen anzulasten.

Bemerkenswert ist jedoch, daß überhaupt von Vereinbarungen gesprochen wird. Ursprünglich war nur

SEITE 3: Der Geist von Genf

geplant worden, in Reykjavik Leitlinien für die Abrüstungsunterhändler in Genf auszuarbeiten.

Erste Anzeichen über die Intensität der Gespräche waren am Samstagabend erkennbar geworden, als beide Regierungschefs beschlossen hatten, zwei unabhängig voneinander tagende Arbeitsgruppen einzusetzen, von denen sich eine mit Rüstungskontrollproblemen und eine zweite mit humanitären, bilateralen und regionalen Krisenfragen beschäftigten.

Aus den Sitzungen der beiden Gruppen entwickelten sich unerwartete Marathonsitzungen, die erst nach neun beziehungsweise elf Stunden am Sonntagmorgen zwischen 4.30 Uhr und 6.30 Uhr zu Ende gingen. Die Einsetzung der beiden Gruppen wurde als ein Zeichen dafür gewertet, daß Reagan sein Ziel erreicht hatte, die humanitären Themen gleichberechtigt neben den Rüstungskontrollfragen auf die Tagesordnung zu bringen.

Während Reagan und Gorbatschow die Gespräche im Hofdi-Haus in Reykjavik am Sonntagmittag für eine anderthalbstündige Mittagspause unterbrachen, setzten die beiden Außenminister Shultz und Schewardnadse mit ihren Beratern die Rüstungskontrolldiskussionen fort. Reagan und Gorbatschow stießen später zu diesen Verhandlungen hinzu. Die Begegnung von Reykjavik, elf Monate nach dem ersten Gipfeltreffen der beiden Staatsmänner in Genf, sollte der Vorbereitung eines geplanten zweiten Gipfeltreffens der Chefs der Supermächte möglichst noch in diesem Jahr in den Vereinigten Staaten dienen.



Am Tatort: Erschossen liegt Gerold von Braunmühl am Boden. Die Polizei beginnt mit der Spurensicherung. FOTO: HANS-GÜNTHER OED

Terroranschlag in Bonn: Polizei sucht eine Frau

Täter benutzten Waffe, mit der Schleyer ermordet wurde

W. K. Bonn

Bei der Fahndung nach den Terroristen, die am Freitagabend den Leiter der Politischen Abteilung 2 im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Gerold von Braunmühl, vor dessen Haus in Bonn-Ippendorf ermordet haben, sucht die Polizei auch nach einer Frau. Mit dem Mord an dem 51jährigen Beamten hat die linksextremistische „Rote Armee Fraktion" (RAF) ihre Angriffe gegen den Staat jetzt auch auf die Politik ausgedehnt.

Nach Angaben der Bundesanwaltschaft wurde von Braunmühl von vier Schüssen getroffen, unter anderem in Herz und Kopf. Der Kopfschuß sei auf das bereits am Boden liegende Opfer abgegeben worden. Eine der beiden Tatwaffen wurde bereits bei der Ermordung von Arbeitgeberpräsident Schleyer benutzt. Das BKA sieht dies als Beleg, daß es Bindeglieder zwischen der RAF von 1977 und heute gibt.

Aus einem siebenseitigen RAF-Schreiben zu dem Mord geht hervor, daß die Terroristen über die Arbeitsstrukturen im Bundesaußenministerium Bescheid wußten. Ein Bonner Diplomat, der nicht genannt werden wollte, sieht in dem Attentat einen Angriff auf die Entspannungspolitik der Bundesregierung. Die Terroristen bekämpften diese Politik der Mäßigung, weil sie das Entstehen einer revolutionären Situation in der Bundesrepublik verhindere.

Die Grünen-Politikerin Antje Vollmer richtete einen Appell an die Terroristen: „Hört endlich auf mit diesem tödlichen Wahnsinn." Die inhaftierten RAF-Mitglieder sollten ihr Schweigen zu „solchen Mordaktionen aufgeben und dazu beitragen, daß nicht weitere junge Menschen auf diesen politischen Unglücksweg gerieten. Kein Motiv könne dieses abscheuliche Verbrechen rechtfertigen, erklärten die Grünen im Bundestag.

Seite 3: Weitere Beiträge

DER KOMMENTAR

Taugen die Instrumente?

ENNO v. LOEWENSTERN

Der Mord an dem Bonner Ministerialdirektor Gerold von Braunmühl löste eine typische Spekulationenwelle aus: Jetzt trifft es also auch „Politiker der zweiten Reihe" – hat der Staat genug Schutzleute, um auch seine Ministerialbeamten zu schützen?

Der Ansatz dieser Spekulationen ist bereits falsch, weil defensiv. Natürlich hat der Staat nicht genug Schutzleute, um alle seine Ministerialbeamten zu schützen, geschweige denn Physiker oder Informatiker oder sonstige Bürger – es hat keinen Sinn, hinter Politpsychopathen herzuspekulieren, wen oder was sie als nächstes für geeignete Ziele halten mögen. Aber der Staat hat genug Polizeibeamte, um die Verbrechernester auszuräuchern und Morden vorzubeugen, wenn man ihn nur läßt.

In diesem Staat nun gibt es politische Kräfte, die der Polizei die Hände binden. Sie fallen dadurch auf, daß sie jeden Terrormord mit besonders blumigen Ausdrücken verurteilen, um dann beschwörend vor „Überreaktion" zu warnen. Die Regierung, der Gerold von Braunmühl diente, kennt einige von ihnen. Und sie weiß oder muß wissen, daß es Überwachungs- und Fahndungstechniken gibt, die geeignet sind, Menschenleben zu schützen, ohne daß deshalb die Freiheit aller Bürger eingeschränkt wird. Notfalls können es die Fachleute ihr und allen anderen Betroffenen jederzeit neu erklären.

Rekord bei den Briefwählern

DW. München

Bei der Landtagswahl in Bayern gab es nach Berichten von Wahlhelfern bis zum frühen Nachmittag eine geringere Beteiligung als zur gleichen Tageszeit vor vier Jahren. Bis 14.00 Uhr hatten erst rund 40 Prozent der insgesamt 8,2 Millionen Stimmberechtigten ihr Kreuzchen auf dem Wahlzettel gemacht. 1982 hatte die Wahlbeteiligung bei 78,0 Prozent gelegen.

Die Zahl von 15 Parteien und Wählergruppen, die zur Landtagswahl angetreten sind, ist ebenso ein Rekord wie die der bereits abgegebenen Stimmen der Briefwähler. In München hatten mehr als 100 000 Bürger entsprechende Unterlagen beantragt – mehr als je zuvor. Und auch in Nürnberg wurde mit rund 35 000 Briefwählern gegenüber 1982 ein Anstieg um 1000 Briefwahl-Stimmen verzeichnet. Neben dem Landtag werden in Bayern auch sieben Bezirkstage neu gewählt.

USA helfen Indien beim Waffenbau

Großrechenanlagen für Neu-Delhi ebenfalls im Gespräch / Weinberger zu Besuch

DW. Neu-Delhi

Die Vereinigten Staaten sind offenbar bemüht, ihr Verhältnis zu Indien weiter zu normalisieren und das Land bei der Stärkung seiner Verteidigungskraft zu unterstützen. Darauf deuten die jüngsten Zusagen Washingtons hin. Danach wollen die USA Indien bei der Entwicklung und dem Bau eigener, moderner Waffensysteme helfen. Die Amerikaner sind auch bereit, modernste Großrechenanlagen an Neu-Delhi zu liefern, doch sind die Verhandlungen über die Lieferbedingungen noch nicht abgeschlossen.

Dies ist das Ergebnis „äußerst freundlicher und informeller" Gespräche, die US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger am Samstagabend zum Auftakt eines viertägigen offiziellen Besuchs mit Premierminister Rajiv Gandhi in Neu-Delhi führte. Weinberger sagte nach einem 90minütigen Meinungsaustausch mit Gandhi, Einzelheiten über die indisch-amerikanische Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor würden im Rahmen von Gesprächen der Expertengruppen beider Staaten am Dienstag ausgehandelt. Die indische Regierung ist vor allem an der Lieferung moderner Triebwerke des US-Herstellers General Electric und elektronischer Navigationsinstrumente für ein geplantes indisches Kampfflugzeug interessiert.

Die USA hatten die Rüstungslieferungen an Indien nach dem indisch-pakistanischen Krieg von 1965 eingestellt. In den letzten Jahren hat Indien nicht nur militärische Ausrüstungen aus der Sowjetunion, sondern auch aus Großbritannien, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und Schweden gekauft.

Auf die Frage, ob die USA über die starke rüstungstechnische Bindung Indiens an die Sowjetunion besorgt seien, meinte Weinberger: „Wir sind zu helfen bereit, wenn Indien unser Angebot nutzen will." Es sei Indiens Sache, das Tempo der Zusammenarbeit zu bestimmen.

Weinbergers Visite, die erste eines US-Verteidigungsministers in Indien, wird in Neu-Delhi als wichtiger Schritt in den Bemühungen um eine Entkrampfung der seit Jahren angespannten indisch-amerikanischen Beziehungen angesehen. Der Minister, der an der Spitze einer hochrangigen Expertengruppe des Pentagons aus Peking kam, versuchte während seiner Unterredung mit Gandhi offenbar, die Einwände Neu-Delhis gegen US-Waffenlieferungen an Indiens ehemaligen Kriegsgegner Pakistan zu zerstreuen. Pakistan brauche die Waffen angesichts der sowjetischen Militär-Präsenz im benachbarten Afghanistan. Die militärische Balance werde nicht gestört, da Indien ein militärisches Übergewicht auf dem südasiatischen Subkontinent habe.

Morgen reist Weinberger zu einem offiziellen Besuch Pakistans nach Islamabad weiter.

Verfassung für die Philippinen

DW. Manila

Die von der philippinischen Regierung eingesetzte Sonderkommission hat gestern in Manila den Entwurf einer neuen Verfassung verabschiedet, über den das Volk im Januar abstimmen soll. Nach Angaben eines Kommissionssprechers stimmten 44 der 46 anwesenden Mitglieder für, zwei gegen das Papier, das eine Präsidialdemokratie mit einem Zwei-Kammer-Parlament vorsieht. Nach dem Entwurf soll künftig das Staatsoberhaupt sechs Jahre amtieren, ohne die Möglichkeit der Wiederwahl. Die beiden Kammern der Volksvertretung bedeuten die Wiederbelebung eines Systems, das der vom Präsidentin Aquino gestürzte Marcos 1972 abgeschafft hatte.

CDU für breitere Vermögensbildung

DW. Bonn

In der nächsten Legislaturperiode müßten die Einkommensgrenzen für die Arbeitnehmer-Sparzulage im Vermögensbildungsgesetz angehoben werden, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt (CDU), in einem Gespräch mit der WELT.

Der CDU-Politiker befürchtet, daß vermögenswirksame Leistungen als tarifpolitisches Ziel für die Gewerkschaften an Attraktivität verlieren könnten, wenn immer weniger Arbeitnehmer in den Genuß der staatlichen Prämie kommen. Die Grenzen sind seit 1970 unverändert. Arbeitnehmer haben nur dann Anspruch auf die Sparzulage, wenn bei Ledigen das zu versteuernde Einkommen 24 000 Mark und bei Verheirateten 48 000 Mark nicht übersteigt.

Der Staatssekretär bekräftigte, daß die vermehrte Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand eine staatliche Aufgabe bleibe. „Für das Bausparen und das Beteiligungssparen sind staatliche Anreize unverzichtbar."

Seite 11: Bausparen

Protest der Friedensbewegung

DW. Hasselbach

Gegen die geplante Stationierung von US-Atomraketen im Hunsrück haben nach Angaben von Sprechern der Friedensbewegung am Samstag 170 000 Menschen protestiert; die Polizei sprach von mehr als 100 000 Demonstranten.

Aufgerufen zu dieser bisher größten Protestkundgebung in Rheinland-Pfalz hatte der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, in dem rund 30 Parteien und Organisationen zusammenarbeiten. Die Polizei bescheinigte den Demonstranten „diszipliniertes Verhalten".

Von Kastellaun und Hasselbach bewegten sich die Teilnehmer in zwei Zügen zu dem Kundgebungsgelände auf dem Markt in Bell. 1987 sollen in unmittelbarer Nähe davon 96 Mittelstreckenraketen des Typs Cruise Missile stationiert werden.

Bei der Kundgebung kritisierte die Mainzer Theologin Schottroff die geplante Stationierung als „Vorbereitung zum Massenmord". Andreas Zumach von der „Aktion Sühnezeichen" erklärte, die Demonstration habe gezeigt, daß die Friedensbewegung „nicht tot ist".

Seiten 2 und 5: Weitere Beiträge

Shamir stößt auf Schwierigkeiten

DW. Jerusalem

Der amtierende israelische Regierungschef Shimon Peres und Außenminister Yitzhak Shamir haben am Wochenende ihre Differenzen über die Zusammensetzung der neuen Regierung nicht beseitigen können. Peres und Shamir, die in der kommenden Woche ihre Ämter tauschen, konnten sich gestern auch in ihrem vierten Versuch nicht über die Zukunft des früheren Finanz- und Justizministers Yitzhak Modai einigen. Shamirs Likud-Block ist an einer Rückkehr Modais in das Kabinett interessiert, der nach negativen Äußerungen über Peres im Juli zurücktreten war, Peres' Arbeiterpartei dagegen.

Denkbar sei ein Kompromiß, nach dem Modai der Regierung als Minister ohne Geschäftsbereich angehört. Dies würde es ermöglichen, daß Shamir noch am gleichen Tag das Amt des Regierungschefs übernimmt. Peres war am Freitag zurückgetreten, führt aber die Amtsgeschäfte noch bis zum Ämtertausch weiter. Dieser Tausch ist Bestandteil einer Vereinbarung zur Bildung der Regierung der Nationalen Einheit nach den Wahlen von 1984.

Sozialisten wollen Abstimmung in Sicherheitsfragen verbessern

Europäische Themen beherrschen das SI-Treffen in Bonn

PETER PHILIPPS, Bonn

Reykjavik hat die Planungen der Sozialistischen Internationale (SI) durcheinandergebracht. Das Treffen von Reagan und Gorbatschow wird nun im Zentrum der SI-Ratstagung (Mittwoch bis Freitag) in Bonn stehen – obwohl eigentlich der britische Labour-Führer Neil Kinnock mit seinem Grundsatzreferat über „Ökonomie und Ökologie", einschließlich des Atomkraft-Themas, herausgestellt werden sollte.

Willy Brandt, der Präsident der von ihm selbst als „Arbeitsgemeinschaft miteinander verbundener, aber im übrigen unabhängiger Parteien" aus dem Spektrum des demokratischen Sozialismus bezeichneten SI, hat auch für diese Veranstaltung die deutsche Innenpolitik nicht aus den Augen verloren. Vor den Gästen, darunter Bruno Kreisky sowie sozialistische Parteichefs und Spitzenfunktionäre à la Lionel Jospin (Frankreich), Anker Joergensen (Dänemark) und Ingvar Carlsson (Schweden), wird Kanzlerkandidat Johannes Rau ein ... sprechen können.

Auch wenn Brandt jetzt im SPD-Blatt „Vorwärts" zufrieden bemerkte, daß die Internationale nicht mehr, wie 1972 von Harold Wilson kritisiert, „ein Instrument eigensüchtiger Europäer" sei, sondern „in den zehn Jahren meiner Präsidentschaft eine Art zweiter Säule in Lateinamerika aufgebaut wurde", so stehen gerade im Angesicht des Treffens von Reykjavik doch die europäischen Fragen wieder ganz oben auf der Themenliste. Insbesondere der von Egon Bahr unter Brandts Schirmherrschaft vorangetriebene Versuch einer engeren sicherheitspolitischen Abstimmung unter den „NATO-Sozialisten" soll in Bonn Früchte tragen: Nach drei Treffen dieser Gruppe, in der vor allem Bahr und der Mitterrand-Vertraute Jospin die bestimmenden Figuren sind, liegen nun gemeinsame Grundsätze vor, die „in das Bonner Treffen einfließen werden" (Brandt).

Mehr beiläufig erzählte Brandt, daß eine „SI-Mission" derzeit unangemeldet durch Chile reise. Deren „Empfehlungen" würden in Bonn dem SI-Rat vorgelegt werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Friedensfriedlichkeit

Von Joachim Neander

Allenthalben Erleichterung über die *friedliche* Friedensdemonstration im Hunsrück – obwohl dies angesichts der Wortbedeutung eigentlich die Regel sein müßte. An der allgemeinen Freude soll hier nicht herumgemäkelt werden. Dennoch verlangt die Sache einige ergänzende Betrachtungen.

Die Zahl der Teilnehmer ist so überwältigend gar nicht, wenn man die tagelange, mitunter fast beschwörendes Pathos erreichende Werbung in bestimmten Medien berücksichtigt. Nur zum Vergleich: Mindestens die gleiche Teilnehmerzahl bringen zum Beispiel die Sudetendeutschen zu jedem ihrer Bundestreffen auf die Beine, ohne Fernsehunterstützung, ohne IG-Metall-Omnibusse, ohne Pop-Stars und bei mitunter viel schlechterem Wetter.

Bedeutsamer aber ist das Bild, das hier entsteht. Jeder auch nur ein bißchen informierte Zeitgenosse weiß, daß Osteuropa ein riesiges Netzwerk von Raketenstellungen darstellt. Im Gegensatz zu einigen ausländischen Sendern hat noch kein deutsches Fernsehteam den ernsthaften Versuch gemacht, solche Stellungen zu erkunden und mit besorgten Menschen in der Nachbarschaft zu sprechen. Da kommt dann sofort jenes milde Lächeln der Besserwisser: Das sei eben nicht zu ändern, *und im übrigen diene das auch nicht der Sache des Friedens* und damit der betroffenen Menschen.

Aber das ist keine Frage der Ausgewogenheit, sondern der Wahrheit. Es muß jedesmal dazugesagt werden, daß drüben *die Stationierung* der Raketen von keinem frei gewählten Parlament beschlossen, geschweige denn von der Nachbarschaft gebilligt worden *ist. Dem Autor dieses Kommentars* z. B. ist es sogar verboten, sich der Stadt seiner Geburt und Kindheit auch *nur auf dreißig Kilometer zu nähern*, weil *in der* Nähe (auf uns gerichtete) Sowjetraketen stehen.

Prominente SPD-Politiker haben vorher versichert, sie würden im Hunsrück auch gegen die Sowjetwaffen protestieren. *Ob der Osten davon etwas gemerkt hat, ist nicht bekannt.* Die Wirksamkeit solcher Proteste jedenfalls kann jeder, der will, *ziemlich gut kontrollieren.*

Handeln auf Verdacht

Von Reiner Gatermann

Die Briten können offenbar in ihrer Terroristen-Bekämpfung *einen weiteren Erfolg verbuchen.* In den vergangenen beiden Wochen setzte eine Spezialeinheit von Scotland Yard *sechs Männer fest – vier Jordanier, einen Tunesier und* einen Schweden –, die ins Land geschleust worden sein sollen, *um amerikanische Ziele zu attackieren.*

Auch wenn Scotland Yard nicht bestätigen will, daß es sich bei dem *Drahtzieher* wieder einmal um Abu Nidal handelt, liegt die Vermutung nahe. Warum wären sonst Regierung und Polizei so eifrig bestrebt, die sechs Männer so bald wie möglich wieder außer Landes zu bringen? Innenminister Douglas Hurd bedient sich dabei des „Gesetzes zum Schutz vor Terrorismus", das überwiegend zur Bekämpfung nordirischer Attentäter benutzt wird. *Die Labour Party* würde es gern abschaffen.

Das Gesetz bietet den Briten einen umfassenden Präventivschutz. Obwohl bei den Festgenommenen keine Waffen oder Sprengstoff gefunden wurden, genügt das nachrichtendienstlich beschaffte Material zur Ausweisung, weil ihre Anwesenheit „dem Wohl der Öffentlichkeit nicht dienlich ist".

Die britische Regierung hat entschlossener denn je dem internationalen Terrorismus den Kampf angesagt und konnte dabei in jüngster Zeit zwei aufsehenerregende Erfolge registrieren. Einmal wurde in einem ordentlichen Gerichtsverfahren der Beweis erbracht, daß die libysche Regierung und die staatseigene Fluggesellschaft des Landes im Ausland stationierte Terroristen mit Waffen versorgt, und zum anderen bewiesen gleich die ersten Tage einer noch andauernden Gerichtsverhandlung, daß die syrische Regierung und deren Londoner Botschafter an der Vorbereitung eines Anschlages auf einen von London startenden Jumbo-Jet der israelischen Fluggesellschaft El-Al beteiligt gewesen sind. Die El-Al-Sicherheitsbeamten verhinderten die Katastrophe.

Man kann davon ausgehen, daß die jüngsten Festnahmen aufgrund einer intensivierten internationalen Zusammenarbeit möglich wurden. Kombiniert mit einer entschlossenen nationalen Gesetzgebung, bietet sie eine effektive Waffe gegen diese grenzüberschreitenden Terror-Brigaden.

Reden über das Reden

Von Werner Thomas

In Chile fällt der Frühling mit einem politischen Tauwetter zusammen. Die Militärregierung und die nichtmarxistischen Parteien wollen einen Dialog aufnehmen. Bevor beide Seiten den Verhandlungstisch teilen, können jedoch noch Wochen vergehen. *Zunächst* erfolgt eine Debatte über den Dialog.

Es sind verschiedene Streitfragen zu klären. Präsident Augusto Pinochet will die Gespräche auf das Thema eines neuen Parteiengesetzes begrenzen, von dem er bereits feste Vorstellungen hat: *Die marxistischen Gruppen werden nicht legalisiert.* Dann ernannte der General seinen Innenminister Ricardo *Garcia zum* Gesprächspartner der Oppositionsführer.

Diese machen sich dagegen andere Hoffnungen. Sie verlangen einen unbegrenzten Themenkreis und die Teilnahme der Junta – des legislativen Gremiums – an einem Dialog. Schließlich *fordern sie das Ende des Belagerungszustandes, der nach* dem mißglückten Attentat auf den Präsidenten Anfang September verhängt wurde.

Die Dialog-Debatte ist deshalb bemerkenswert, weil sie *deutlicher denn je die Differenzen zwischen General Pinochet* und drei der vier Junta-Vertreter dokumentierte, Admiral José Toribio Merino (Marine-Chef), General Fernando Matthei (Luftwaffenchef) und General Rodolfo Stange (Chef der Carabiñero-Polizei). Die drei wünschen einen Meinungsaustausch ohne Bedingungen und stimmen mit den Politikern darin überein, daß die Rückkehr zur Demokratie den Dialog bestimmen soll. In einem Punkt stehen sie jedoch hinter Pinochet: Die Kommunistische Partei muß verboten bleiben.

Merino, Matthei und Stange sehen Chile als reif für demokratische Verhältnisse an. Sie denken an 1989, dann endet Pinochets gegenwärtige Amtsperiode. Pinochet scheint jedoch noch eine weitere achtjährige Präsidentschaft zu beabsichtigen. *Solche Pläne lassen sich* aber kaum gegen den Willen der Junta realisieren.

Eine kuriose Konstellation: Die Junta-Vertreter und die Politiker bilden eine Interessen-Allianz gegen General Pinochet. *Die starren Fronten sind plötzlich in* Bewegung gekommen. Die nächsten Wochen versprechen spannend zu werden.



„Im Interesse der Abrüstung haben wir eines unserer Atom-U-Boote versenkt. Jetzt sind Sie dran!"
CONRAD / CLEVELAND PRESS

Vormauer der Christenheit

Von Carl Gustaf Ströhm

Bundespräsident Richard von Weizsäcker beginnt heute einen viertägigen Staatsbesuch in der Ungarischen Volksrepublik. *Diese Reise hat nicht* nur deshalb besondere Bedeutung, weil die *Staatsoberhäupter der* Bundesrepublik bisher relativ selten in kommunistische Länder zu reisen pflegten. Jugoslawien, das dem Ostblock nicht angehört, und Rumänien, das innerhalb des Warschauer Pakts eine gewisse Sonderrolle spielt – oder zu spielen versucht –, können als Ausnahmen von der Regel bezeichnet werden.

Ungarn ist ein zum Ostblock zählendes Land, das von sowjetischen Truppen besetzt ist und außenpolitisch keinen Sonderweg innerhalb des kommunistischen Lagers gehen möchte. Und doch hat sich aus der Macht der Tatsachen und der *täglichen Praxis in den letzten Jahren* immer stärker ein besonderer *ungarischer Weg herauskristallisiert*, die dieses Land auch politisch zu einem interessanten Reiseziel macht.

Unter allen Ländern des sogenannten „real existierenden Sozialismus" hat Ungarn heute die besten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen. Auch mit den Amerikanern und mit der Reagan-Administration standen die Ungarn bereits zu einer Zeit recht gut, als man noch in anderen kommunistischen Hauptstädten – einschließlich Moskaus – den *amerikanischen* Präsidenten als Reinkarnation Hitlers zu titulieren *pflegte.*

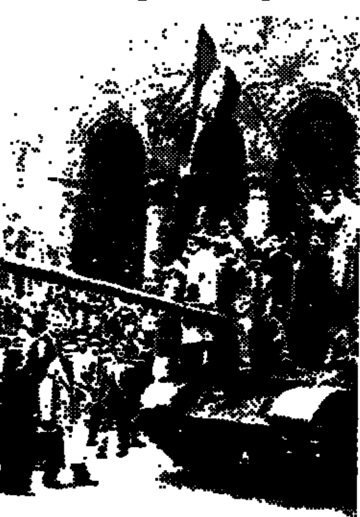
Die Beziehungen Ungarns zur Bundesrepublik Deutschland sind so gut und problemlos, wie sie zwischen kommunistischen und westlich-demokratischen Ländern nur sein können. Manchmal sagt man, die ungarischen Kommunisten hätten als einzige das Kunststück fertiggebracht, sowohl das Vertrauen ihrer sowjetischen Gesinnungsgenossen als auch der westlichen „Kapitalisten" zu gewinnen und politisch für sich zu nutzen.

Vielleicht hat dies ein wenig mit dem *Nationalcharakter der Magyaren* zu tun – eines nicht-slawischen und nicht-germanischen Volkes, das oft für sich allein stand. Das Wort Otto von Bismarcks kommt einem in den Sinn, der unter ganz anderen historischen Voraussetzungen gesagt hatte, jeder Ungar sei „eine Mischung aus einem Juristen und einem Husaren".

Die Husarentradition haben die Ungarn bisweilen bitter auskosten müssen – in zwei verlorenen Weltkriegen, in die sie als Bundesgenossen der Deutschen eingetreten sind. Mag sein, daß auch das gemeinsame Schicksal *einschließlich* gemeinsam begangener Irrtümer *und Irrwege dazu beigetragen hat*, daß Ungarn und Deutsche einander *recht gut verstehen. Hinzu* aber kommt der bei den Ungarn verbreitete Sinn für pragmatische Lösungen, selbst unter den Bedingungen eines kommunistischen Systems.

Anläßlich des Weizsäcker-Besuchs *werden unvermeidlicherweise* die Klischeebilder von Ungarn als der „lustigsten Baracke des sozialistischen Lagers" und vom „Gulaschkommunismus" wieder aufgewärmt werden. Die Deutschen – und die anderen Westeuropäer – sollten allerdings nicht vergessen, daß es eine tragische Komponente der ungarischen Geschichte gibt, die auch hinter der bezaubernden Kulisse von Budapest fortwirkt.

Der deutsche Bundespräsident hält sich nur wenige Tage vor dem 30. Jahrestag des ungarischen Volksaufstandes von 1956 in Budapest auf. Das war damals kein Husarenabenteuer. Das war der Aufstand eines gequälten Volkes gegen die Diktatur.



Besuch des deutschen Bundespräsidenten in erinnerungsschwerer Zeit: Sowjetischer Panzer, von Budapester Freiheitskämpfern in den Oktobertagen 1956 besetzt
FOTO: KEYSTONE

Selbst wenn dieses Datum von Gastgebern und Gast diskret umgangen werden sollte (was zu erwarten ist), bleibt dies ein Schicksalsdatum, ohne dessen Kenntnis *das heutige Ungarn nicht zu verstehen* ist. Es geht nicht darum, bei *einem solchen Besuch alte Wunden* aufzureißen. Aber die Gäste aus dem Westen sollten zumindest daran denken, daß sie sich auf einem blutgetränkten und von Tragik gezeichneten Boden bewegen. Was heute von Klischeefabrikanten als „lustige Baracke" bezeichnet wird, ist in Wahrheit die Umsetzung jener dreißig Jahre alten Erfahrung, hinter südosteuropäischem Charme mit Entschiedenheit und – bei einem Volk, dem Kavalleristenleichtsinn und Rechthaberei nachgesagt werden – erstaunlicher Feinfühligkeit und Konsequenz zugleich betrieben.

„Hungaria propugnaculum Christianitatis" – Ungarn ist die Vormauer der Christenheit: unter diesem Wandspruch im Belgrad-Saal des Budapester Parlamentsgebäudes pflegte der ungarische KP-Chef Janos *Kadar* deutsche und österreichische Bundeskanzler zu empfangen, *von Schmidt und Kreisky bis* zu Kohl. Auch dem deutschen Bundespräsidenten werden die ungarischen Gastgeber den Eindruck zu vermitteln wissen, daß sich dieses Land in seinen nationalen Traditionen nicht als „Osten", sondern als Mitteleuropa begreift.

Besonderes Gewicht erhält der Besuch des Staatsoberhaupts der Bundesrepublik in der Stadt Pecs, die auf deutsch Fünfkirchen heißt. Hier, in einer Landschaft, die man noch heute als „Schwäbische Türkei" bezeichnet, ist einer der Mittelpunkte der deutschen Volksgruppe in Ungarn – der „Donauschwaben", die nach bösen Erfahrungen am Ende des zweiten Weltkrieges *jetzt wirtschaftlich und kulturell* wiederaufleben können. Hier hat die ungarische Regierung einen positiven Schritt getan, der von deutscher Seite Anerkennung verdient.

IM GESPRÄCH I. Ratuschinskaja

Lyrik hinter Gittern

Von Cornelia Gerstenmaier

Sie war die jüngste der weiblichen politischen Gefangenen und zugleich die mit dem höchsten Strafmaß. Irina Ratuschinskaja war einen Tag vor ihrem 29. Geburtstag am 3. März 1983 zu sieben Jahren verschärftem Arbeitslager und fünf Jahren Verbannung verurteilt worden – der Höchststrafe nach dem berüchtigten Paragraphen 70 („Antisowjetische Agitation und Propaganda").

Den Grund lieferten zwei Briefe und fünf Gedichte, die in der Exilpresse im westlichen Ausland erschienen waren. Inzwischen sind ihre Vers-Sammlungen in etliche Sprachen übersetzt veröffentlicht worden; Gedichte, die der jungen Frau den Ruf einer bedeutenden Dichterin einbrachten.



Entlassen, ohne sich gebeugt zu haben: Irina Ratuschinskaja
FOTO: DIE WELT

1977 hatte Irina Ratuschinskaja ihre *Arbeit als Physiklehrerin am* Pädagogischen Institut von Odessa verloren, weil sie sich geweigert hatte, die Numerus-clausus-Bestimmungen für jüdische Studenten zu beachten.

Mit 24 Jahren hatte die Studentin polnischer Abstammung die in der Sowjetunion kaum veröffentlichten Gedichte Mandelstams, Pasternaks und Marina Zwetajewas gelesen. Dies war ein Schlüsselerlebnis, das ihr weiteres Leben verändern sollte.

Kurz zuvor – 1977 – hatte sie selbst begonnen, Gedichte zu schreiben. Viele ihrer Verse entstanden in der Haft, wobei der Umstand Beachtung verdient, daß es gelang, diese Gedichte herauszuschmuggeln. Beinahe noch erstaunlicher ist die Tatsache, daß Irina *Ratuschinskaja unter* ihren Haftbedingungen überhaupt imstande war, Gedichte zu verfassen. Gedichte, die höchst eindrucksvoll sind. Denn Irina Ratuschinskaja wurde im Lager noch mehr mißhandelt, als dies üblich ist.

In der Folge erkrankte sie so schwer, daß eine besorgte, durch ihr Schicksal besonders angerührte Weltöffentlichkeit nachdrücklich und anhaltend für ihre Freilassung eintrat. *Erst kürzlich* ist eine formelle Einladung des britischen Außenministeriums *an sie und ihren Mann*, Igor Geraschtschenko, ergangen.

Die inzwischen in verschiedene westliche PEN-Clubs aufgenommene *Dichterin wurde im August ins* KGB-Gefängnis nach Kiew verbracht (in ein Gebäude, das während des Krieges die Gestapo bezogen hatte). Dort wurde ihr nach Jahren erstmals ein Wiedersehen mit ihren nächsten Angehörigen gewährt. Der Versuch der Behörden, die junge Frau zu einem Gnadengesuch zu veranlassen, scheiterte.

Ihre beharrliche Weigerung endete mit einem nahezu präzedenzlosen Sieg für Irina Ratuschinskaja: Am 9. Oktober wurde sie aus der Haft entlassen, ohne selbst um Begnadigung ersucht zu haben. Sie hält sich derzeit in ihrer Kiewer Wohnung bei ihrem Mann auf und hofft auf die Ausreiseerlaubnis zum Zwecke einer medizinischen Behandlung im Westen – wenn möglich mit dem Recht auf Rückkehr in das Land, das sie ungeachtet aller erlittenen Torturen als ihre Heimat liebt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen behandeln am Wochenende das Treffen in Reykjavik:

The New York Times

Reykjavik wird keinen Vertrag über die Begrenzung strategischer Waffen hervorbringen. *Aber es könnte* eine Vereinbarung darüber bringen, wie man ein solches Abkommen erreichen kann: eine gemeinsame Arithmetik, einen Weg, wie offensive und defensive Systeme an einen Verhandlungstisch gebracht werden können.

SUNDAY EXPRESS

Man sollte nicht vergessen, warum Michail Gorbatschow nach Island gekommen ist. Es waren keine friedlichen Gespräche, durch die die Russen ihre Differenzen mit Afghanistan, Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen beigelegt haben. Diese Länder waren der Sowjetunion ausgeliefert, weil sie keine eigenen Atomwaffen *hatten. Nur die Tatsache, daß die* USA und die Sowjetunion sich gegenseitig zerstören können, macht einen Krieg zwischen beiden Mächten undenkbar. Wenn aber der Krieg undenkbar wird, dann bleiben nur noch friedliche Verhandlungen. (London)

Neue Zürcher Zeitung

Bisher spricht nichts dafür, daß Gorbatschow bereit sein könte, einmal erlangte Positionen einem Rüstungsvertrag mit Washington zu opfern, weder in Angola noch in Afghanistan ... *Washington hat guten* Grund, Gorbatschow weiterhin dort unter Druck zu setzen, wo er sich bis jetzt am empfindlichsten zeigte, in der *Kostenfrage ... Ein Verzicht* Reagans auf das Thema der regionalen Krisenherde in seiner Politik gegenüber Moskau würde Gorbatschow zu leicht davonkommen lassen und Amerika eines Verhandlungstrumpfs berauben.

Le Monde

Reagan ist Puritaner und Moralist auf seine Art ... Doch ist er nicht versucht, so beginnt man sich zu fragen, zu sehr die Rüstungskontrolle zu bevorzugen zum Nachteil der tatsächlichen Ursachen der internationalen Spannungen: jener bekannten Regionalkonflikte – Afghanistan, Kambodscha, Mittelamerika, südliches Afrika – schon gar nicht zu sprechen von den Menschenrechten? (Paris)

MAIL ON SUNDAY

Selbst wenn durch die Gipfelkonferenz in Reykjavik nichts anderes erreicht werden sollte als die Freilassung der sowjetischen Dichterin Irina Ratuschinskaja aus dem Gefängnis, ist die Veranstaltung es wert gewesen ... *Die Worte der jungen Dichterin* haben mehr Einfluß gehabt als die geballte Macht all ihrer Verfolger. Diese Erkenntnis hat der gesamten Menschheit einen guten Tag beschert. (London)

LA REPUBBLICA

Zwischen Regenschauern und unvorhergesehenen Aufklarungen des *isländischen Herbstes diente der* erste Gipfeltag vor allem dazu, das Image der neuen UdSSR von Michail Gorbatschow wahrzunehmen. (Rom)

Das schöne Alter – oder ganz schön alt aussehen?

Der 4. Familienbericht der Bundesregierung öffnet neue Perspektiven / Von Eberhard Nitschke

Sein Sohn und dessen Frau ekelten sich, und deswegen mußte *sich der alte Großvater endlich hinter* den Ofen in die Ecke setzen, und sie gaben ihm sein Essen in ein irdenes Schüsselchen und noch dazu nicht einmal satt."

Im Märchen „Der alte Großvater und der Enkel" der Gebrüder Grimm wird das Pflegefall-Problem mit dem trübäugigen und kniezittrigen, *die Suppe verschüttenden* Ahnen auf moralischem Wege gelöst. Der Enkel erinnert durch das primitive Gefäß, das er nun laut eigenem Bekunden für die Zeit bastelt, wenn seine so hartherzigen Eltern wackelig auf dem Altenteil sitzen, an den Generationenvertrag. Es darf geweint werden.

Im Oktober 1986 erinnert nicht ein vierjähriger Knabe, sondern die Bundesregierung in Gestalt der Familienministerin Professor Rita Süssmuth mit der Vorlage des 4. Familienberichtes an die Verpflichtung zum „solidarischen Zusammenleben der Generationen" unter einem Dach. Den Grimmschen Großvater hätte es vor Rührung gerüttelt, hätte er gewußt, daß seine echten Anliegen noch einmal als *Kabinettsvorlage mit 187 Druckseiten* über die Tische gehen würden.

Die Mildtätigkeit der Nachkommen wird nicht mehr dem Zufall überlassen, sondern Sohn und Tochter erfahren, daß „das System der häuslichen Pflege stufenweise auszubauen" sei. Auch könnten sie, so sie nicht gestorben sind, *sondern noch heute leben, auf „steuerliche* Freibeträge für den Pflegeaufwand" sowie „Anerkennung von Pflegezeiten in der Rentenversicherung" hoffen.

„Die Situation der älteren Menschen in der Familie", Bericht der Sachverständigenkommission der Bundesregierung und in zweijähriger Arbeit erstellt, ist zwar rund fünfhundertmal länger als das wegen seines geringen Unterhaltungswertes für Kinder auf knappsten Raum gepreßte Märlein der Grimms. Aber seine Aussage ist die gleiche: Kümmert euch um die Alten! Zumal da sie neuerdings auf beunruhigende Weise immer mehr werden.

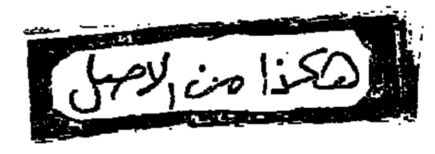
Nach einer Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes nimmt *die Bevölkerung in der Bundesrepublik* Deutschland ja nicht nur bis zum Jahre 2030 auf wenig über vierzig Millionen Deutsche ab, sondern ihre Altersstruktur verändert sich bis dahin drastisch. Der Anteil der unter Zwanzigjährigen geht von heute *23 Prozent auf* knapp 16 Prozent zurück, während der Anteil der über *Sechzigjährigen nach* dieser Rechnung von 21 Prozent auf 37 Prozent anwachsen würde.

Im 4. Familienbericht wird diese Vision als Faktum aufgenommen. Noch zu keiner Zeit, wird hier betont, hätten so viele Generationen *dank besserer* Lebensbedingungen und größerer Gesundheitsvorsorge gleichzeitig gelebt. Der Familie als Ganzes soll unter diesen Umständen eigenständige Entfaltung garantiert sein. Niemand, so heißt es wörtlich, denke an „bestimmte Leitbilder *für* die Lebensplanung". Aber das Familienverständnis der Bundesregierung umfasse nun einmal nicht nur die Kerngemeinschaft von Eltern und Kindern (im Kindesalter), sondern auch die ältere Generation.

Da es ihr, so der Bericht, im allgemeinen finanziell zunehmend besser geht, der überwiegende Teil 65- bis 70jähriger Ehepaare Einkommen bis 2500 Mark netto zur Verfügung hat, steht im Vordergrund die Hilfe von außen in körperlicher Not, die Hilfe beim „Alleinsein". In Fällen von Pflegebe*dürftigkeit gibt* die Bundesregierung der ambulanten Versorgung den Vorrang vor der stationären. Ohnehin werden von den etwa zwei Millionen Pflegebedürftigen in der Bundesrepublik nur etwa zehn Prozent, rund 260 000, in stationären Einrichtungen versorgt, der große Rest durch ihre Familien.

Ihnen soll ein Programm Hilfe bringen, das mit einem Aufwand von zehn Millionen Mark Zuschuß des Bundes zur Zeit im Modellverfahren ausprobiert wird. Zur Zeit gibt es schon mehr als 1600 öffentlich geförderte „Sozialstationen" im Bundesgebiet, die jeweils 5000 bis 8000 Einwohner betreuen und Kernstück des Modellprogramms sind. Zwangsläufig geraten in solche Programme den Laien störende *Begriffe, so die vorgesehenen* „25 Pflegeeinheiten pro Monat" für die bettlägerigen Alten, die Frau Süssmuth auf „tägliche Pflegeleistungen" für die Begünstigten erweitern möchte.

„Rundum sorgloses Alter" also sicherlich nicht. Woher sollte das auch kommen? Der 4. Familienbericht aber, *der erste wohlgemerkt*, seit 1970 die Reihe eröffnet wurde, der sich speziell mit den älteren Menschen in der Familie abgibt, läßt hoffen. Das erklärte Regierungsziel, Ältere in das Leben der Familie und der Gesellschaft mit *einzubeziehen, die aufgeworfene* Frage, wie die „Kompetenz im Alter" zu nutzen sei, der „breite Erfahrungsschatz" und eine „emotionale Ausgeglichenheit" sind in wenigen Jahren spannende Lektüre für mehr als ein Drittel der Bevölkerung. Darunter *solche, die sich* heute noch jung fühlen und höchstens Witze darüber reißen, wer aus welchem Fehlschlag auch immer „ganz schön alt aussieht".



Ein „Reykjavik-Grau" legt sich auf den „Geist von Genf"

Reykjavik war nicht Genf. Es fehlten der Premieren-Glanz, die Unbefangenheit der ersten Begegnung der beiden mächtigsten Männer der Welt. Nein, diesmal ging's zur Sache, war alles eher „geschäftsmäßig". Ein „Gipfel der Arbeit" eben – aber da gab es ja noch Raissa Gorbatschowa.

Von FRITZ WIRTH

Michail Gorbatschow kam mit dem Hut in der Hand. Der Wind peitschte feinen Regen in das Eingangsportal des Hoefdi-Hauses. Der Mann aus dem Kreml stand früher vor der Tür, als Ronald Reagan ihn erwartet hatte, und nun kam ihm der Gastgeber aus Washington eiliger entgegen, als es dem üblichen Annäherungstempo zwischen Ost und West entspricht.

Erster Händedruck nach elf Monaten des Zweifelns, der propagandistischen Nadelstiche, des Rätselns und der Daniloff-Lüge. Nein, es war alles nicht so feierlich-aufwendig inszeniert wie einst in Genf. Keine Premierenstimmung mehr, kein neugieriges Abtasten. Statt dessen ein hastiges Rendezvous der eingefrorenen Lächeln. Ihre Begegnungen haben ihre Unbefangenheit verloren. Zwischen ihnen steht ein irgendwie heimatlos gewordener „Geist von Genf" und die Realität entgleister guter Vorsätze.

Ihre Sprachlosigkeit verurteilt sie zu linkischen Gesten der Verlegenheit. Reagan klagt mit ausgestrecktem Zeigefinger das Wetter an, Gorbatschow weist auf seine Uhr, um eine frühe Ankunft zu entschuldigen. Nach 30 Sekunden schon verschwinden sie im Hoefdi-Haus, nehmen Platz auf zwei unbequemen Stuhlsesseln, steif, die Beine übereinandergeschlagen, die Hände in den Schoß gelegt. So präsentieren sie sich den Fernsehkameras, die zur Besichtigung für zwei Minuten in den Raum geschleppt werden. Die Szene erinnert an ein Wachsfiguren-Kabinett. Journalisten stellen letzte alberne Fragen in den Raum, bevor die Dürrezeit einer 26stündigen Nachrichtensperre ausbricht.

Ronald Reagan wirkt steifer, zurückhaltender, als es sonst seine Art ist. Ihm fehlt seine Genfer Unbefangenheit. Es ist unschwer erkennbar: Sie haben diesen Mann randvoll aufgeladen mit Informationen, seit er in Reykjavik gelandet ist. Mit Ausnahme eines Höflichkeitsbesuchs bei seinen isländischen Gastgebern war in der Residenz des amerikanischen Botschafters, wo er wohnte, intellektuelle und taktische Gipfel-Gymnastik betrieben worden. Die letzte, am Freitag abend, dauerte drei Stunden bis um 23.00 Uhr.

Er fühlt sich nicht wohl, mit solcher Information befrachtet. Das letzte Mal hatte man ihn vor zwei Jahren beim Fernseh-Duell mit Walter Mondale bis an die Grenzen intellektueller Manövrierfähigkeit mit Tips, Warnungen und möglichen Antworten beladen, und es erwies sich als ein Fehler. Daß man es nun in Reykjavik dennoch wieder tat, das hat Henry Kissinger in den letzten Tagen mit seinen Warnungen bewirkt, wonach dies ein schlecht vorbereiteter Gipfel und daher von Übel sei. Es gibt heute Leute im Weißen Haus und im State Department, die sich lieber auf die eigenen Füße treten, bevor sie Henry Kissinger recht geben.

Nach fünf Minuten ziehen Reagan und Gorbatschow sich zum ersten Gespräch unter vier Augen zurück, begleitet von zwei Dolmetschern und Protokollführern. Der Versuchung zu einem Kamingespräch wie einst in Genf widerstanden beide schon vor der Ankunft im Hoefdi-Haus. In Genf war Eis zu brechen, in Reykjavik will man zur Sache kommen. Also bleibt der Kamin kalt. Man nimmt an einem fast quadratischen Arbeitstisch Platz. Es bleibt wenig Zeit zur Plauderei und zur gelassenen, politischen „tour d'horizon". Bereits nach 51 Minuten holt man die beiden Außenminister an den Tisch.

Keine Festessen, keine Toasts, keine Geschenke

Sicherheitsberater Admiral Poindexter gibt nach zwei Stunden den Gesprächen eine erste Graitönung. Er nennt sie „geschäftsmäßig". Für den Gipfel von Genf benutzte man phantasievollere und hellere Adjektive. Und dennoch ist man auf beiden Seiten mit dem „Reykjavik-Grau" zufrieden. Man will ihn von der ersten Minute an zum „Gipfel der Arbeit" stempeln. Und so bleibt nicht mal nach Feierabend Zeit zur gemeinsamen Geselligkeit. Keine Festessen, keine Toasts, keine Geschenke. Es genügt, wenn man sich in der Sache näherkommt. Außerdem möchte sich Ronald Reagan in Reykjavik nicht die Schau für den nächsten Gipfel in Washington stehlen lassen.

Auch sonst fehlt die vertraute, hektische Gipfel-Choreographie. Man schaut in weniger grimmige Geheimdienstgesichter als sonst und auf mehr eingefallene Brüste, die nicht, wie sonst, von schußsicheren Westen gewölbt werden. Denn dies ist eine Oase der Gelassenheit am Rande weltweiter Furcht und Verunsicherung. Dieses Land liegt jenseits des Wendekreises des Terrors. Die Aufrüstung gegenüber dem Untergrund fand hier niemals statt.

Wo man in anderen Ländern Panzer auffährt und mit sehr sichtbaren Maschinenpistolen unterm Arm Attentäter abschreckt, haben sie hier Pfadfinder, Berg- und Seenotretter in orangefarbenen Anoraks aufgeboten, waffenlos, wie sie entwaffnend versichern. Das sympathische Ultimo an Terror in Reykjavik: die Legende von Geistern, die sich angeblich polternd im Hoefdi-Haus regen.

Um Reagan und Gorbatschow ein Gefühl zusätzlicher Geborgenheit zu geben, haben die Isländer in ihrem Blickfeld ein Drittel ihrer Kriegsmarine vor dem Hoefdi-Haus vor Anker gehen lassen: ein Küstenwacht-Boot. Das zweite Drittel dieser Flotte hält außer Sichtweite das Schiff der Greenpeace-Apostel auf Distanz.

Die einzige rätselvolle Verfremdung im sonst so sympathisch-gelassenen Reykjavik: Sie haben graubraune Planen um das Haus herum errichtet, Sichtblenden, die vor fremden Beobachtern schützen sollen. Sie sollen verhindern, so wird uns gesagt, daß windige Journalisten mit Ferngläsern lippenlesend Reagan und Gorbatschow auf den Mund schauen und damit die 26stündige Nachrichtenblockade durchbrechen.

Der Gipfel ist das größte Ereignis, das die Isländer seit Jahrzehnten heimgesucht hat. Dennoch sind sie stolz und gelassen genug, nicht neugierig auf die Straße zu eilen und den beiden Großen unserer Zeit ehrfurchtsvoll den Kotau zu machen und hütteschwenkend ihren Weg zu säumen. Sie bleiben auf stolzer Distanz und bevorzugen symbolische Gesten, indem sie ihren Premierminister Hermannsson eine „Friedensfackel" anzünden lassen, die diesen Gipfel aufhellen soll. Zugleich ist Sängerin Joan Baez in die Stadt gekommen, um Oden an die Gewaltlosigkeit darzubieten.

Ihrem eigenen Selbstbewußtsein geben die Isländer, die so staunenswert professionell dieses Ereignis inszenierten, indes einen rätselvollen Knacks, indem sie Fragebögen verteilen, in denen sie die 3000 Journalisten um Auskunft bitten, ob sie mit so urisländischen Phänomenen wie ihrer Präsidentin Vigdis Finnbogadottir, der „Coldwater Seafood Corporation" und ihrem Ehren-Wikinger Magnus Magnusson, der im britischen Fernsehen Quizfragen stellt, vertraut sind.

Was denn das erste Thema seiner Gespräche mit Gorbatschow sei, riefen Journalisten Ronald Reagan zu, bevor der große Vorhang der Nachrichtensperre über diesen Gipfel niederging. „Das Wetter", rief Reagan zurück. Das war kein Scherz. Das Wetter in Island ist Stoff immerwährenden Staunens. Dieses Wetter marschiert in einer windgepeitschten Stunde durch alle vier Jahreszeiten mit strahlend blauem Himmel, wütenden Eisregen-Schauern und tristgrauen Regenwolken, vor denen sich Regenbögen wölben. Es ist ein Himmelreich für Meteorologen, denn dieses Wetter gibt ihnen immer recht, und ein unerschöpflicher Quell von Symbolen für die von der Nachrichtensperre ausgehungerten Journalisten, die am isländischen Himmel genug Regen und Sonnenstrahlen entdecken, um je nach Gefühlslage dies zu einem Gipfel der Hoffnung oder eines neuen politischen Temperatursturzes zu machen.

Inmitten dieser rauhen, harten, arbeitssamen Gipfel-Wirklichkeit bewegt sich kontrapunktisch eine sowjetische Lieblichkeit namens Raissa. Die Frau Michail Gorbatschows ist von den Sowjets in berechneter Voraussetzung nach Reykjavik gesandt worden, um das große 26stündige Gipfel-Nachrichtenloch zu füllen.

Mit Charme und leicht aggressiver Unschuld

Sie tut es, in eine grauweiße Pelzjacke gehüllt, mit Charme und leicht aggressiver Unschuld, indem sie Fragen nach dem Fernbleiben ihrer Rivalin Nancy Reagan mit der Vermutung beantwortet, daß die amerikanische „First Lady" sich vielleicht nicht wohl fühle. Was Nancy Reagan wiederum veranlaßt, sofort in Washington vor die Fernsehkameras zu eilen, der Welt ihr Wohlbefinden zu versichern und Frau Gorbatschowa aufzuklären, daß dies eigentlich als ein damenfreies Ereignis inszeniert worden sei.

Raissa, die einen amerikanischen Diplomaten zu der leicht ungalanten Feststellung veranlaßte, daß mit ihr eine Epoche angebrochen sei, da sowjetische Regierungschefs wieder mehr wiegen als ihre Ehefrauen, eilt also im freien Wettbewerb und unbehelligt an der Seite ihrer isländischen Gastgeberin durch die Museen der Stadt und findet sich schließlich sogar am Beckenrand eines Thermalbades wieder, klatscht den Leuten zu, die da im Freien schwimmen, die wiederum artig zur Dame im Pelz zurückklatschen. „Ihr Land sollte eigentlich ‚Heißland' statt ‚Eisland' heißen", kalauert sie ihre Gastgeber auf ihre wärmenden Naturwunder hin an und zündet das bisher schönste Lächeln über einen sonst eher grimmigen, harten, ermüdenden „Gipfel der Arbeit" an.



In Plauderei blieb wenig Zeit: Michail Gorbatschow und Ronald Reagan auf dem „Gipfel der Arbeit". FOTO: AP



Herz hat Raissa Gorbatschowa gewiß gewonnen: das der vierjährigen Rakel, der sie ein Päckchen Süßigkeiten schenkte. FOTO: REUTER



Der Mann im Hintergrund: Es war die Rolle, in der Gerold von Braunmühl zu einem der engsten Mitarbeiter von Außenminister Hans-Dietrich Genscher aufstieg. Sachkenntnis, Loyalität, Zuverlässigkeit zeichneten den Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes aus. Genscher, der kurz nach dem Mord am Tatort eintraf, verband auch eine tiefe Sympathie mit von Braunmühl. „Wissen die feigen Mörder eigentlich, was für unendliches Leid sie angerichtet haben?" sagte er nach der Untat. FOTO: DPA

Erst der Tod rückte ihn ins Scheinwerferlicht

Von BERNT CONRAD

Gerold von Braunmühl gehörte zu jenen Diplomaten, die aus Überzeugung hinter die Sache zurücktreten. Unauffällig, nüchtern, scharfsinnig und kenntnisreich arbeitete er sich in die oberen Ränge des auswärtigen Dienstes empor, ohne die Scheinwerfer der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen. Erst sein gewaltsamer Tod brachte ihn in die Schlagzeilen.

Der Aufstieg von Braunmühls hatte begonnen, als er in den siebziger Jahren durch seine wirkungsvolle Arbeit im Ministerbüro die Aufmerksamkeit seines Chefs Hans-Dietrich Genscher erregte. Genscher schätzt Mitarbeiter, die nicht nur exakt seinen politischen Vorstellungen folgen, sondern sie auch mit Fachwissen fundamentieren und gemeinsam mit ihm weiterentwickeln. Einfühlungsvermögen und Loyalität prädestinierten von Braunmühl, diesen Anforderungen gerecht zu werden.

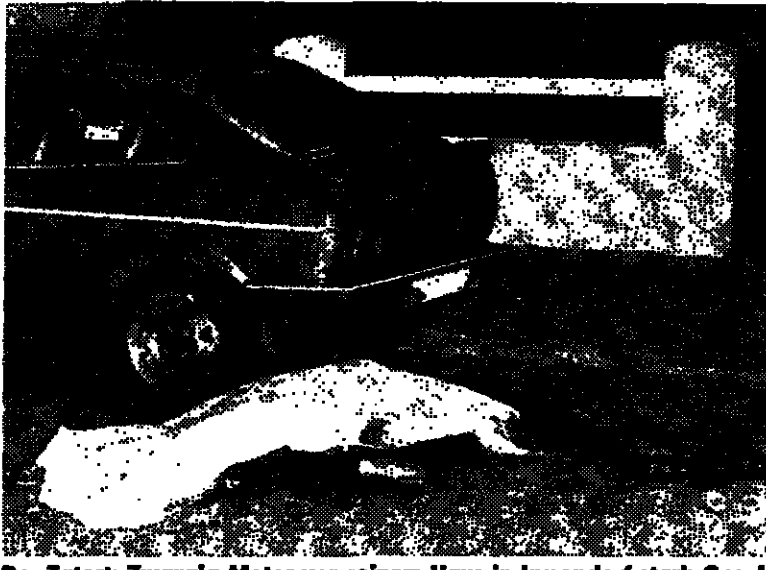
Darum war es nur natürlich, daß der Außenminister ihn für höhere Aufgaben im Auge behielt, als er ihn vorübergehend auf einen Auslandsposten nach Moskau schickte, und daß er ihn schon bald wieder in die Zentrale zurückholte. Dort wurde dann Osteuropa von Braunmühls Betätigungsfeld. Er widmete sich ihm mit jenem unermüdlichen, fast jugendlich wirkenden Eifer, der ihn immer auszeichnete und der doch nie in Strebertum umschlug, weil eine kräftige Beimischung von Gelassenheit und Seriosität stets für einen gesunden Ausgleich sorgte.

Für Genscher wurde der hochgewachsene, schlanke Aristokrat immer unentbehrlicher. Nachdem er daran mitgewirkt hatte, die Beziehungen zu Moskau und Warschau nach vorübergehender Abkühlung wieder zu beleben, berief ihn der Minister an die Spitze der für West- und Osteuropa, Nordamerika, NATO, UNO, EG und Abrüstung zuständigen politischen Abteilung. Die rasche Karriere stieg dem 51jährigen nicht zu Kopf; ein solcher Gedanke hätte ihn wohl eher erheitert.

Noch vor drei Wochen assistierte Gerold von Braunmühl bei Genschers Mammutprogramm am Rande der UNO-Vollversammlung in New York mit gewohnter Präzision. Bei dem Gespräch des Bundesaußenministers mit seinem sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse führte er das Protokoll. In Kürze sollte er – wie Genscher mit Schewardnadse verabredet hatte – zu Konsultationen über die bevorstehende Wiener KSZE-Folgekonferenz nach Moskau reisen.

Von Braunmühls Tod reißt eine Lücke ins Auswärtige Amt, die Genscher nur schwer wird füllen können. Gerade diese Feststellung aber macht eine Ergänzung notwendig: Wer den im persönlichen Umgang liebenswerten und geduldigen, im diplomatischen Geschäft stets ruhigen, flexiblen, aber auch auf den eigenen Interessen beharrenden Diplomaten näher kannte, dem war klar, daß von Braunmühls Qualitäten sich keineswegs darauf beschränkten, den Gedanken seines Chefs Gestalt zu geben. Er sah vieles realistischer, als die verbindliche Sprache der Diplomatie es verraten durfte. Dies galt vor allem für die kommunistische Welt, über deren Ziele und Taktiken sich von Braunmühl keinerlei Illusionen hingab. Eine Politik des Ausgleichs bedeutete für ihn immer auch unmißverständliche Wahrung der nationalen und der Bündnisbelange und Kenntnis der wahren Beweggründe des Kreml hinter den Kulissen der Propaganda.

Die Schüsse der Terroristen haben einen vortrefflichen Mann getötet.



Der Tatort: Zwanzig Meter vor seinem Haus in Ippendorf starb Gerold von Braunmühl durch Schüsse in Bauch, Herz und Kopf. FOTO: DPA

„Wir werden das Krebsübel besiegen"

Von FRIEDHELM OST

Der Mord an unserem Beamten Gerold von Braunmühl zeigt, mit welcher Menschenverachtung Terroristen in ihrem blinden Haß gegen unseren Staat vorgehen. Brutalität und Feigheit bestimmen ihr Handeln: Sie wollen damit unsere demokratische Ordnung treffen, sie wollen die Bürger verunsichern.

Wir werden dies nicht zulassen, ja wir nehmen diese Herausforderung offensiv an. Unsere Demokratie, die Gewalt als Mittel der Politik ablehnt, wird Wehrhaftigkeit und Solidarität im Kampf gegen solchen Terrorismus beweisen.

Die Bundesregierung ist fest entschlossen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln gegen die terroristischen Mörder und ihre Helfershelfer vorzugehen.

Gemeinsam mit unseren Sicherheitsbehörden werden wir alles tun, um diesen Tätern auf die Spur zu kommen, sie zu fassen und sie einer gerechten Bestrafung zuzuführen. Gerade bei der Fahndung nach den Terroristen und ihren Helfern, bei der Suche nach ihrem Unterschlupf und Umfeld brauchen wir die Wachsamkeit und aktive Mitarbeit aller Bürger.

Die barbarischen Akte, die Terroristen in der letzten Zeit in unserem Lande verübten, die kaltblütigen Morde an den Industriemanagern Zimmermann und Beckurts sowie an dessen Fahrer, der jüngste politische Mord an dem Beamten des Auswärtigen Amtes, von Braunmühl, sind für uns alle ein ernstes Signal.

Bonn ist nicht Weimar, sondern ein starker Staat, der im Konsens aller demokratischen Kräfte mit seinen Mitteln entschlossen gegen den Terrorismus Front macht. Die feste Autorität unseres freiheitlichen Rechtsstaates kann auch durch Schüsse aus Terroristenwaffen nicht erschüttert werden.

Die Bundesregierung wird es auch nicht zulassen, daß Bürger unseres Landes durch kriminelle Banden verunsichert werden. Mit aller gebotenen Stärke und legaler Macht, mit intensiver Fahndung unserer Polizei, mit der engagierten Mitarbeit unserer Bürger – kurzum mit den „Waffen" unseres demokratischen Rechtsstaates werden wir den Terrorismus zur Ohnmacht verurteilen und als Krebsübel unserer Zeit besiegen.

Ein Tag des leisen Erschreckens

Von MANFRED ROWOLD

Der Tatort, Samstag morgen, zehn, elf Stunden nach dem Mord. Es ist doppelt beklemmend, wenn man ihn nicht nur mit den Augen des Reporters sieht, sondern aus der Perspektive eines Nachbarn, der einige Häuser entfernt wohnt.

Die Buchholzstraße in Ippendorf, einem beschaulichen Vorort in Waldnähe oberhalb von Bonn, ist auf hundert Meter zwischen der Oderstraße und der Ferdinandstraße gesperrt, an den leichten Barrieren beiderseits steht eine Handvoll Polizisten. Tagsüber kommt man hier achtlos vorbei, doch in Zukunft wird der Blick bestimmt immer wieder dorthin fallen, wo nun noch große getrocknete Blutflecken die Stelle anzeigen, an der Gerold von Braunmühl starb.

Vor seinem Haus an der Ecke Buchholzstraße/Oderstraße, wo nun seine Frau Hilde und die drei Kinder ohne den Mann und Vater auskommen müssen, steht noch das Taxi, ein cremefarbener Mercedes mit dem Kennzeichen BN - Z 450, das Gerold von Braunmühl gegen 21 Uhr 30 am Freitag abend nach Hause gebracht hatte. Von hier sind es, quer über die Straße, zwanzig, dreißig Meter bis zu der getrockneten Blutlache. Schon von Schüssen getroffen, hatte es Gerold von Braunmühl nur noch bis hierher geschafft. Vielleicht wollte er die hier parkenden Autos erreichen, in der Hoffnung, daß sie ihm Schutz bieten könnten. Ein Zufall wird es wohl sein, daß es die Richtung einer naheliegenden Arztpraxis ist.

Man sieht den Blutfleck, hat die Geschichte vor Augen, die der Tatort schweigend erzählt. Und dann sieht man den großen, hageren, blonden Mann vor sich, der schon mal am Wochenende mit seiner Familie auf Fahrrädern vorüberfuhr und von dem man zu erinnern glaubt, daß er im Winter auf Langlauf-Skiern die verschneite Oderstraße Richtung Kottenforst lief.

Die Szene ist noch sehr ruhig in diesen Morgenstunden, obwohl einige Helikopter auch diejenigen aufmerksam gemacht haben, die die nächtlichen Ereignisse nicht mitbekommen, noch keine Nachrichten gehört oder noch nicht die letzte Ausgabe der Lokalzeitung gelesen haben. Zwischen den Absperrungen stehen geparkte Autos wie eh und je, einige Beamte des Bundeskriminalamtes sind dabei, nach Spuren zu suchen. Auch in den Gullies, deren Inhalt nun im Rinnstein ausgebreitet liegt.

„Die können nicht reden", sagt ein Schuljunge

Ein kleiner Schuljunge steht mit seinem Vater an der Barriere und schaut zu den Blutflecken auf der Straße. Plötzlich sagt er: „Die können nicht reden." Etwas verständnislos schaut ihn der Vater an, worauf sein Sohn nachhilft: „Die kennen nur die Sprache der Waffen." Dieses „Die können nicht reden" war für mich die am wenigsten hilflose Äußerung, die ich an diesem Tag in der Nähe des Tatorts gehört habe.

Erwachsene sprechen anders. Betroffenheit, Trauer, Abscheu – das sind die Worte der Politiker. Hier am Tatort fällt oft das Wort „schrecklich". Eine Dame sagt, sie habe die Schüsse gehört. „Aber wer glaubt schon an Schüsse?" Ja, platzende Reifen, Fehlzündungen von Autos – wer würde nicht solche Erklärungen vorziehen? Und als es sich dann doch herausstellt, daß es Schüsse waren, tödliche Schüsse, die man sonst nur als Medien-Ereignis – auch betroffen, aber doch ganz anders – erlebt hat, da bleibt nur ein „Mein Gott!" Da bleibt der Gedanke an „die arme Frau", da geht die Erinnerung aber auch zu dem hart arbeitenden Mann, „der gerade jetzt mit Reykjavik viel zu tun hatte, sicher müde nach Hause kommt, sich auf das Wochenende freut – und dann . . ." Sie wendet sich ein wenig ab.

Sind es Schaulustige, die hier stehen? Es sind nicht viele Leute, die meisten kennt man flüchtig, es sind Menschen aus der näheren Umgebung. Nein, Sensationslust ist nicht erkennbar in diesen Blicken. Zu sehen ist der Schrecken, daß so etwas hier, nebenan, zum Greifen nah, passiert ist. Eine alteingesessene Ippendorferin bringt erst mal nur eins heraus: „Dat is'n Ding!"

Und keiner scheint gewußt zu haben, daß hier im Haus Nr. 34 a einer der höchsten Beamten des Auswärtigen Amtes gewohnt hat, eine unauffällige Familie in einem scheinbar völlig ungeschützten Haus. Später ist die Frage zu hören: „Wer kann denn darauf kommen, daß diese Irren in einem Ministerialdirektor den Repräsentanten des ‚aggressiven Staatsapparates' sehen?" So hatte es wohl in dem Schreiben der RAF gestanden, das ein Feuerwehrmann vor der CSSR-Botschaft in der Ferdinandstraße gefunden hatte.

Die Anwohner der Oderstraße und der Buchholzstraße konnten in den letzten Wochen morgens häufig einen freundlichen Schutzpolizisten sehen. Viele glaubten zunächst, sein Einsatz gelte den Schülern, die die naheliegende Grundschule besuchen. Dem war nicht so. Sein Einsatz galt – zumindest – einer gefährdeten Person in Ippendorf, wo viele höhere Beamte wohnen. Wußte man um die Gefahr für Gerold von Braunmühl? Sicher ist, daß er nicht der einzige in Ippendorf war, der zu den Zielen der Terroristen gehört.

Auf Tuchfühlung mit dem Terror

Als am Nachmittag die Spurensicherung beendet und die Sperren aufgehoben sind, tauchen Leute mit Fahrrädern und Autos auf, die offenbar nicht zur näheren Nachbarschaft gehören. Und doch scheint es auch bei ihnen mehr Betroffenheit als Schaulust zu sein. Zu sehen ist da nicht viel. Entlang der Buchholzstraße stehen bis in den Abend hinein immer wieder kleine Gruppen von Menschen zusammen. Viele sprechen gedämpft, wie in der Kirche. Der Schreck sitzt in den Knochen. Die Tuchfühlung mit dem Terror ist eine Erfahrung, die man nicht so recht wahrhaben will.

In der getrockneten Blutlache, an der ein gelber Kreidestrich der Polizei an die Gestalt des sterbenden Gerold von Braunmühl erinnert, liegen Blumen. Nachbarn und Fremde haben sie hierhin gelegt. Als es dämmert, macht sich eine Frau Sorgen: „Hoffentlich fährt hier im Dunkeln kein Auto drüber."

Demonstration für verhaftete „DDR“-Ärztin

W.K. Bonn/Berlin

Nach vergeblichen Bittgesuchen Bonner Politiker bei „DDR“-Volkskammerpräsident Horst Sindermann (SED) haben seit dem Wochenende in Berlin Verwandte aus Heidelberg für die Ausreise der inhaftierten Ärztin *Christa-Karin* Schumann eine *zeitliche* unbefristete Demonstration begonnen.

Auf einem Plakat appellieren am innerstädtischen Übergang „Checkpoint Charlie“ in der Friedrichstraße der Medizin-Professor Dieter Thomitzek und dessen Frau Ruth an den „DDR“-Staatsrats- und Parteivorsitzenden Erich Honecker, *die* schwerkranke Ärztin freizulassen, die seit fast siebeneinhalb Jahren in einem Sondergefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gefangen gehalten wird.

Die frühere Ärztin an der Ostberliner Joliot-Curie-Klinik war 1979 in die Spionageaffäre des damaligen *„DDR“-Vizeadmirals* Winfried Baumann verstrickt worden. Nach der Enttarnung wurde der MfS-Abteilungsleiter hingerichtet, seine Lebensgefährtin erhielt 15 Jahre Haft.

Der „DDR“-Geheimdienst lehnte jetzt nach Informationen der WELT den Austausch der Ärztin ab, um offenbar für spätere Verhandlungen über ein Tauschgeschäft mit der 1985 verhafteten früheren Sekretärin im Bundespräsidialamt, Margarete Höke, ein Pfand zu haben. Die von der *Bundesregierung angebotene* Freilassung des ehemaligen „DDR“-Agenten Lothar-Erwin Lutze, der bereits seit knapp zehneinhalb Jahren auf ein Tauschangebot seitens der „DDR“ wartet, wurde vom MfS nicht akzeptiert. Lutze müsse seine zwölfjährige Strafe notfalls „wie ein Soldat seine Dienstzeit“ absitzen. Ende 1985 hatten die Heidelberger Verwandten eine Demonstration in Berlin und im Ausland abgebrochen. Von Seiten der FDP sei ihnen in Bonn bedeutet worden, bei *einem Verzicht auf* Aktionen werde die Ärztin schon zum SED-Parteitag im April dieses Jahres freigelassen, sagte gestern Prof. Thomitzek der WELT.

Streit um Berliner CDU-Fraktionschef

D. D. Berlin

Die Berliner Sozialdemokraten haben den Rücktritt des *CDU-*Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus, Dankward Buwitt, gefordert. Der Politiker habe sich, so die Vorwürfe *der Opposition, von dem* Baubetreuer Heinz Ruths kostenlos eine Warmwasseranlage im Wert von 30 000 Mark in sein Haus einbauen lassen, die dann mit einem anderen Bauvorhaben verrechnet worden sei.

Dieses Verhalten ist nach Ansicht der Sozialdemokraten deshalb besonders schwerwiegend, weil Buwitt Vorsitzender des Hauptausschusses im Landesparlament und außerdem noch Mitglied im Verwaltungsrat der Wohnungsbau-Kreditanstalt (WBK) sei, die Firma Ruths aber gerade auf Mittel aus der Öffentlichen Hand angewiesen ist. „Deshalb muß der CDU-Fraktionschef aus moralischen *Gründen sein Mandat niederlegen.*“

Buwitt war nach einer anonymen Anzeige in die Schußlinie der Kritik geraten. Der CDU-Politiker bestritt jedoch alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe, räumte aber ein, daß er die Rechnung deshalb nicht bezahlt habe, weil die von Ruths beauftragte Firma Pfuscharbeit geleistet habe. Von Seiten der Staatsanwaltschaft wird gegen Buwitt nicht ermittelt.

„Wir brechen zuerst einmal den Menschen“

Gesetze und Strafvollzug in der „DDR“ verschärft

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Von zehn „DDR“-Bürgern machen sich acht ständig strafbar. Diese Behauptung stammt nicht etwa von juristischen Sachverständigen aus dem Westen, die sich mit dem Justizwesen in der „DDR“ befassen. *Es sind vielmehr* „DDR“-Juristen, die aus eigener Erfahrung vor Ort zu dieser Erkenntnis gekommen sind. Freilich werden bei weitem nicht alle Bürger, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten, auch von den Strafverfolgungsbehörden belangt. Doch ein lückenloses System von Strafandrohungen schwebt *ständig wie ein Damokles*schwert über der Bevölkerung der „DDR“.

Prof. Siegfried Mampel aus West-Berlin, der sich seit vielen Jahren mit der Justiz und dem Rechtswesen in der „DDR“ befaßt, brachte auf einer Tagung der „Gesellschaft für Deutschlandforschung“ im Berliner Reichstagsgebäude, die dem Thema „Die strafrechtliche Entwicklung in Deutschland“ gewidmet war, die Situation im anderen Teil Deutschlands auf die Formel: „Alles ist verboten, was nicht ausdrücklich erlaubt ist.“

Während nach dem ideologischen Selbstverständnis der SED die Kriminalität in der „DDR“ im Zuge des Aufbaus des Sozialismus sich eigentlich kontinuierlich verringern müßte, wies Prof. Friedrich-Christian Schroeder von der Universität Re*gensburg in einer vergleichenden* Analyse des Strafrechts in beiden deutschen Staaten darauf hin, daß das genaue Gegenteil der Fall sei. Die Strafgesetze in der „DDR“ seien seit 1968 erheblich verschärft worden, während in der Bundesrepublik in diesem Zeitraum strafrechtliche Sanktionen abgebaut oder abgemildert worden seien. Dies gelte insbesondere für das politische Strafrecht in der Bundesrepublik.

In der „DDR“ seien demgegenüber seit *1968 die Eingriffsmöglichkeiten* der Polizei „außerordentlich stark“ erweitert worden. Jegliche Ansammlung von Menschen in der „DDR“ wird nach den Worten von Schroeder als kriminelles Delikt behandelt. Die Strafe für die „Beeinträchtigung staatlicher Organe“ sei in leichteren Fällen von zwei auf drei und bei einer schweren Beeinträchtigung von acht auf zehn Jahre seit 1968 erhöht worden. Für oppositionelle Äußerungen, die als staatsfeindliches Sektierertum bezeichnet werden, ist das Strafmaß von fünf auf acht Jahre heraufgesetzt worden. Wer sich der „Verächtlichmachung von Staatsorganen“ schuldig macht, muß jetzt eine Gefängnisstrafe von drei Jahren absitzen. Vorher waren es zwei Jahre.

Ein „DDR“-Bürger, der seinen Verwandten in der Bundesrepublik *schreibt, er halte es in diesem Staat* nicht mehr aus, kann für eine solche Bemerkung zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt werden. Die Liste drakonischer Strafandrohungen ließe sich beliebig erweitern. Dieses hypertrophe System der Bestrafung ist, wie Schroeder erklärte, insbesondere auf die Meinungsunter*drückung der Bevölkerung in der* „DDR“ ausgerichtet.

Der drakonischen Strafandrohung und Strafzumessung entsprechen die Methoden des Strafvollzugs. Nicht das Bemühen um Resozialisierung des Straftäters steht, wie in der Bundesrepublik, im Vordergrund, sondern die Einhaltung der „sozialisti*schen Gesetzlichkeit*“. Durch Zwang soll sich der Straftäter seiner Schuld bewußt werden, damit er sich nach Verbüßung seiner Strafe in die „sozialistische Gesellschaft“ einfügt.

Matthias Bath von der FU Berlin, der über das Thema des Strafvollzugs in der „DDR“ und der Bundesrepublik referierte, zitierte einen Strafvollzugsbeamten der Strafanstalt Rummelsburg in Ost-Berlin: „Wir brechen erst einmal den Menschen, um ihn dann zu einem wertvollen Glied für unsere Gesellschaft zu machen.“ Wer sich als Strafgefangener „einsichtsvoll“ zeigt, könne mit Erleichterungen rechnen. Der nicht einsichtige Straftäter gelte aber, wie Barth erklärte, als „Feind“ der Gesellschaft, auf den Zwang ausgeübt werden müsse.

Eine ehemalige Strafgefangene, die einen Ausreiseantrag in die Bundesrepublik gestellt hatte, berichtete, daß sie, als sie daraufhin ihre Arbeit verloren hatte, als „Parasit“ der Ge*sellschaft bezeichnet wurde und drei* Monate als Bauhilfsarbeiterin arbeiten mußte. Gleichzeitig wurde ihr erklärt, man werde dafür sorgen, daß sie ihr Ziel, in den Westen auszureisen, „nie erreichen“ werde.

Zur Situation in der „DDR“ erklärte sie, daß junge Leute viel offener und kritischer gegenüber dem Staat seien, als die ältere Generation. Immer drängender werde von Teilen der jungen Generation auch im Blick auf die Notwendigkeit der technologischen Innovation erklärt, daß die „DDR“ mit dem Westen leben müsse und sich nicht abschotten könne.

Kiechle will sich diesmal mit großer Härte in Brüssel durchsetzen

Gegen weitere Senkung der Erzeugerpreise / Kohl: Landwirte nicht Europas Lastesel

MICHAEL JACH, Oldenburg

„Mit Zähnen und Klauen“ will sich die Bundesregierung gegen die nach wie vor von der EG-Kommission und einigen EG-Mitgliedsländern verfolgte Absicht zur Wehr setzen, zur Bewältigung der agrarischen Überproduktion die Erzeugerpreise zu senken. Dies versicherte Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) den deutschen Bauern am Wochenende auf einer CDU-Großveranstaltung unter dem Motto „Landwirtschaft hat Zukunft“ in Oldenburg.

Im gleichen Sinne bekräftigte Bundeskanzler Helmut *Kohl als Haupt*redner der Kundgebung, die Landwirte könnten nicht „die Lastesel der Europapolitik“ sein, auf deren Kosten der überwiegende politische und wirtschaftliche Nutzen des europäischen Einigungsprozesses erkauft werde. Gegen Kritik von EG-Nachbarn an solch „äußerster Härte“ zeig*te Kohl sich* mit Selbstbewußtsein gewappnet: Die Benachteiligung „unserer Landwirte“ sei umso unerträglicher, als „wir der Motor der Einigung sind“; innenpolitisch hätten die Bauern angesichts ihrer Existenzbedrängnis heute den gleichen Anspruch auf Solidarität wie vor Jahren die Bergleute.

Kohl nahm damit unmittelbar einen Appell des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht auf. Dieser hatte zuvor mit scharfen Wor*ten* die Taktik der EG-Kommission gerügt, „wider Treu' und Glauben“ die durch Kiechles Brüsseler Veto erzwungenen Preisstabilitäts-Beschlüsse des EG-Ministerrates „mit tausend unwürdigen administrativen Tricks“ zu unterlaufen. Dies, findet Albrecht, sei „ein Thema, das eines Kanzlers würdig ist“.

Keinen Zweifel ließen die Redner bei ihren etwa 4000 bäuerlichen Zuhörern indessen daran aufkommen, daß eine für die Betroffenen „weiche Lösung“ des Erzeugerpreisproblems – weiter steigende Produktion und Preise – ausgeschlossen sei. Ignaz Kiechle warb erneut für das Mittel-



Widersetzt sich Brüssel: Ignaz Kiechle FOTO: SCHULZE-VORBERG

und Langfristkonzept der Bundesregierung zur Entlastung des Agrarmarktes von Nahrungsmittel-Überschüssen: freiwillige Flächenstillegung gegen Ausgleichszahlungen, verstärkter EG-Eigenanbau von Futtermitteln statt Importen aus Übersee, schließlich die „neue Produktionslinie“ der nachwachsenden Rohstoffe für Faser-, Chemie- und Energieindustrie. Letzteres vor allem, stellte abermals Ernst Albrecht heraus, eröffne der von Ungewißheit umgetriebenen nächsten Landwirte-Generation erst die „Perspektive, auf die es ankommt“.

Um die akuten Sorgen zu überbrücken, wird die Bundesregierung weiterhin den Weg der „zusätzlichen *Entlastungen und damit zusätzlichen* Einkommen“ (Kiechle) beschreiten: über die bereits greifenden Subsidien für „benachteiligte Gebiete“, Sozialversicherung oder Mehrwertsteuer hinaus insbesondere durch „direkte Honorierung der landschaftspflegerischen Leistungen“.

Durchgängiges Merkmal aller Stüt*zungsmaßnahmen, dies wurde in* Oldenburg gemäß den eigentums- und sozialpolitischen Grundsätzen der Union stets betont, sei ihr Zuschnitt auf den klein- und mittelbäuerlichen Familienbetrieb. Kiechle gab die Zusage, daß ein mit den Bundesländern abgestimmtes Konzept wider die wettbewerbsverzerrenden „Agrarfa*briken*“ *erarbeitet werde; dabei* werde das eigentumsrechtlich-empfindliche Thema der Tierbestands-Obergrenzen kein Tabu sein.

Die Bundestagswahl vor Augen, das „Zukunft“-Motto ihres jüngsten Bundesparteitages im Rücken, empfahl sich die CDU in Oldenburg den Bauern mit der agrarpolitischen Anwendung ihres Anspruchs. Gerade so, wie es die Kapelle beim Kanzlerauftritt mit einer alten Schlagermelodie intonierte: „Ein Freund, ein guter Freund ...“ Manche unter den Landwirten indes sehen es anders – in der Weser-Ems-Halle eine lautstarke Handvoll. Sie erwiderten den Freundschafts-Schlager mit Preßlufthörnern.

Schmiergeld und starke Nerven . . .

RENATE FRANK, Bonn

Schmiergeld und starke Nerven brauchen die aussiedlungswilligen Deutschen in Rumänien. In diesem Land, das sich einer klassenlosen Gesellschaft rühmt, ist es gerade Geld, das den Unterschied macht. Wenn *5000 bis 10 000* Mark unter dem Tisch den Besitzer wechseln, können die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben der Ausreise-Tretmühle entrinnen. Von dem 8000 Mark betragenden „Kopfgeld“, das Bonn bezahlt, ganz zu schweigen.

Was machen aber die ohne den berühmten „Onkel in Amerika“, diejenigen, die nur in leere Taschen greifen können? Familie Schuster in Sibiu, dem früheren Hermannstadt, hat genau dieses Problem. Frau Johanna Schuster, Witwe und Mutter von vier Kindern hatte bereits im März 1980, während ihres Urlaubs bei Verwandten in Deutschland, daran gedacht, nicht zurückzukehren. Doch sie brachte es nicht über's Herz ihre damals 24, 21 und 15 Jahre alten Söhne (die Tochter war schon verheiratet) alleine zu lassen. Das Paßamt hatte ihr gedroht, sie werde ihre Kinder mindestens fünf Jahre lang nicht sehen, wenn sie im Westen bliebe.

Also versuchte sie es auf „legalem“ Weg. Im September 1980 stellte sie *das erste Mal beim Kreispaßamt* Ausreiseanträge für sich, ihre Söhne Hans-Gallus und Gerhard, ihre Tochter Johanna-Rosina Kirr und ihren Schwiegersohn Georg Kirr. 1983 und '84 kamen noch die Enkel hinzu.

Ihr Leidensweg: Im Januar 1981 werden die Anträge das erste Mal abgelehnt. Frau Schuster richtet Bittschreiben an die Paßdirektion des Innenministers, den Innenminister, den Staatsrat und an den Staatspräsidenten Ceausescu – ohne Reaktion.

Eine *Amtsmitteilung* weist sie darauf hin, daß ausschließlich die Kommission des Kreispaßamtes in Sibiu zuständig ist. Sie wendet sich mit einer Petition an die Kommunistische Partei in Sibiu. Im September wird sie zur Paßdirektion des Innenministeriums in Bukarest vorgeladen. Doch nur, um zu hören: „Das Kreispaßamt ist zuständig.“

Im November werden die Anträge wieder abgelehnt. Es folgen Bittschreiben an den Staatsrat, den Innenminister und an Frau Ceausescu. Im Februar 1982 wird sie vom Kreispaßamt aufgefordert, die Anträge zurückzuziehen.

Ab August 1983 bemüht sich auch die Deutsche Botschaft in Bukarest um die Ausreise der Familie Schuster. Ab September darf Frau Schuster nur noch einmal im Jahr beim Kreispaßamt in Sibiu vorsprechen und das war für 1983 schon am 26. Juni gewesen.

Am 1. Februar 1984 ergeht folgender Spruch des Kreispaßamtes: „Frau Schuster wird die Ausreise verweigert, weil zwei verheiratete Kinder zurückbleiben und damit die Familie auseinandergerissen wird. Den Kindern muß deshalb die Ausreise verweigert werden, weil die Mutter zurückbleibt.“

Frau Schuster schrieb weiterhin Petitionen: Am 25. April war es wieder soweit: Um acht Uhr fand sie sich mit 60 anderen Aussiedlungswilligen bei der Behörde *ein*. Frau Schuster kam um 13.30 Uhr an die Reihe. Nach wenigen Sätzen wurde sie wie immer mit den Worten abgefertigt: „Der Antrag wird an die Kommission des Paßamtes weiter geleitet, von dort bekommen sie Antwort.“

Wenn sie auch in diesem Jahr zwischen dem 15. November und dem 15. Januar rechtzeitig die Anmeldung einreicht, ist sie 1987 wieder dabei.

Sächsische Kirche fordert Toleranz

epd, Dresden

*Für mehr Toleranz im gesellschaft*lichen Leben der „DDR“ hat sich der Präsident des Dresdener Landeskirchenamtes, Kurt Domsch, ausgesprochen. Er sagte vor der in Dresden tagenden Synode der Sächsischen Landeskirche, eine Gesellschaft blühe geradezu auf, „wenn die Gaben der Menschen genutzt werden und wenn man ihnen manche Eigenheiten gerne nachsieht“.

In der Aussprache der Synode war zuvor wiederholt der staatliche Druck auf christliche Jugendliche in Schule und Berufsausbildung beklagt worden.

„Bürokratisches Kasperltheater“

dpa, Augsburg

Die *„Bannmeile“* für Parteienwerbung vor Wahllokalen hat der Augsburger SPD-Landtagsabgeordnete Horst Heinrich als „bürokratisches Kasperltheater“ kritisiert. In einem Brief an Bayerns Innenminister Karl Hillermeier fragt Heinrich nach den Kosten des Polizeieinsatzes. Bei Öffnung der Wahllokale gestern morgen waren in mehreren Städten und Gemeinden Wahlplakate beanstandet worden, die näher als 50 Meter vom Eingang entfernt hingen. Auf Aufforderung der Polizei mußten Mitarbeiter der Parteizentralen die „anstößigen“ Wahlslogans entfernen.

Engler: Forschung muß an Uni bleiben

DW. Heidelberg

Die Zukunft der Universitäten hängt nach Auffassung des baden-württembergischen Wissenschaftsministers Prof. Helmut Engler (CDU) von der Verbindung von Forschung und Lehre in hoher Qualität ab. Bei einem Festakt zum Auftakt einer Jubiläumswoche, mit der die Universität Heidelberg die Feiern zu ihrem 600jährigen Bestehen abschließt, sagte Minister Engler gestern, es müsse dringend verhindert werden, daß die Forschung und vor allem die Grundlagenforschung in größerem Umfang in außeruniversitäre Einrichtungen abwandere.

Ende vom Lied: Holpernde Reime, stampfender Rhythmus

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Die Nordlichter besingen ihr „Schleswig-Holstein, meerumschlungen“, die Bajuwaren beschließen so*gar das Fernsehprogramm mit einem* frommen „Gott mit Dir, Du Land der Bayern“. Und was hatte das Musterländle Lothar Späths bisher zu bieten? Zwei Hymnen aus längst vergangenen Zeiten.

Die eine, „preisend mit viel schönen Reden“, galt dem Königreich Württemberg, die andere verklärte Baden, „das schönste Land in deutschen Gauen“. Doch dieser Zustand lyrischer Kleinstaaterei ist nun überwunden. Seit wenigen Tagen hat der nach dem Krieg vereinte Südweststaat ein eigenes Landeslied. Eine Hymne fürs Volk, die obendrein aus dem Volk, nämlich aus der Feder eines 39jährigen Bankkaufmanns aus Murr an der Murr, kommt. Und die jetzt auf dem Cannstatter Volksfest in Gegenwart des Ministerpräsidenten Premiere feierte.

Die Idee ist alt und hat viele Väter. Ihr Großvater allerdings heißt Albert Teufel und ist Bürgermeister im schwäbischen Spaichingen. Anfang der achtziger Jahre hatte er den „lieben Erwin“, seinen Bruder, darauf hingewiesen, daß „zur Pflege von Heimat, Brauchtum und Tradition“ auch eine Hymne gehört. Der Bruder, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag, schrieb darauf dem „lieben Lothar“, Baden-Württembergs Regierungschef, der „die Sache recht positiv“ aufnahm und, versehen mit den besten Wünschen, an die zuständigen Stellen weitergeben ließ. Doch irgendwo zwischen Staatskanzlei, Kultusministerium und *Landesmusikrat* muß die Anregung der Gebrüder Teufel dann versandet sein. Es wurde ruhig um die „Landeshymne“. Und der Sängerkrieg der Altbadener und Württemberger nahm weiter seinen Lauf.

Für die Renaissance des musikalischen Integrationsprojektes sorgten jetzt die beiden Landessender SDR und SWF. Immerhin: 4 0 Amateurkomponisten und Hobbytexter beteiligten sich an einem von den Anstalten ausgeschriebenen Ideenwettbewerb. Davon wiederum wurden 130 den baden-württembergischen Musikhochschulen zur ernsthaften Bewertung überlassen und acht schließlich am vergangenen Sonntag dem Fernsehpublikum vorgestellt. Allerdings tauchten da schon erste Zweifel an der Qualität der ausgewählten Lieder auf. „Die 442 besten“, mutmaßte der Volkskundler Hermann Bausinger noch während der Sendung im Dritten, „sind wohl schon ausgeschieden“.

Der spätere Siegertitel war sogar ein besonders holpriges Stück naiver Volkskunst. „Baden-Württemberg ist unser Land, in dem wir leben“, hatte der Bankkaufmann aus dem Murrtal gedichtet, „vom Main zum Rhein zum Bodensee die Grenzen uns umgeben, die Bad'ner und Schwaben, friedlich vereint sich haben, gemeinsam stolz auf dieses Land, Baden-Württemberg unser Heimatland“. In der zweiten Strophe reimt sich „Lande“ auf „Glanze“, in der dritten gar „Schiller“ auf „immer“. Dennoch ging der stampfende Rhythmus der Musik den Leuten ins Ohr. Knapp 54 Prozent der Zuschauer entschieden sich via TED (Tele-Dialog) für diesen Titel.

Ob sich der ganze Aufwand gelohnt hat, bleibt nun abzuwarten. Zwar sollen sich schon der Landesfremdenverkehrsverband und ein Musikverlag für das neue „Baden-Württemberg-Lied“ interessiert haben. Die Begeisterung staatlicher Würdenträger hält sich indes in Grenzen. Lothar Späth, dem die Uraufführung auf dem Canstatter Wasen gewidmet war, dirigierte im Bierzelt der größten Stuttgarter Brauerei statt der Hymne lieber „Fürstenfeld“ und den Radetzki-Marsch, im Kultusministerium ist despektierlich von einem „Unfug erster Klasse“ die Rede.

Und auch der Schirmherr des Unternehmens zieht sich grollend zurück. „Ein Lied mit einer so holprigen Sprache kann ich nicht unterstütze“, entschied Landtagspräsident Erich Schneider (CDU) nach der ersten Hörprobe. Gerade ihn stimmte das besonders traurig. Denn vom Sinn einer südwestdeutschen Integrationshymne ist der zweithöchste Mann im Land weiter überzeugt.

Lefebvre weiht in Bonn neue Kirche ein

KNA, Bonn

Der vom Vatikan suspendierte katholische Erzbischof Marcel Lefebvre hat gestern auf dem Gelände der Rheinischen Landesklinik die Christ-König-Kirche mit einem feierlichen Gottesdienst eingeweiht und dabei das Sakrament der Firmung gespendet.

Lefevbre bezeichnete dabei die von ihm geweihten Kirchen in zahlreichen Hauptstädten der Welt als Zeugnis für die wahre katholische Lehre. „Ich bin sehr zufrieden, daß nun auch in Bonn ein solches Gotteshaus ist.“

Der von seinen Ämtern suspen*dierte Erzbischof, Gründer der tradi*tionalistischen Priesterbruderschaft „Pius X“, betonte, sein Verhältnis zum Vatikan habe sich seit seiner Begegnung mit Kurien-Kardinal Edouard Gagnon im Januar dieses Jahres nicht geändert. Er wisse weder von einer sich anbahnenden Versöhnung noch von einer völligen Trennung von Rom etwas, erklärte er zu jüngsten Pressemeldungen.

„Es ist nicht meine Absicht, mich von Rom zu trennen, obwohl bedeutende Schwierigkeiten bestehen, da ich die Reform des II. Vatikanischen Konzils völlig ablehne“, fügte er hinzu. Er versuche lediglich, an den Traditionen, die unwandelbar und durch Dogmen fixiert sind, festzuhalten. Daher müsse er modernistische Entwicklungen wie das neue Kirchenrecht und den neuen Katechismus ablehnen.

SPD wirbt mit Schmidt – aber nur im Kleinformat

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Seit dem Wochenende wird in Hamburg geklotzt: Wenige Stunden nach der offiziellen Zulassung der *Parteien zur Bürgerschaftswahl am 9.* November verwandelte sich das Stadtbild in einen Schilderwald. Die SPD – seit 1957 ununterbrochen an der Macht – stützt sich auf Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, dessen Bild – ganz Staatsmann, den Kopf auf eine Hand stützend – die Parole beschwört: „Für Hamburg – mit uns“. *Die CDU* will „den Aufschwung nach Hamburg holen“, auch hier steht das Portrait im Mittelpunkt – es ist der Kopf des 46 Jahre alten Majors a.D. Hartmut Perschau, der seit fünf Jahren höchst erfolgreich die Oppositionsfraktion führt.

Die GAL, die sich zur Wahl den neuen Namen „Grüne/GAL“ gegeben hat, wirbt mit einer reinen Frauen-Liste, die sich am Mittwoch vorstellen will. Und die Freien Demokraten – seit achteinhalb Jahren aus der Bürgerschaft verbannt, setzen den Personenportraits bewußt Tierbilder entgegen. „Damit nicht wieder alles beim alten bleibt“, werben die Liberalen um Zustimmung. Das Alte wird *durch Faultiere, die sich auf einem* Ast räkeln, ein Paar träge Nilpferde und einer Herde Schafe veranschaulicht.

Die Christdemokraten, die bei der letzten Wahl 38,6 Prozent Stimmenanteil mit Walter Leisler Kiep als Spitzenkandidaten errungen hatten, eröffnen heute abend mit Bundesfinanzminister Stoltenberg offiziell ihren Wahlkampf. Hartmut Perschau, der allein fast 250 Wahlkampfeinsätze bestreitet, will seinen Hauptgegner *Klaus von Dohnanyi vor allem als* „Schulden-Bürgermeister“ anprangern und den Bürgern die Angst vor Verbrechen und Gewalttätigkeiten nehmen („Wieder sicher leben in Hamburg“).

Die SPD ringt um den Erhalt ihrer absoluten Mehrheit. Die letzte Wahl hatte ihr mit 51,3 Prozent und 64 von 120 Parlamentssitzen ein sicheres Polster für die Fortsetzung ihres Regiments gebracht. Die Krawalle der letzten Woche mit Plünderungen und Brandstiftungen kosten Sympathien bei den Wählern: der Neue Heimat-Skandal in der Metropole, in der das Unternehmen seinen Sitz hat, sowieso. Die Sozialdemokraten bitten am *Donnerstag zur Auftaktkundgebung* mit Helmut Schmidt. Zum ersten Mal ist der ehemalige Bundeskanzler wieder auf Wahlplakaten zu sehen, allerdings in Kleinformat.

Bei der FDP sind Zweifel angebracht, ob sie wieder in der Bürgerschaft vertreten sein wird. Ihr Spitzenkandidat Ingo von Münch führt *zwar einen einfallsreichen Wahl*kampf, doch jüngste Umfragen geben den Liberalen nur drei Prozent. An der Wahl beteiligen sich zwölf Parteien und Einzelbewerber, unter ihnen ebenso die rechtsextreme „Hamburger Liste für Ausländerstopp“ wie der „Bund Westdeutscher Kommunisten“ und die DKP.

Wackersdorf: Weicht Industrie nach Belgien aus?

AP, Hamburg

Wegen der anhaltenden Diskussion um die atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf plant die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) offenbar ein stärkeres Engagement *im Ausland. Nach einem Bericht des* Nachrichtenmagazins „Spiegel“ will der Aufsichtsrat der DWK am 5. November über eine Beteiligung an einem Wiederaufarbeitungsunternehmen in der belgischen Ortschaft Mol entscheiden.

Nach Darstellung des „Spiegel“ versicherten die deutschen Stromerzeuger zwar offiziell, daß es keine Alternative zu der Anlage in Bayern gebe, intern werde jedoch eingeräumt, daß „die deutsche Industrie in Mol *für weniger Geld Zugang zur* Wiederaufarbeitungstechnik gewinnen könne“. Als Summe der Beteiligung nennt das Magazin 1,5 Milliarden Mark. Die Anlage in Wackersdorf ist mit rund zehn Milliarden Mark Baukosten veranschlagt.

Aus Kreisen der deutschen Atomindustrie zitiert der „Spiegel“, eine positive Entscheidung für eine Beteiligung an der belgischen Anlage sei kein Votum gegen Wackersdorf. Allerdings könne man sich in diesem Fall „mit weiteren Teilgenehmigungen Zeit lassen und den Bauplatz zunächst einmal als großes Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente nutzen“.

Sowjet-Hubschrauber stoßen regelmäßig über Grenze vor

WERNER KAHL, Bonn

Sowjetische Militärhubschrauber sind in den vergangenen Jahren regelmäßig im Abstand von mehreren *Wochen über die innerdeutsche* Demarkationslinie in den Luftraum der Bundesrepublik Deutschland eingedrungen. Das geht aus einer Mitteilung des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Franz Kroppenstedt, auf Fragen des deutschlandpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, hervor.

Vom 1. Januar 1981 bis 15. September dieses Jahres seien der Bundesregierung insgesamt 287 Grenzverletzungen durch „DDR“-*Organe* im Bereich der innerdeutschen Grenze bekanntgeworden, sagte Kroppenstedt. Davon in den Jahren 1981 . 7 Fälle, 1982 52 Fälle, 1983 39 Fälle, 1984 . 5 Fälle, 1985 59 Fälle und in *diesem* Jahr bisher 25 Fälle. Hinzu kommen 29 Grenzverletzungen durch sowjetische Militärhubschrauber.

Der *schwerste Zwischenfall* ereignete sich Ende August dieses Jahres, als ein sowjetischer Kampfhubschrauber von Mecklenburg aus über Lübeck in die holsteinische Schweiz im Raum Plön vordrang. Staatssekretär Kroppenstedt gab dazu auf eine Frage des CDU-Bundestagsabgeordneten von Schmude bekannt, wegen dieses Eindringens in den Luftraum der Bundesrepublik auf 120 Kilometer Länge und 45 Kilometer Tiefe nach Schleswig-Holstein habe das Auswärtige Amt bei der sowjetischen Botschaft protestiert. „Dieses tiefe Überfliegen des Bundesgebietes“ sei „erstmalig“ festgestellt worden, sagte Kroppenstedt.

In diesem Jahr haben die Bundesbehörden bisher acht neue Fälle von Luftraumverletzungen, vier Fälle von Überschreitungen der Grenze durch Angehörige der „DDR“-Grenztruppe und 17 Fälle von „Überschießen der Grenze mit Leuchtspurmunition“ registriert. Auswirkungen durch Minen seien 1986 nicht mehr aufgetreten, da die Minensprengungen beendet worden seien.

Dem Bundesinnenministerium ist den Angaben des Staatssekretärs zufolge „in den letzten Jahren“ kein Fall bekannt geworden, daß „DDR“-Posten oder sowjetische Soldaten Flüchtlinge bis auf das Gebiet der Bundesrepublik („Nacheile von Flüchtlingen“) verfolgt haben.

32 Westdeutsche, die „aus Unkenntnis oder Unachtsamkeit“ „DDR“-Gebiet betraten, wurden seit 1981 festgenommen. Dagegen gab es bei Grenzverletzungen von „DDR“-Soldaten und Sowjets keine einzige Festnahme. Staatssekretär Kroppenstedt anwortete dem Bundestagsabgeordneten Eduard Lintner (CSU) auf dessen Frage, wie „DDR und UdSSR“ auf Proteste reagieren: „In einem großen Teil der Fälle“ seien Grenzverletzungen bestritten worden. Die „DDR“ habe geltend gemacht, daß sie ihre Grenzorgane „regelmäßig“ anweise, „die Grenze einzuhalten“.

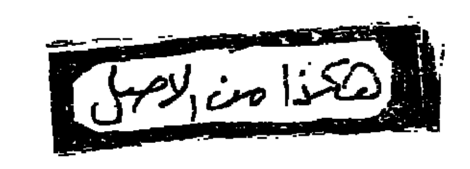
Rau beklagt den Rückzug der Künstler

dpa, Köln

SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hat den Verlust an politischem Engagement von Künstlern in der Bundesrepublik Deutschland beklagt. „Mit Betroffenheit“ habe er diese Entwicklung zur Kenntnis genommen, sagte Rau gestern bei einer Kulturkonferenz der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten in Köln. Als mögliche Gründe nannte der stellvertretende SPD-Vorsitzende das Gefühl einer modischen Restauration oder die Enttäuschung darüber, daß der „große Aufbruch“ zu Beginn der 70er Jahre nicht alle Ziele erreicht habe.

Zugleich warnte Rau vor einer Vernachlässigung der öffentlichen Kulturförderung. Sie dürfe „nicht nur eine Sache für die guten und fetten Jahre sein“, sie gehe auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik an, denn Städte und Regionen „veröden und verwahrlosen dann, wenn wir Kunst und Künstler vertreiben oder vernachlässigen“.

Auf das Verhältnis der Kulturschaffenden zu seiner Partei eingehend sagte Rau, die Künstler in der Bundesrepublik sollten nicht zur Sozialdemokratie auf Distanz gehen, sondern „mobil machen, damit wir gemeinsam der Verlockung zur Restauration Einhalt gebieten und verändern können, was verändert werden muß“. Die Sozialdemokratie bedürfe dieser Auseinandersetzung „als Stachel in unserem Fleische“.



Polizeitaktik gab den Chaoten keine Chance

Großdemonstration in Hasselbach verlief friedlich

WALTER H. RUEB, Hasselbach

In 3000 Privatautos, 1200 Bussen und fünf Sonderzügen über eine stillgelegte Bundesbahnstrecke kamen nach Schätzungen der Polizei gut 100 000 Menschen zur Großdemonstration der Friedensbewegung gegen die Stationierung von Cruise Missiles bei Hasselbach im Hunsrück. Die Veranstalter errechneten mit einem anderen Zählverfahren sogar 170 000 Kundgebungsteilnehmer. Übereinstimmung herrschte zwischen Veranstaltern und Polizei was den Verlauf der Veranstaltung betraf: reibungslos, friedlich, ohne Zwischenfälle und Festnahmen. Nach Ansicht von Beobachtern vor allem dank eines von der Polizei erarbeiteten und konsequent verfolgten Konzepts. Es beruhte auf Vertrauensherstellung und Kooperation mit den Veranstaltern.

Schon zwei Monate vor der Kundgebung hatte ein 30köpfiger Planungsstab bei der Polizei in Koblenz die Arbeit aufgenommen. Er sollte nach innen und nach außen wirken, zum Beispiel die Einsatzkräfte über die Hintergründe des politischen Konflikts informieren, bei ihnen ein tragfähiges Selbstverständnis entwickeln, das Engagement motivieren und stabilisieren, den Beamten Streßbewältigungstechniken vermitteln und Verhaltenshinweise für den Umgang mit Demonstranten geben.

Sorgentelefon und Informations-Stände

Die polizeiliche Strategie nach außen war ebensogut durchdacht. Ein Sorgentelefon für Bürger und zahlreiche Informationsstände wurden eingerichtet, die Demonstranten am Kundgebungs-Tag mit Flugblättern über Rolle und Standort der Ordnungskräfte informiert – mit dem Ziel, Feindbilder abzubauen und den Demonstranten klarzumachen, daß die Beamten dazu eingesetzt werden, um die Ausübung eines demokratischen Grundrechts zu gewährleisten.

Die Polizei suchte und fand Kontakte zur Hunsrücker Friedensinitiative. Sie setzte sich mit deren Repräsentanten zusammen, beseitigte schließlich das Mißtrauen. Nicht zuletzt dadurch, daß sie im Polizei-Emblem Zwille und Schlagstock durch eine Blume ersetzte, polizeiliche Bewegungen während der Demo über Lautsprecher transparent zu machen versprach und Geduld aufbrachte für die Artikulation von Ängsten ihrer Gesprächspartner.

Bei der Demonstration der „Friedensfreunde" im Verein mit SPD, DKP, DFU, Grünen, Gewerkschaften und weiteren Organisationen des linken Spektrums wurde unter zahlreichen Transparenten zwar auch eines mit der kritischen Anmerkung mitgeführt: „Polizeipsychologe lenkt, weil keiner denkt, den Widerstand in Bullenhand." Die überwältigende Mehrheit der Demonstranten aber zeigte sich bei Aufmarsch, Vorkundgebungen und Umzingelung der noch in Bau befindlichen Cruise-Missiles-Lagerstätten zufrieden über das Ausbleiben Vermummter.

Buddhistische Mönche neben Soldaten in Uniform

Schon vorher hatten Polizeipsychologe Frank Stein und der für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortliche Kriminalrat Hans-Dieter Hilken prophezeit, daß Chaoten fernbleiben würden, weil die psychologische Offensive der Polizei ihnen den Boden für die Entfaltung antidemokratischer Aktivitäten entzogen habe.

Die Vorhersage erfüllte sich. Die Hauptkundgebung auf einem riesigen Wiesengelände hatte Volksfest-Charakter. Manche Demonstranten schliefen in der warmen Herbstsonne im Gras, andere jubelten Stimmungsmacher Udo Lindenberg zu, sorgten an ungezählten Ständen für Rekordumsätze der Verkäufer von Speis und Trank, manche zeigten gar Aufmerksamkeit für Ansprachen und die sogenannte „Hunsrücker Erklärung". In dieser werden unter anderen folgende Forderungen erhoben: Aufhebung des Stationierungsbeschlusses, Senkung des Rüstungshaushalts, Stillegung aller Atomanlagen.

Die Friedensfreunde blieben sich bei der Auswahl ihrer Referenten treu: Da fehlten weder eine Theologieprofessorin noch ein Gewerkschafter, weder ein Abgesandter Nicaraguas noch eine „Märtyrerin" nach Verurteilung wegen Blockade der Pershing-2-Basis Mutlangen.

Die volksfestähnliche Großkundgebung mit buddhistischen Mönchen und Demonstranten in Bundeswehr-Uniformen vom „Arbeitskreis demokratischer Soldaten" schien einen Hunsrücker Bauern nicht im geringsten zu beeindrucken: Kaum einen Steinwurf entfernt verrichtete er in aller Seelenruhe mit einem pferdebespannten Fahrzeug seine Feldarbeit.

Gutachten setzt Zöpel unter Druck

HELMUT BREUER, Düsseldorf

Die nach Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen fällig werdenden hohen Steuernachforderungen sind nach der Rechtsauffassung des Düsseldorfer Finanzministers Posser (SPD) nur dann vor anderen Gläubigerforderungen bevorrechtigt, wenn die Gemeinnützigkeit bereits vor der Konkurseröffnung des ehemaligen Gewerkschaftskonzerns entzogen worden ist. Dies ist einer der Kernsätze des seit Juni von Städtebauminister Zöpel (SPD) unter Verschluß gehaltenen Gutachtens des Finanzministers, dessen Wortlaut jetzt der WELT vorliegt.

In dem Gutachten Possers vom 5. Juni 1986 wird die formal vom Düsseldorfer Regierungspräsidenten, politisch aber von Zöpel zu treffende Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat als „ein für die Finanzbehörden bindender Grundlagenbescheid" gewertet, der auch rückwirkend die Abschöpfung der vielfältigen Steuervorteile des Unternehmens in den vergangenen zehn Jahren notwendig machen könne. Auch wenn die Neue Heimat (NH) gegen die von der Düsseldorfer Oberfinanzdirektion (OFD) seit Herbst 1984 wegen schwerwiegender Gesetzesverstösse des Konzerns geforderte sofortige Aberkennung der Steuerprivilegien Rechtsmittel einlegen sollte, könnten Steuernachforderungen festgesetzt werden, die eventuell verzinst werden müßten, heißt es in dem Gutachten Possers. Dagegen sei es „rechtlich zweifelhaft", ob Steuernachforderungen der NRW-Finanzbehörden gegen den überschuldeten Konzern auch dann bevorrechtigt seien, wenn ihm die Gemeinnützigkeit erst nach Konkurseröffnung entzogen werde.

Trotz dieser Feststellungen verschleppt nach Auffassung der Düsseldorfer Oppositionsparteien CDU und FDP der für die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen zuständige Minister Zöpel seit eineinhalb Jahren die Entscheidung über diesen Antrag. Klaus Tröschel, Regierungsdirektor der OFD, hatte im August als Zeuge vor der Bonner Untersuchungsausschuß erklärt, daß bei einer Aberkennung der Gemeinnützigkeit des nach Expertenmeinung konkursreifen Konzerns die Finanzbehörden „bis zu 80 Prozent des Reinvermögens" kassieren könnten. Minister Zöpel will heute in einer Sondersitzung des Düsseldorfer Landtags auf die zahlreichen Vorwürfe in einer Regierungserklärung antworten.

Gewalt – ein Zeichen der Zeit (Folge I)

Siegt der Fortschritts-Rausch über moralische Grundtugenden?

Die Freude am „Kaputtmachen" bestimmt immer mehr auch das kriminelle Handeln. Einbrecher stehlen nicht nur, sondern schlagen auch noch alles kurz und klein. Mörder bringen motivlos einen ihnen unbekannten Menschen um. Alfred Stümper, Polizeipräsident von Baden-Württemberg, kommt in seiner Analyse zu einem erschreckenden Ergebnis: Die wachsende Bereitschaft zur Gewalt ist ein Produkt unserer Zeit.

Von ALFRED STÜMPER

I.

Zahlreiche Diskussionen über Gewalt gegen Personen und Sachen, strukturelle Gewalt, gesellschaftspolitische Gewalt, psychische Gewalt usw. beherrschen in unserer Zeit weitgehend das Feld juristischer, kriminologischer, gesellschaftspolitischer, ethischer und moraltheologischer Überlegungen, Beiträge, Seminare, Tagungen, Kongresse usw. Während dieser seit vielen Jahren geführten breiten Diskussion, von der auch kein Ende abzusehen ist, ist im tatsächlichen Geschehen – eigentlich über die ganze Welt hinweg – die Gewaltanwendung in den verschiedensten Bereichen eskaliert; dabei ist nicht nur die Bereitschaft zur Gewaltanwendung selbst gestiegen, sondern auch eine sich ausweitende offene oder verdeckte Sympathie für eine Gewaltanwendung zur Durchsetzung bestimmter Ziele. Dies zeigt sich bei polizeilichen Großeinsätzen gegenüber einer zunehmenden Zahl von Gewalttätigen, die aus den Menschenmengen heraus agieren, bei politisch motivierten Anschlägen auf Personen und Sachen und schließlich insgesamt im allgemeinen kriminellen Geschehen, wie es sich in der polizeilichen Kriminalstatistik niederschlägt: Während in den letzten 20 Jahren sich die Zahl der nach der polizeilichen Kriminalstatistik von Bund und Ländern registrierten Straftaten etwas mehr als verdoppelt hat, haben wir im Bereich der Gewaltdelikte, so bei Raub, räuberischer Erpressung, Straßenraub usw. bei den Erwachsenen eine Zunahme um zirka 250 Prozent, bei den Minderjährigen um zirka 390 Prozent, bei den Jugendlichen um zirka 620 Prozent und bei den Kindern um zirka 830 Prozent.

Darüber hinaus kann man schon seit mindestens zwei Jahrzehnten feststellen, daß die Neigung, ja gerade die Freude am Zerstören und „Kaputtmachen" mehr und mehr auch kriminelles Handeln bestimmt. Ich meine damit vor allem die Destruktionstäter oder motivlosen Täter, die aus einem allgemeinen Vernichtungsdrang heraushandeln, sowie den in der Regel gruppenmäßig auftretenden Vandalismus, der sinnlose Zerstörungen anrichtet, von der Demolierung von öffentlichen Anlagen angefangen bis hin zu den weitverbreiteten Beschädigungen von Telefonzellen (an den zirka 120 000 Telefonzellen der Deutschen Bundespost wurden im letzten Jahr rund 94 000 Beschädigungen vorgenommen). Das, was früher noch ein dummer Jungenstreich oder grober Unfug gewesen sein mag, hat sich zu gefährlichen kriminellen Handlungsweisen ausgeweitet. Dabei haben wir es hier nicht nur mit Straftaten zu tun, bei denen nur zerstört, vernichtet wird, sondern wir finden auch zahlreiche Mischtatbestände vor: So verlassen Einbrecher, nachdem sie die Ladenkasse eines Geschäftes in Sicherheit gebracht haben, nicht sofort – was an sich vernünftig wäre – den Tatort, sondern kehren noch einmal zurück, um dort erhebliche Verwüstungen anzurichten und sich „so richtig auszutoben". Es gibt selbst Tötungsdelikte, die diesem sinnlosen Vernichtungsdrang entspringen. Das sind die Fälle, in denen dem getöteten Opfer willkürlich aufgelauert und herausgegriffen wird; man will nur irgendeinen Menschen umbringen; wer es ist und wie er heißt, ist gleichgültig.



Alfred Stümper
FOTO: WOLFGANG ZIEGLER

Insgesamt muß man sich also fragen: Was ist eigentlich los mit uns, mit dieser Gesellschaft?

II.

Im Grunde ist diese zunehmende Gewaltbereitschaft – diese Feststellung mag erschrecken oder gar provozierend empfunden werden – „natürlich". Es kommen nämlich in unserer Zeit eine Vielzahl von Faktoren zusammen, die nahezu zwangsläufig eine solche Gewaltgeneigtheit mit einem scheinbaren Rückfall sogar in Denkungsweisen des Faustrechts bedingen:

1. Wir leben in einer geschichtlichen Epoche, in der sich uns innerhalb eines relativ eng zusammengedrängten Zeitraums äußerst schwierige und zugleich hinsichtlich der in die Zukunft hineinwirkenden Lösungsmöglichkeiten nur sehr risikohaft zu beurteilende Probleme auftun, von denen man letztlich sogar sagen muß, daß sie von einer bisher nie dagewesenen existenziellen Qualität sind; sie werden weithin über das weitere Schicksal der ganzen Menschheit bestimmen. Sowohl im Makrokosmos als auch im Mikrokosmos und in sonstigen naturwissenschaftlichen Disziplinen ist der Mensch in Möglichkeiten des eigenen Handelns vorgedrungen, die so manchen schwindelig macht und teilweise zu einem massiven Ruf nach Abstoppen weiterer Experimente führt; man hat zunehmend Angst vor Mißbräuchen oder überhaupt, ob der Mensch noch die weitere Entwicklung in den Händen halten kann. Besorgt werfen viele, und zwar zu Recht, die Frage auf: Hält gegenüber den ungeheuer ansteigenden menschlichen Möglichkeiten in Technik und Naturwissenschft die ethische und moralische Verantwortung überhaupt noch Schritt? Oder wird im Rausch des technischen Fortschritts die moralische Kraft der Beherrschung, der Bescheidung, der Kontrolle nicht zunehmend zurückgedrängt?

Nächste Folge:
Wohlstand, Leerräume, Angst

„FDP steht trotz Atom-Konflikt zur Koalition"

dpa, Frankfurt

Die Freien Demokraten haben am Wochenende bekräftigt, daß die FDP die Koalition mit der CDU/CSU nach der Bundestagswahl am 25. Januar fortsetzen will und derzeit keine Alternative zu diesem Regierungsbündnis auf Bundesebene sieht. Es gebe innerhalb der Partei „zur Zeit keine ernsthafte Diskussion über ein Bündnis mit der SPD", sagte der stellvertretende FDP-Vorsitzenden Gerhart Baum in einem Interview mit der Frankfurter „Neuen Presse". Allerdings wehre er sich dagegen, die FDP in ein, wie er es formulierte, „Ewigkeitsbündnis" mit den Unionsparteien zu stecken.

Baum nahm von der Übereinstimmung innerhalb der Koalition ausdrücklich die Atomenergie aus. Sie könne nicht die letzte Antwort auf die Energieprobleme der Menschheit sein. Die Ansicht von CDU-Umweltminister Walter Wallmann, Kernenergie sei moralisch geboten, könne er, Baum, nicht teilen.

Der Vorstand des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen hat sich ebenfalls für eine Fortsetzung der Bonner Koalition ausgesprochen. In einem einstimmig verabschiedeten Antrag heißt es außerdem: „Wenn die dafür notwendige Mehrheit bei der Wahl nicht erreicht wird, geht die FDP in die Opposition."

KPI verurteilt auch Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes

dpa/DW. Rom

Die Kommunistische Partei Italiens (KPI) hat jetzt erstmals auch klar und deutlich die Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn im Jahre 1956 verurteilt. Der Chef der italienischen Kommunisten, Alessandro Natta, kam in einem Interview *mit der kommunistischen Parteizeitung* „L'Unita" einer entsprechenden Aufforderung von Ministerpräsident Bettino Craxi nach, der auch Vorsitzender der Sozialistischen Partei Italiens ist.

Die KPI hatte bislang zwar die Sowjetinterventionen in der CSSR und in Afghanistan scharf kritisiert, bei *Ungarn jedoch eine mehrdeutige Haltung* beibehalten.

Craxi nutzte kürzlich eine Ungarn-Reise von KPI-Chef Natta und die Erinnerung an die seit dem Aufstand vergangenen 30 Jahre zur Mahnung an die Kommunisten: Er forderte sie zu diesem Anlaß auf, die Geschehnisse von damals deutlich zu verurteilen.

*Am 23. Oktober 1956 hatte in Buda*pest der Volksaufstand mit Demonstrationen von Studenten, Arbeitern und Intellektuellen begonnen. Doch er wurde von den Panzern der Sowjetarmee niedergeschlagen.

China-Reise der Queen krönt Hongkong-Vertrag

JOCHEN HEHN, Hongkong

Was vor wenigen Jahren noch undenkbar war, wurde gestern Wirklichkeit: Der chinesische Drachenthron entfaltete all seinen Prunk, um Königin Elizabeth II. und Prinzgemahl Philip, standesgemäß in Peking willkommen zu heißen.

Geschichte begleitet die *Queen auf* ihrem historischen China-Besuch, dem ersten eines britischen Monarchen überhaupt, auf Schritt und Tritt. Heute trifft sie mit Staatspräsident Li *Xiannian in der Großen Halle des* Volkes zusammen, wo 1984 die „chinesisch-britische gemeinsame Erklärung über die Hongkong-Frage" unterzeichnet wurde. Damals kam *Margaret Thatcher nach Peking.*

Diese Unterschrift besiegelte nicht nur das Schicksal der britischen Kronkolonie, die am 1. Juli 1997 der Volksrepublik China übergeben wird, sondern hat den Besuch der Königin überhaupt erst ermöglicht.

Das Besuchsprogramm sieht einen Rundgang durch die „Verbotene Stadt" vor, wo die Königin auch vor dem Drachenthron stehen wird, von dem die chinesischen Kaiser kraft ihres himmlischen Auftrags über „alles unter dem Himmel" herrschten. Die Vorstellung von der Verantwortlichkeit des chinesischen Kaisers für die gesamte Welt wurde ausgerechnet durch den britischen Gesandten Macartney zum erstenmal schwer *erschüttert. Er verweigerte im Jahre* 1795 dem „Himmelssohn" den Kotau, der bei kaiserlichen Audienzen vorgeschrieben war und aus drei Kniefällen und neunmaligem Niederwerfen bestand.

Treffen mit Deng Xiaoping

Ein Zusammentreffen der briti*schen Königin mit Deng Xiaoping,* dem Vater des chinesischen Reformkurses, wird für morgen erwartet. Bei diesem Gespräch geht es um mehr als nur den Austausch diplomatischer Artigkeiten. Der königliche Besuch soll die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen London und Peking stärken. Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern lag 1985 bei 2,8 Milliarden Mark, doch macht es nur knapp zwei Prozent des gesamten chinesischen Westhandels aus.

Einen Aufschwung versprechen sich Briten und Chinesen von dem auf der königlichen Yacht „Britannia" arrangierten Zusammentreffen zwischen Wirtschaftsvertretern. Dabei werden Abschlüsse in Höhe von umgerechnet rund einer Milliarde Mark erwartet.

Gemeinsame Geschichte

Nach Peking stehen vier weitere Städte auf dem Programm: Shanghai, wo Elizabeth auf der „Britannia" ein Bankett zu Ehren des Staatspräsidenten geben wird. In Xian besucht sie die berühmte Terracotta-Armee des Kaisers Qinshi. In Kunming können die Gastgeber erstmals auf einen positiven Abschnitt der Geschichte beider Länder hinweisen. Über die „*Birma-Straße*", *die hier endete, wurden* während des Zweiten Weltkrieges Versorgungsgüter und Waffen an die gegen die Japaner kämpfende chinesische Armee geschleust.

Die Tatsache, daß mit Margaret Thatcher und der Queen zwei Frauen an der Spitze des britischen Königreiches stehen, ruft bei geschichtsbewußten Chinesen keine angenehmen Vorstellungen ins Gedächtnis. China mit seiner patriarchalischen Gesellschafts- und Staatsordnung hat im Verlauf seiner über 4000 Jahre langen Geschichte nur wenige Frauen als Herrscher erfahren, und alle gelten als Negativfiguren.

Dies trifft für Kaiserin Wu aus der Tang-Dynastie ebenso zu wie für die *Kaiserinwitwe Ci Xi* Ende des 19. Jahrhunderts, in besonderem Maße jedoch für Maos Ehefrau Tschiang Tsching, die wegen ihrer Führungsrolle in der Kulturrevolution eine lebenslange Haftstrafe verbüßt.

Bush bestreitet Verwicklung in Flugzeug-Affäre

APF, Washington

Das Weiße Haus soll nach amerikanischen Presseberichten über die Nachschublieferungen privater Hilfsorganisationen der *USA für die Con*tras in Nicaragua unterrichtet gewesen sein. Und nicht nur das: Angeblich seien die Lieferungen auch von Washington gebilligt und gefördert worden. Wie die „Los Angeles Times" berichtete, kannte Vizepräsident George Bush den Amerikaner kubanischer Abstammung Max Gomez, der die Hilfslieferungen für die antisandinistischen Rebellen koordinierte.

Andere US-Zeitungen veröffentlichten ebenfalls weitere Enthüllungen zu der Affäre um das Flugzeug, das Nachschub für die Contras am Bord hatte und kürzlich über Nicaragua abgeschossen worden war. Bush bestritt, daß er selbst die Nachschub*lieferungen koordiniert* habe. Er gestand jedoch ein, daß er mehrfach mit Gomez zusammengetroffen war.

Gomez war von Eugene Hasenfus, dem in Nicaragua gefangengenommenen *einzigen Überlebenden unter* den vier Insassen der abgeschossenen Maschine, als Koordinator der Hilfslieferungen für die Contras genannt worden. Bush bezeichnete es als „völlig falsch", daß er die Operation geleitet habe, in die Hasenfus verwickelt sei. Er sagte, er sei im Januar 1985 und im Mai 1986 mit Gomez zusammengetroffen. Dessen Rolle sei es gewesen, der salvadorianischen Regierung bei der Niederschlagung eines von Marxisten angeführten Aufstands zu helfen, was der Linie der US-Politik entspreche.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Britische Parteien agieren schon wie im Wahlkampf – Termin ist noch offen

Kongresse beendet / Einigkeit als oberstes Gebot / Umstrittene Verteidigungspolitik

REINER GATERMANN, London

Mit Ausnahme der Liberalen kann *nach Abschluß der diesjährigen Kon*greßrunde in Großbritannien jede Partei von sich behaupten, eine erfolgreiche Konferenz gehalten zu haben. Ihre Führer, ob der Sozialde*mokrat David Owen, Neil Kinnock* von der Labour Party oder Margaret Thatcher von den Tories, gingen persönlich gestärkt aus diesen jeweils fast einwöchigen Dauerversammlungen hervor.

Alle Parteien bemühten sich, Kontroversen angesichts der anstehenden Parlamentswahlen nicht öffentlich auszutragen; oberstes Gebot auch vor den Fernsehkameras war, Einigkeit und Geschlossenheit zu demonstrieren. Nur eines fehlte noch: die Bekanntgabe des Wahltermins. Über ihn entscheidet alleine Premierministerin Margaret Thatcher, und sie hat Zeit bis Mai 1988.

Berücksichtigt man jedoch die schon ganz auf den Wahlkampf aus*gerichteten Kongreßreden, muß man* davon ausgehen, daß die Herrin von Downing Street 10 den nächstpassenden Termin anstrebt. Das wäre der Frühsommer 1987.

Der Tory-Kongreß machte eines deutlich. Nach sieben Jahren in der Regierung sind Verschleißerscheinungen unvermeidbar, und es fällt immer schwerer, die Partei als begeisterungsfähig und als schöpferischen Gesundbrunnen zu präsentieren. Da helfen auch die rhetorischen Winkelzüge und Erfolgsmeldungen – berechtigt oder nicht – in den offiziellen Ministerreden nichts.

Als Meisterleistung eigener Art ist beispielsweise zu werten, daß Schatzkanzler Nigel Lawson vierzig Minuten über Finanz- und Wirtschaftspolitik reden konnte, ohne mit einem einzigen Wort die derzeitige akute Pfundkrise zu erwähnen. Ähnliches schaffte Arbeitsminister Lord Young, der Großbritannien als internationales Musterbeispiel in der Arbeitslosenbekämpfung darstellte, *und dies trotz einer nach mehrfachen* „Bereinigungen" noch elfprozentigen Erwerbslosenquote und der Tatsache, daß die systematische berufsbezogene Ausbildung in diesem Land *noch in ihren Kinderschuhen steckt.*

Auffallend auch, daß die Minister viel von Reformen sprachen, jedoch nichts von deren Finanzierung. Hierin boten sie fast ein Spiegelbild der Labour Party.

Amüsant war es mitzuerleben, wie Kongreßteilnehmer und Presse nach jeder Ministerrede bewerteten, ob der betreffende Redner damit seine Aus-

Die Analyse

sichten, Frau Thatcher als Parteiführerin ablösen zu können, verbessert oder verschlechtert hat. Nach dem Tory-Parteitag in Bournemouth werden demnach Erziehungsminister Baker die besten Chancen eingeräumt.

Nach Meinungsumfragen wäre allerdings der zurückgetretene Verteidigungsminister *Michael* Heseltine die einzige ernsthafte Alternative, zumindest beim Wähler. Aber all das ist hypothetisch, da Frau Thatcher gar nicht daran denkt, sich zurückzuziehen. Für die Konservativen selbst gibt es derzeit keine Alternative; zu sehr wird die Partei mit Frau Thatchers Persönlichkeit identifiziert, ist sie von ihrem Führungsstil geprägt.

Zudem stehen die Tories in der Öffentlichkeit gar nicht so schlecht da. Der Rückstand zur Labour Party ist geschrumpft, und dieser Trend hält an. An dieser für die Opposition unerwarteten Entwicklung ist diese allerdings zu einem Großteil selbst Schuld, insbesondere durch ihre Verteidigungspolitik. Während sich die Sozialdemokraten und Liberalen, Partner in der Allianz, erst gar nicht einigen konnten, hat Labour-Chef Neil Kinnock ganz offenbar die für einen Großteil der Briten noch vertretbare Schmerzschwelle überschritten.

Mit seinem Ruf nach einseitiger *nuklearer* Abrüstung, nach dem Abzug der amerikanischen Nuklearwaffen und seinem Verzicht auf den atomaren Schutzschirm der USA dürfte er kaum Stimmen hinzugewinnen. Die Briten stehen positiv zu einer starken Verteidigung, wollen die Atomwaffe als Abschreckung und Verhandlungskapital aber behalten, und sie sehen in den Amerikanern immer noch ihren besten Verbündeten. An einem Zerfall der nordatlantischen Allianz sind sie nicht interessiert.

Deshalb dürfte Frau Thatchers Appell an die „patriotischen Labour-Wähler", daß nur die Tories Sicherheit und Stärke der Nation garantieren, durchaus Gehör finden. Sollten zudem die Supermächte in absehbarer Zukunft zu atomaren Abrüstungsbeschlüssen kommen, fände ihr Argument, daß die Sowjets nur „die Sprache der militärischen Stärke und *Macht" verstehen, neue Bestätigung.*

Kinnock vermittelt zwar den Eindruck, seine Partei unter Kontrolle und die militante Linke eliminiert zu haben. Aber das könnte sich schnell ändern, falls er tatsächlich im nächsten Parlament die absolute Mehrheit bekommen sollte. Etwa 130 neue Abgeordnete benötigt er dazu. Doch die Kandidaten, die die besten Aussichten haben, kommen vor allem vom linken Flügel der Partei.

Ob die Allianz ihre Möglichkeit, als dritte Kraft eine entscheidende Rolle *im Parlament zu spielen, zurückge*winnen kann, bleibt abzuwarten. Zur Zeit leckt sie noch die ihr von den Liberalen zugefügte Wunde, mit der ihr die verteidigungspolitische Basis genommen wurde.

Krieg als Waffe für höheren Ölpreis

rtr, Teheran

Der Iran hat einen von ihm gemeldeten Angriff auf das irakische Ölzentrum von Kirkuk mit der Tagung der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) in Genf in Verbindung gebracht. Parlamentspräsident Ali Akbar Haschemi Rafsandschani sagte gestern in Teheran, der Angriff sei die Antwort auf Versuche des Irak und Kuwaits, die Fördermenge zu erhöhen. Der Irak dementierte dagegen die iranische Darstellung über den Angriff vom Samstag und sagte, die Anlagen in Kirkuk seien intakt.

Rafsandschani sagte vor dem Parlament, mit dem Angriff habe der Iran klar gemacht, daß Versuche, den Interessen der Menschen in der Region zu schaden, nicht unbeantwortet blieben. Der Irak und Kuwait setzen sich in Genf für eine Begrenzung der Gesamtfördermenge ein, wollen aber gleichzeitig ihren Anteil daran steigern.

Tötete Polizei sechs Nordiren?

rtr, London

Eine geheime Spezialeinheit der *britischen Polizei in Nordirland ist* nach Darstellung der in London erscheinenden Sonntagszeitung „Observer" für den noch nicht aufgeklärten Tod von sechs Menschen im Jahre 1982 verantwortlich.

Das Blatt berichtete unter Berufung auf Justiz- und Polizeikreise in Nordirland, Liquidierungen gehörten zu den Methoden der Mobilen Hilfseinheit der Polizeitruppe Royal Ulster Constabulary (RUC).

Die rund zwei Dutzend Mitglieder des Kommandos stünden außerhalb der RUC-Befehlshierarchie und würden sogar oftmals angewiesen, die RUC-Offiziere bewußt zu täuschen.

Die Sechs waren in der Grafschaft Armagh, nahe der Grenze zur Republik Irland, umgebracht worden. In allen Fällen handelte es sich um Unbewaffnete.

Perez appelliert an Atommächte

dpa, New York

UNO-Generalsekretär Javier Perez *de Cuellar ist am Wochenende von* der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt worden.

Nach seiner Wiederwahl, der er sich erst nach langem Zögern gestellt hatte, beschwor Perez die Gefahr einer atomaren Vernichtung der Menschheit. Er appellierte an die Atommächte, „ihrer Verantwortung für ihre Völker und für den Planeten selbst gerecht zu werden und eine Politik zu verfolgen, die zur Beseitigung dieser Waffen führt". Zu seiner Entscheidung, sich für eine zweite Amtsperiode zur Verfügung zu stellen, sagte Perez, angesichts der schwierigen Situation der UNO wäre eine Ablehnung „gleichbedeutend mit der Verweigerung einer moralischen Pflicht gegenüber den Vereinten Nationen" gewesen.

Vor den Wahlen im Baskenland: Radikale Forderungen triumphieren

Madrids PSOE gilt als wahrscheinlicher Sieger / Härtetest für Spaniens Demokratie

ROLF GÖRTZ, Madrid

Jüngste Funde von Waffen und Sprengstoff in zwei verschiedenen Büros der anarcho-kommunistischen Baskenpartei Herri Batasuna lassen erkennen, daß die *junge Demokratie* Spaniens bei den vorgezogenen Landtagswahlen Ende November im Baskenland ihrer bisher schwersten Belastungsprobe entgegensieht. Die *Wahlen werden erforderlich,* weil die bürgerliche Nationalistenpartei des Baskenlandes (PNV), die jetzt die Landesregierung stellt, in zwei Parteien zerbrach.

In der Rivalität untereinander, aber auch in der Auseinandersetzung mit den Parteien der baskischen Linken und vor allem der gesamtspanischen Parteien werden beide Gruppierungen der baskischen Rechten den Wahlkampf mit radikalen Forderungen nach Selbständigkeit des Baskenlandes führen. Keiner der nationalistischen Führer des Baskenlandes ist jetzt noch stark genug, an eine vernünftige Zusammenarbeit innerhalb des spanischen Staates zu appellieren.

Die Rest-PNV wird von dem bisherigen Parteichef Javier Arzallus geführt. An der Spitze der neuen Partei EA („Baskische Solidarität") steht der charismatische erste Landesministerpräsident, Carlos Garaikoechea.

Die Politiker streiten über die Verteilung der Macht

Neben persönlichen Rivalitäten dieser beiden Männer führten aber auch sachliche Argumente zur Spaltung der PNV. Während Arzallus und die Seinen an dem baskischen Urprinzip der kantonalen Selbstbestimmung der einzelnen Provinzen – so bei der gesetzlichen Regelung der Finanzhoheit – festhalten, strebt Garaikoechea eine Machtkonzentration in der Landesregierung an, die die Basken in ihrer Geschichte stets ablehnten.

Garaikoechea, der selbst aus Navarra stammt, gibt sich auch wesentlich radikaler bei der Forderung nach einer Angliederung des Landes Navarra an das Baskenland. Und das, obwohl die Bewohner Navarras sich in einer Volksabstimmung mit 70 Prozent gegen den Anschluß an das unruhige Baskenland ausgesprochen haben. Die Angliederung Navarras gilt auch als eine der unerfüllbaren Grundforderungen der ETA und der Herri Batasuna.

Die Herri Batasuna (HB) begann als Sammelpartei diverser ideologischer Gruppierungen und steht heute unter Führung radikaler Sozialisten. Diese sympathisieren offen mit der Terrororganisation ETA und haben als deren politischer Arm die demokratischen Brücken zu den übrigen Parteien weitgehend abgebrochen. Aus Protest gegen die spanische Verfassung, die die Selbständigkeit des Baskenlandes ausschließt, nahm keiner der gewählten Abgeordneten der HB seinen Sitz in den Parlamenten ein, sei es in Vitoria, sei es in Madrid.

Wegen des Verdachtes, mit der ETA zusammenzuarbeiten, wurden vor kurzem sechs ehemalige Mitglieder der Jugendorganisation der Herri Batasuna verhaftet. Die Sympathie zur ETA führte auch dazu, daß die HB es ablehnte, mit den anderen Parteien gegen die Ermordung von Maria Dolores González Catarain (32) zu demonstrieren.

Die junge Frau zählte einst zum harten Führungskern der ETA, wurde aber von noch Radikaleren ausgebootet und erhielt nach vorübergehendem Exil in Mexiko vom Innenministerium die Erlaubnis, ungestraft nach Spanien einreisen und frei leben zu dürfen. Ihren Austritt ahndete die ETA mit dem Genickschuß. Auch für die Herri Batasuna gilt sie als „Verräterin".

Da die beiden bürgerlichen Parteien, PNV und EA, aus persönlichen und sachlichen Gründen keine Koalition eingehen werden, gilt als sicher, daß die bisher zweitstärkste Partei im Baskenland die Wahl, aber nicht die absolute Mehrheit, gewinnen wird: die in Madrid regierende Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE).

Ihr Kandidat für den Posten des Landesministerpräsidenten ist der Baske „Txiki" Benegas, Nummer drei der Sozialistischen Partei.

Gewählte Bürgermeister unter polizeilichem Schutz

Das Gros ihrer Wähler in den baskischen Industriegebieten aber stellen die mit den Wellen der Industrialisierung aus Andalusien und der Extremadura zugewanderten „Heloten".

Der politische Gegensatz zu den Urbasken, deren Nachkommen heute nur noch die Hälfte der Bevölkerung des Baskenlandes ausmachen, wird so aus gesellschaftlichen und „rassischen" Motiven verstärkt. Nur mit Polizeischutz können sich die gewählten Bürgermeister der Sozialisten in ihren Gemeinden bewegen. Einer der sozialistischen Senatoren wurde von der ETA ermordet.

Nach dem Bruch des zwischen PSOE und der baskischen Landesregierung gut funktionierenden Arbeitspaktes ist jetzt damit zu rechnen, daß sich die nationalistischen Parteien der baskischen Rechten und der Linken gleichmäßig gegen die Sozialistische Partei als der *spanischen* Staatspartei einschießen werden. Da die stärkste bürgerliche Partei Spaniens, die Volksallianz (AP), ebenfalls einen Spaltungsprozeß durchlitt, können die Sozialisten kaum mit deren Unterstützung rechnen. (SAD)

Im Zentrum der Spionage

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) dient dem „DDR"-Regime als Schild und Schwert seiner totalitären Herrschaft. Als Offizier im Zentrum des mächtigen Apparates schildert Werner Stiller von heute an zum erstenmal nach seiner Flucht seinen Weg in den Staatssicherheitsdienst bis zu seinem Übertritt, 1979, in die Bundesrepublik Deutschland. Der ehemalige Staatssicherheitsoffizier enthüllt die internen und externen Aktionsfelder des MfS: die Bespitzelung und Überwachung von Studenten und Professoren, die Anwerbung von Akademikern bis in die höchsten Positionen an Hochschulen oder berühmten wissenschaftlichen Gesellschaften für den Geheimdienst – als Gutachter, Reisekader, Kuriere oder Agenten. Seine Laufbahn begann in der Wissenschaftsspionage der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), sie endete in mehrjährigem „illegalen" Einsatz im MfS für den Bundesnachrichtendienst (BND). Nach seinem Übertritt in den Westen wurden binnen Stunden 17 Spione verhaftet, 15 weitere Agenten konnten in letzter Minute in einer Nacht- und Nebelaktion über die Grenze flüchten. Ein geheimes Gericht des MfS verurteilte Werner Stiller in Abwesenheit zum Tode.



Für den Doppelagenten Werner Stiller ein optimaler Arbeitsplatz: Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin FOTO: KLAUS MEHNER

„Es war ein Abschied für immer"

Es war ein Abschied für immer. Am 18. Januar 1979 verließ ich sehr früh morgens um 5.30 Uhr das graue Mietshaus am Sterndamm 34 im Ostberliner Stadtteil Johannisthal. Während der letzten vier meiner sieben Dienstjahre hatten meine Familie und ich hier gewohnt.

Über Nacht hatte es ein wenig geschneit. Auf den Altschneehaufen an den Straßenrändern lag eine im grellen Schein der Neonlampen wie Kristall funkelnde Decke Neuschnee. Es war eisig kalt. Ich versuchte, den Gedanken an meine zurückbleibenden Angehörigen zu verdrängen, als ich die Haustür hinter mir ins Schloß zog. Ich würde sie wohl nie wiedersehen. Obwohl ich meiner Familie schon länger innerlich entfremdet war, kam es mich nun doch hart an.

Während ich über den knirschenden Schnee ging, dachte ich an die lapidaren Sätze zurück, letzten September im Hotel „Marski", am Mannerheim-Boulevard in Helsinki, Grund meines heutigen Schritts: „Sie sind höchst gefährdet. Sie müssen heraus!"

Eigentlich hatte ich mir die Zusammenkunft mit den Leuten vom Bundesnachrichtendienst im neutralen Finnland anders vorgestellt. Ihr Mißtrauen war zwar endlich überwunden. Die Fülle an wertvollen Informationen, die ich aus dem MfS – dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR – an den BND in Pullach geliefert hatte, konnte dort keinen Zweifel mehr aufkommen lassen. Ich, der Oberleutnant Werner Stiller, war „echt". Daher hatte ich im „Marski" doch mit weiteren Vorschlägen für ein Zusammenspiel aufwarten wollen, um noch mehr Material aus der Ostberliner Zentrale herauszuholen, aber der entscheidende Mann aus Pullach, den ich vorher noch nie gesehen hatte, war unnachgiebig geblieben: „Wir können es nicht mehr verantworten; Sie können jederzeit auffliegen. Daher haben wir Ihre Herauslösung beschlossen." Meinem Einwand zuvorkommend, hatte er bekräftigt: „Das ist endgültig."

Obwohl mir natürlich theoretisch seit längerem klar war, daß ich mich einmal in den Westen würde absetzen müssen, hatte ich mir praktisch darüber noch keine Gedanken gemacht.

Der „Tag X" ist für Mitte Dezember geplant

Bei dem Gedanken, daß es nun so weit sein sollte, hatte ich trotz der wohligen Wärme des Hotelzimmers Beklemmung und inneres Frösteln verspürt ...

„Wann?"

„Wenn es nur um Sie ginge, dann gleich jetzt und hier. Aber es müssen ja noch andere Personen mit Ihnen zusammen herausgeholt werden. Das erfordert Maßnahmen, die etwas Zeit brauchen. Der ,Tag X' ist für Mitte Dezember geplant. Inzwischen dürfen Sie keinerlei Risiko mehr eingehen."

Knapp ein Vierteljahr war mir dann noch geblieben bis zu jenem „Tag X". Auch an diesen Tag dachte ich jetzt wieder und an seinen unglücklichen Ausgang, an das Mißgeschick, durch das die ganze Aktion steckengeblieben war. Weitere vier Wochen waren seitdem vergangen und heute war alles wieder so weit. Das heißt nicht ganz: Alles war erheblich komplizierter geworden. Doch ich mußte nun endgültig den Rubikon überschreiten, und ich wollte dabei keinesfalls auf meinen letzten „Coup" verzichten. Meine Absicht war es, so viel an Geheimmaterial aus dem MfS mitzunehmen wie nur möglich! „Denken Sie nur noch an Ihre Sicherheit, keine gewagten Unternehmen mehr!" hatte Pullach mich zuletzt nochmals angewiesen. Das konnte ich natürlich nicht weiter beachten, wenn ich meinen Plan durchführen wollte.

Die kalte Morgenluft half mir, meine innere Spannung zu überwinden. Ich konzentrierte mich auf die nächsten Schritte; ich durfte heute keine Fehler machen. Auf dem Parkplatz standen meine beiden Autos, der unlängst erstandene Lada 1300, Statussymbol des gehobenen Mittelstandes in der DDR, und der nagelneue Dienstwagen, ein „Wartburg". Dessen Schloß war wieder einmal eingefroren. Bei der Planung hatte ich jedoch nach der Erfahrung beim fehlgeschlagenen ersten Absprungversuch vom Dezember die Zeit reichlich genug bemessen, so daß auch böse Zufälle nach menschlichem Ermessen zu überwinden sein würden. Ich taute das Schloß mit meinem Feuerzeug auf und bestieg den Wagen. Nach wenigen Drehungen der Kurbelwelle sprang der Zweitakter an.

Bevor ich die Kupplung greifen ließ, hielt ich noch einmal inne und überprüfte meine Ausrüstung auf Vollständigkeit. Wie gewohnt steckte in der linken Innentasche meiner Jacke der Dienstausweis, durch ein Lederband gesichert. Das kleine Klappheft im Querformat mit dem Bild des Inhabers und dem Namenszug „Otto" hatte sich noch immer als „Sesam-öffne-dich" erwiesen. Es war für einen Mitarbeiter der größte Schatz, den er ständig bei sich trug. In der anderen Seitentasche befand sich der Dienstauftrag. Er berechtigte den Genossen Oberleutnant Stiller, am 18. und 19. Januar in den Bezirken Halle und Dresden operativ zu arbeiten. Er sollte mir den nötigen Bewegungsspielraum für die letzten Schritte vor dem Übertritt verschaffen.

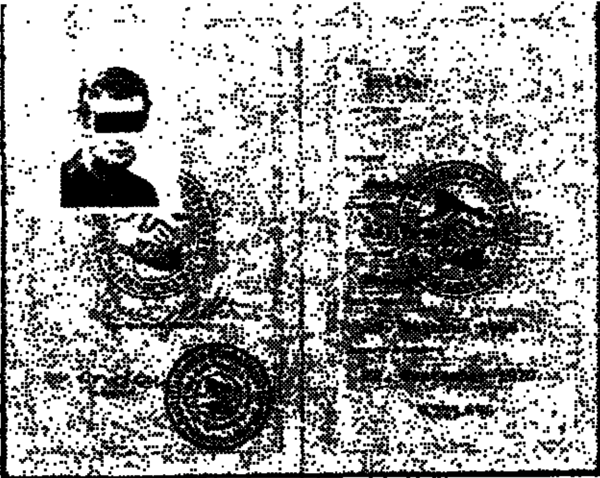
Unter der linken Schulter verspürte ich das Gewicht der Pistole vom Typ AP 9 „made in Hungary", sieben mattglänzende Patronen – im MfS-Jargon „Erbschaftsvermittler" genannt – im Magazin. Sie sollten mir notfalls als letzter Ausweg dienen. Ich schnallte die Waffe ab und legte sie in meinen Diplomatenkoffer, in dem sich auch ein von Pullach nachgefertigter Schlüssel für den Sicherheitsschrank des Abteilungsleiters befand, dazu das wichtigste Hilfsmittel für den heutigen und den folgenden Tag: Ein ebenfalls von BND-Experten hergestellter blauer DDR-Reisepaß.

Meine Ausrüstung schien vollständig zu sein. Ich legte den Gang wieder ein. Zum letzten Mal fuhr ich an dem MfS-Wohnblock vorbei. Nur im dritten Stock, Nummer 36, brannte ein einsames Licht. Oberleutnant Günther Liebchen hatte offensichtlich wieder Frühdienst am Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße. Ich konnte mir Zeit lassen. Erst um neun Uhr wollte ich in Halle sein, der Hauptstadt meines Heimatbezirkes unweit von Leuna und Merseburg. Mit diesen beiden Orten, in denen ich aufgewachsen und zur Schule gegangen war, hatte es heute als Reiseziel eine besondere Bewandtnis. Ich wollte mich nicht, wie sonst üblich, mit meinen dortigen Agenten treffen, sondern nur zwei kleine, aber für mich jetzt lebenswichtige Dinge beschaffen. Zum einen fehlte mir noch eine Fahrkarte nach Hannover, und zum anderen die gelbe Ein- und Ausreisekarte, ohne die der Reisepaß praktisch wertlos war.

Einmal hatte ich schon einen idealen Passierschein in den Westen – einen für jedwede Ausreise ohne weitere Papiere gültigen Diplomatenpaß – in Händen gehabt. Die Reise nach Helsinki im vergangenen September war natürlich dienstlich begründet gewesen. Ich hatte die Leitung meiner Abteilung im MfS davon überzeugt, daß selbst im neutralen Finnland nur ein Diplomatenpaß ausreichende Sicherheit gegen den „allgegenwärtigen Klassenfeind" biete.

Oberleutnant Christian Streubel, stellvertretender Abteilungsleiter, Prototyp eines totalitären Systemwächters, der mit mir nach Helsinki gereist war, konnte damals um nichts in der Welt vermuten, daß ich bereits einen Pakt mit eben diesem Klassenfeind geschlossen hatte. Nach dem 18. Januar 1979 wird man ihn wohl – aber nicht nur ihn – in peinlichster Weise verhört haben, wie es denn in den letzten zweieinhalb Jahren um seine revolutionäre Wachsamkeit bestellt gewesen war. Trotz der Gefahr, die von diesem „Wachhund" ausging, hatte ich nach meiner Rückkehr aus Helsinki versucht, den Paß zu behalten, obwohl ich ihn sofort beim Abteilungsleiter hätte abgeben müssen. Das ging lange gut. In schwierigen Stunden hatte ich die Innenseiten mit den Aufdrucken „Gültig für alle Länder" und „Visum zur mehrmaligen Ausreise bis zum 31. Dezember 1979" mit innerer Genugtuung betrachtet. Eine Reise nach West-Berlin, München oder Wien wäre damit ein Kinderspiel gewesen.

Aber dann kam einer meiner schwarzen Tage des Jahres 1978. Ich saß kurz vor Silvester selbstzufrieden in meinem Arbeitszimmer und bereitete gerade die nächste interne Parteiversammlung vor, wie ich damals dachte meine letzte. Deshalb verfuhr ich besonders gründlich. Plötzlich ein Klopfen an der Tür: mein Referatsleiter Dr. Peter Bertag. Er trat an meinen Schreibtisch und zog die Stirn in Längsfalten, was er immer dann tat, wenn es um unangenehme Dinge ging. Leichte Verwunderung lag in seiner Stimme, als er unvermittelt fragte: „Seit wann fährst Du heimlich nach West-Berlin?" Als erster Parteisekretär der Abteilung, wozu ich es inzwischen gebracht hatte, brauchte ich vor ihm nicht aufzustehen, obwohl ich ihm dienstlich unterstand. Er hätte sonst auch gemerkt, daß meine Knie weich wurden. Aus! – dachte ich, sie wissen alles. Die dunklen Vorahnungen der letzten Wochen haben dich nicht getäuscht. Jetzt wird dir der Rückweg abgeschnitten, jetzt beginnt der letzte Akt, nur anders als geplant – vom Militärgericht zum Erschießungskommando.



In der „DDR" Voraussetzung für Karrieren: SED-Parteibuch

Kritische Frage nach dem Diplomatenpaß

Eigenartigerweise gab mir die vermeintliche Ausweglosigkeit die Kaltblütigkeit wieder: „Wieso? Möchtest du mal mitkommen?"

An der Reaktion merkte ich sofort: Das Schlimmste war noch nicht eingetreten: „Das nicht, aber wo ist denn dein Diplomatenpaß?"

Auf diese Frage war ich inzwischen vorbereitet: „Natürlich beim Abteilungsleiter."

„Dort ist er aber nicht."

„Der muß doch dort sein", sagte ich und begann dabei – als wollte ich mich nur selbst noch einmal vergewissern –, verschiedene Ordner durchzublättern. Nach einigem Suchen – nicht zu kurz, um nicht aufzufallen, und nicht zu lange, um Bertag nicht ungeduldig werden zu lassen – „fand" ich dann doch den gesuchten Paß in meinen Unterlagen. Zutiefst betroffen äußerte ich meine Verwunderung und wirkte offenbar sehr echt. Ein mißbilligender Blick traf mich noch, dann waren Peter und der kostbare Paß weg. Nach angemessener Pause ging ich in einiger Unruhe unter einem Vorwand zum Abteilungsleiter. Doch ich merkte auch bei ihm gleich, daß alles noch einmal gutgegangen war. Er war guter Laune und hegte offensichtlich keinen ernstlichen Verdacht gegen mich. Kurz nach mir kam auch Peter Bertag mit dem Paß und gab ihn beim Abteilungsleiter ab. „Schlamper" rief er mir dabei zu. Er hatte wieder die übliche Kumpeltonart angenommen.

Wieder in meinem Zimmer, atmete ich zunächst erleichtert auf. Dann erst wurde mir eine weitere Konsequenz recht bewußt: Mein Absetzplan war gefährdet. Wohlweislich gab es zwar noch eine andere Rückzugsvariante, nur fehlte hierfür eine gültige sogenannte „gelbe Ausreisekarte", die den Grenzposten neben dem Reisepaß vorgewiesen werden muß. Auch diese Karte hatte der BND schon einmal geliefert, doch hatte ich beim ersten fehlgeschlagenen Ausbruchversuch im Dezember bereits das damalige Datum eingesetzt, so daß sie jetzt nicht mehr verwendet werden konnte. Aus Pullach war in der verbleibenden kurzen Zeit keine mehr zu beschaffen. Nach jenem ersten unglücklich verlaufenen „Tag X" war die Verbindung ins Stocken geraten. Ich mußte mir diesmal selbst helfen und hatte mir einen festen Plan gemacht. Eben deshalb mußte ich jetzt am letzten Tag, dem 18. Januar 1979, noch nach Halle fahren. Auch eine Fahrkarte nach Hamburg, die ich nun von Magdeburg bis Hannover benutzen würde, wollte ich lieber dort beschaffen.

Trotz Glatteis und Nebel kam ich um Punkt 8.00 Uhr in Halle an und stellte den „Wartburg" auf einem Parkplatz der Innenstadt ab. Ich hatte während der Fahrt noch einmal alles gedanklich durchgespielt und die Folgerichtigkeit der nächsten Schritte überprüft. Alles schien perfekt durchdacht zu sein.

Daß ich dennoch etwas übersehen hatte, wurde mir dann im Hauptbahnhof am Schalter für internationale Fahrkarten klar, als ich die Fahrkarte zweiter Klasse nach Hamburg über Magdeburg – Oebisfelde und Hannover verlangte. Die ältliche Schalterbeamtin warf mir einen mißtrauischen Blick zu. Meine Sicherheit verließ mich. Jetzt fühlte ich mich nicht mehr als gefürchteter Geheimdienstoffizier, der ich auch noch war, sondern schon als Agent, dem der Boden unter den Füßen heiß wurde.

„Eine Rückfahrkarte", beeilte ich mich hinzuzufügen.

„Was denn sonst?" kam es zurück. Die psychologische Wirkung dieses matten Scherzes war gleich Null. Mein gequältes Lächeln ging in ihrer nächsten Frage unter: „Wollen Sie dienstlich reisen?"

„Ja."

„Wo ist Ihr Devisenberechtigungsschein?"

Das war es! Wie hatte ich nur vergessen können, daß die Reichsbahn Fahrkarten in den Westen nur gegen Vorlage dieses Scheins ausgibt. Dabei hatte ich auch diesen Schein – vom BND nachgefertigt wie die übrigen Papiere –, diesen jedoch vorläufig noch in meinem sicheren Versteck in Ost-Berlin zurückgelassen.

„Wo arbeiten Sie denn?"

„In der Akademie der Wissenschaften."

„Sie müssen doch einen Devisenberechtigungsschein haben."

„Das hat mir niemand gesagt."

„Zeigen Sie mal Ihren Paß."

Nachdem schon die Aussicht auf eine Fahrkarte dahinschwand, wollte ich nicht auch noch meine Tarnung aufs Spiel setzen. „Ich bekomme ihn erst heute nachmittag. Die Reise ist überraschend nachträglich genehmigt worden."

Sie wurde immer mißtrauischer. Zu allem Unglück stand auch noch ein Bahnpolizist genau vor der Tür des abgeteilten Schalterraums.

Ein Westdeutscher, der hinter mir in der Reihe stand, rettete mich aus der verfahrenen Lage: „Nun beeilen Sie sich mal, mein Zug geht gleich!"

Ich murmelte noch etwas von „Holen" und „Wiederkommen", dann verschwand ich.

Nun saß ich in der Klemme. Die Papiere für den Grenzübertritt waren nicht vollständig, ich hatte keine Fahrkarte. Deprimiert und ratlos ging ich zurück zum Auto. Auf dem kurzen Weg dorthin fand ich den Ausweg: Über einer der Türen der alten Häuser dieses Stadtviertels prangte ein neues Schild „Reisebüro der Deutschen Demokratischen Republik". Ich blickte durch das Fenster über die Schilder mit reichlich theoretischen Angeboten zum Skiurlaub in der Hohen Tatra hinweg und entdeckte im Inneren einen Schalter mit der Aufschrift „Internationale Eisenbahnfahrkarten", dahinter ein blutjunges, allerdings wenig reizvolles weibliches Geschöpf, doch einigermaßen modisch aufgeputzt. Aus dem Gesichtsausdruck war unschwer zu erkennen: Sie wollte als Frau beachtet werden, alles andere schien ihr gleichgültig – eine Chance, die ich nutzen mußte. Scheinbar gedankenversunken trat ich an den Schalter und tat so, als entdeckte ich das Mädchen jetzt erst richtig. Ich blickte ihr in die Augen, verharrte und lächelte wie angenehm überrascht. Mein Blick machte sie sichtlich verlegen. Ich zog den Paß aus der Tasche, legte ihn auf das Pult und sagte mit gespielter Gelassenheit:

„Eine Rückfahrkarte zweiter Klasse nach Hamburg über Oebisfelde und Hannover."

Sie beachtete den Reisepaß überhaupt nicht. Offenkundig angetan griff sie nach dem Fahrscheinheft. Ich sah, wie der Kugelschreiber in ihren Händen zitterte: „97,60 Mark".

Ganz bewußt hatte ich mir meinen Heimatbezirk für das geplante Täuschungsmanöver gewählt, wohl wegen der Vertrautheit mit der Mentalität der dortigen MfS-Mitarbeiter am Gimritzerdamm. Heute konnte ich nicht als Beauftragter der allmächtigen Zentrale in Berlin auftreten, sondern ich bedurfte des guten Willens von Kollegen, den ich am ehesten bei Landsleuten erhoffen konnte.

Der besonders korrekt uniformierte Feldwebel in der Wache hinter der Eingangstür kannte mich zwar schon von vielen Besuchen, doch er versäumte niemals, sich Ausweis und Dienstauftrag zeigen zu lassen. Mit einem militärisch knappen „Danke" ließ er mich passieren. Damit war ich im innersten Hort der lokalen „Macht der Arbeiterklasse". Mein Ziel war die Abteilung XV und dort der Genosse Oberleutnant Tietz. Die Abteilung XV hat die Aufgabe, im Bezirksrahmen nachrichtendienstliche Arbeit gegen die Bundesrepublik zu betreiben. Das Spezialgebiet des Genossen Tietz war das Eindringen in die bundesdeutschen Sicherheitsdienste. Wir hatten zusammen die Schule der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) in Belzig besucht. Bei einem Trinkgelage waren wir dort übereingekommen, uns immer gegenseitig zu helfen. Das wollte ich jetzt in Anspruch nehmen. Außerdem sollten wir in einer Woche wieder gemeinsam auf die Bezirksparteischule in Belzig – ein weiterer Grund, Aufgeschlossenheit von ihm zu erwarten. Erst kürzlich war Tietz nach der geglückten Anwerbung eines wichtigen Agenten in Westdeutschland vorzeitig zum Referatsleiter befördert worden. Er konnte mir die so dringend für die Fahrt nach Hannover benötigte gelbe Ausreisekarte beschaffen.

„Klaus, du mußt mir helfen. Stell' dir vor, ich wollte heute einen Mann nach drüben schicken. Der dumme Kerl füllte die Ausreisekarte mit seinem Klarnamen aus. Morgen sollte der Treff mit der Quelle sein. Ich weiß nicht, wie ich ihn bis dahin nach Bonn kriege. Du mußt mir helfen. Ich brauche eine neue Ausreisekarte."

Es war einfacher, als ich gedacht hatte. Klaus freute sich, mir zeigen zu können, was er als Referatsleiter alles bewirken konnte.

Die zweite Hürde war also auch genommen. Die Fahrkarte nach Hamburg und die Ausreisekarte steckten in meiner Tasche. Das wichtigste war schon vormittags um zehn Uhr erledigt. Dabei sollte das eigentliche Abenteuer erst um 19 Uhr beginnen.

Gegen 16 Uhr erreichte ich mein geheimes Ausweichquartier im Stadtbezirk Prenzlauer Berg, Marienburger Straße 5, Hinterhof, 3. Stock, Mitte. Bis 1976 hatte diese Adresse, ein Zimmer mit Küche, als „konspirative Dienstwohnung" – als „KW" – den Treffs mit meinen Informanten gedient, war dann aber mehr und mehr zu einem „Spionagenest" des BND umfunktioniert worden. Der Deckname „Burg" paßte dazu: Es war in der Tat eine Burg der Ausspähung nicht mehr für, sondern gegen den DDR-Nachrichtendienst. Hier hatte ich meine technischen Hilfsmittel versteckt und Fotos von wichtigen Dokumenten aufbewahrt. In der „Burg" empfing ich die Funksprüche aus Pullach; sogar mehrere Treffs mit Günther, meinem Verbindungsmann zum BND, hatten hier stattgefunden. Die Experten in Pullach hatten mich zunächst für verrückt erklärt, als ich vorschlug, eine „KW" des MfS für diese Treffs zu benutzen. Ich hatte mich jedoch gegen alle ihre Bedenken durchgesetzt, obwohl dieses Verfahren – ich war mir natürlich dessen bewußt – im Sinne des nachrichtendienstlichen Codex schlechterdings undenkbar war.

Jetzt standen die entscheidenden Stunden unmittelbar bevor; dennoch verspürte ich nun keinerlei Angst oder Aufregung mehr. Ich holte das Kurzwellenradio aus dem Versteck über der Küchendecke. Die Chiffrierunterlagen waren mit einem Klebstreifen daran befestigt. Automatisch stellte ich die Frequenz ein.

Pünktlich um 17 Uhr drang der vertraute, auf- und abschwellende Ton aus Pullach durch den Äther. Eigentlich nur zum Spaß wollte ich noch einmal den Klang der Stimmen hören, die ihre Durchsage regelmäßig mit den Worten begann: „Es liegen Mitteilungen vor für ..."

Doch was war das? Auch meine Kenn-Nummer wurde aufgerufen. Das war nicht vorgesehen. Ich hatte gerade noch genug Zeit, um Papier und Bleistift zu holen. Die Zahlen reihten sich in Fünfergruppen aneinander. Meine Spannung wuchs. Was konnte Pullach jetzt noch wollen? Es war doch schon alles klar.

Der BND machte sich wieder Sorgen um mich

Ich machte mir nicht mehr die Mühe, den Chiffrierstreifen, wie früher, unter eine Glasplatte zu klemmen und mit der Lupe zu lesen. Mit guten Augen waren die winzigen Zahlen auch so zu entziffern. Unverzüglich begann ich die Gruppen voneinander zu subtrahieren, und sogleich ergab sich Buchstabe für Buchstabe. Auf die Umsetztafel konnte ich leicht verzichten. Ich hatte sie mittlerweile im Kopf. Schon die ersten Worte ließen mich erkennen: In Pullach machte man sich doch wieder Sorgen und kündigte für den Fall, daß noch einmal was schiefging, neue Ausreisepapiere für den folgenden Montag an. Zu spät! Ich hatte das Problem in Halle selbst gelöst. Selbst auf noch so perfekt gefälschte Papiere würde ich nicht mehr gewartet haben, glaubte ich doch nunmehr geradezu zu spüren, wie mir der Boden unter den Füßen von Stunde zu Stunde heißer wurde. Jedes weitere Zögern konnte das „Aus" bedeuten. Die besten Wünsche für mein Unternehmen, mit denen die Funkmeldung endete, waren freilich angebracht. Das Schwerste lag ja erst noch vor mir.

Eine Stunde blieb mir noch. Sorgfältig schichtete ich alles, was noch zu vernichten war, im Ofen auf. Die Wohnung würde sicher bald durchsucht werden. Der Umfang meiner Tätigkeit für den BND sollte zunächst nicht erkennbar werden.

Wie von selbst wanderten meine Gedanken zurück und kreisten zugleich um meine gegenwärtige Situation: Wie war es dazu gekommen, daß ich, einst überzeugter FDJ-Funktionär, zu einem „Agenten" des Westens wurde? Wann hatte der Wandel begonnen, der mich Schritt für Schritt auf die andere Seite geführt hatte?

Morgen in der WELT:
Der Weg in das Ministerium für Staatssicherheit.

Diese WELT-Serie ist ein Vorabdruck aus dem Buch von Werner Stiller „Im Zentrum der Spionage", das Ende Oktober im v. Hase & Koehler Verlag, Mainz, erscheint.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Patriotische Grundhaltung

„Helmut Kohl: Selbstbestimmung – wie jedes Volk der Erde"; WELT vom 1. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundeskanzler und CDU-Parteivorsitzende Helmut Kohl verdient auch die Anerkennung des Bundes der Vertriebenen für seinen klaren Hinweis im WELT-Interview vom 1. Oktober 1986 mit Professor Hillgruber, es gebe im Warschauer Vertrag über den Text hinaus keine politische Bindewirkung, und etwas Derartiges sei bei ihm auch nicht durchzusetzen: Polen kann – so der Kanzler – nicht erwarten, „daß wir über das hinausgehen, was im Warschauer Vertrag steht. Wir können nicht ein geeintes Deutschland in eine Bindung bringen, solange es dieses Deutschland nicht gibt, ... solange die Deutschen keinen Friedensvertrag haben ..."

Professor Hillgruber spricht in seiner an den Bundeskanzler gerichteten Frage vom „Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen dort, wo sie leben, zwischen Oder-Neiße und Aachen ..." Welch ein Unterschied in der patriotischen Grundhaltung!

Dieses Wort des Regierungschefs und Parteivorsitzenden hat Gewicht und weist Mitglieder aus Kabinett, Partei und Fraktion mit anderslautenden Äußerungen in die ihnen gebührenden Schranken. Helmut Kohl hat kraft seiner Richtlinienkompetenz klargestellt, daß es nach wie vor eine der Hauptaufgaben deutscher Politik bleibt, in einem künftigen Friedensvertrag so viel wie möglich von Deutschland zu retten. Dieses ist der Kurs, auf dem es für Deutschland weitergehen muß.

Mit freundlichem Gruß
Klas Lackschewitz,
Generalsekretär,
Bund der Vertriebenen (BdV)

Langweilig und gefräßig

„Hungriger Moloch"; WELT vom 1. Oktober

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

die treffende Kurzanalyse über die „öffentlich-rechtlichen Depressions- und Wiederholungsanstalten" durch Detlev Ahlers war längst überfällig.

Die ständig steigenden Kosten der milliardenschweren Fernsehveranstaltung mit zahlreichen hochbezahlten Wasserköpfen steht im umgekehrten Verhältnis zur erhofften Leistung.

Was brauchen wir die meist einseitig gefärbten Kommentare, deren Verkünder den Zuschauern ihre (unmaßgebliche) politische Meinung aufzwingen wollen?

Was sollen die dreizehn Millionen Rentner mit quälenden Problemfilmen zur Abendzeit; sie haben ein Leben lang ihre Probleme meistern müssen.

Eine Reform an Haupt und Gliedern ist dringender denn je.

An die Spitze der ARD und des WDR gehören Unterhaltungsfachleute und keine nach dem Parteienproporz ausgesuchten „Medienbeamten".

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Behrendt,
Benderstorf

Sehr geehrte Herren,

es ist höchste Zeit, daß ein gar zu *heißes* Eisen mal angepackt wird. Wir Deutsche haben immer noch viel zu lernen, vor allem, uns an unseren Leistungen messen zu lassen. Und da müssen sich unsere Fernsehanstalten schon Kritik gefallen lassen.

Von dem horrenden, so überflüssigen äußeren Aufwand einmal abgesehen, mit dem männliche aber besonders weibliche Mitarbeiter vor die Kamera treten, erscheint die nun einmal unverzichtbare „Kreativität" ganz besonders von den angelsächsischen Anstalten beeinflußt zu sein. Ohne Importe in zunehmender Zahl, was wohl schon als Leistung gewertet wird, scheint das Deutsche Fernsehen besonders im Sommer nicht mehr existieren zu können.

Das scheint in Großbritannien zum Beispiel ganz anders zu sein. Allerdings gibt man sich dort trotz aller Leistungsfähigkeit wesentlich bescheidener, besonders was die hier nicht zu überbietende moderne Pracht der Gebäude, den *immensen* Personal-Aufwand und die fast unglaublichen Gehälter, Pensionen oder Abfindungen betrifft.

Mit freundlichem Gruß
Albrecht Jost,
Berlin 23

Kein Fundament

Der polnische Professor Wladyslaw Bartoszewski hat den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verdient, weil er gegenüber einer früheren Besatzungsmacht in seinem Land eine unbeugsame Haltung und mit der Rettung von Juden bewundernswerten Mut gezeigt hat. Er war ein Opfer des damaligen totalitären Regimes.

Er wird hierzulande von manchen auch deshalb hoch angesehen, weil er sich um die deutsch-polnische Verständigung bemüht – leider auf einem Irrweg. Denn Bartoszewski glaubt ernsthaft, und verkündet unermüdlich, daß das auf der Grundlage des Jalta-Abkommens, also mit der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnischer Grenze, möglich sei. Es ist unrealistisch zu glauben, daß es eine echte, die Kriegsschuldgeneration überdauernde deutsch-polnische Verständigung geben kann, solange sich Polen weigern, über eine Lösung des Oder-Neiße-Problems – einen Kompromiß – auch nur nachzudenken.

Der „Bau von Brücken zwischen unseren Völkern" bedarf einer soliden, tragfähigen Grundlage. Eine *Verewigung von Jalta ist für die Völker* Europas unzumutbar. Bartoszewskis Brückenpfeiler sind auf Sand gebaut.

Mit freundlichen Grüßen
Otto Deutsch,
Eltville

Erpressung

„Frankfurt und der DFB streiten um Andreas Möller"; WELT vom 8. Oktober

Welch ein Armutszeugnis für den DFB und seinen Trainer Berti Vogts: Da gibt es keinen Ersatz für Andreas Möller in der U-19-Nationalmannschaft? Die Frankfurter Eintracht wird im harten Profi-Existenzkampf verdonnert, Möller herzugeben oder er wird gesperrt. Das ist schlichtweg Erpressung.

Vielleicht steckt sogar der nächste Eintracht-Gegner Bayern München hinter diesem Coup? Wie anders wäre es wohl, müßte Bayern einen seiner *Besten an den DFB abstellen? Aber* das ist kein Thema: Für Bayern-Spieler wüßten DFB und seine Trainer immer um Ersatzleute für Nationalmannschaften.

Und da wundern sich die Herrschaften, wenn die Stadien Zuschauerschwund melden. Merke: Für den DFB sind gleiche noch lange nicht gleich!

Dr. Erhard Behrbalk,
Sulzbach an der Murr

Wort des Tages

„Das Bedürfnis des Machtgefühls treibt die große Politik vorwärts."

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844–1900)

Handlanger

Geschichte ins Museum? Ja! Aber auch *in* die Schulen, wie Sie mit Recht verlangen.

Wenn der Historiker Her, wie Prof. Diwald in der WELT berichtet, erklärte, das deutsche Volk müsse „unter Kuratel" gestellt werden, so erklären sich manche deutschen Historiker dazu bereit, Handlangerdienste dafür zu leisten. Nach deren eigenem Geständnis muß die deutsche Vergangenheit so manipuliert werden, daß sie volkspädagogisch auf die Deutschen wirke, die angeblich Erziehung so dringend nötig haben.

Um das deutsche Selbstbewußtsein zu eliminieren, muß der deutsche Beitrag zur Weltkultur und Weltzivilisation *unserer Jugend* verschwiegen werden. So sind zum Beispiel durchaus begabte Studenten der Meinung, „Don Carlos" sei wohl eine Oper. Viele können nicht ein einziges Schauspiel von Kleist angeben; von der deutschen Philosophie ganz zu schweigen!

Wilhelm Haegert,
Rechtsanwalt,
Berlin 12

Wasser-Urteil

„Urteil: Ein Bäcker darf kleine Brötchen backen"; WELT vom 7. Oktober

*Im Mittelalterlichen Kriminalmu*seum in Rothenburg o. d. Tauber ist ein Käfig zum Vollzug der „Bäckertaufe" zu sehen. Der Bäcker wurde in einen Käfig gebracht und in den Fluß getaucht. Dies war damals die Strafe dafür, wenn ein Bäcker ein Brot mit zu geringem Gewicht gebacken hatte oder bei einem Betrug erwischt wurde.

Ob dies auch heute noch Anwendung finden sollte?

Mit freundlichen Grüßen
Reinhold Schmelzle,
Neubulach 1

Personen

EHRUNGEN

Dem Präsidenten von Irland, **Patrick J. Hillery**, ist am Samstag im Europasaal zu Montigny-lés-Metz mit der von der Hamburger Stiftung F. V. S. gestiftetem Robert-Schumann-Medaille in Gold geehrt worden. Der irländische Präsident erhielt die Medaille für seine hervorragenden Verdienste um die europäische Einigung. Die Auszeichnung überreichte der Präsident des französischen Senats, **Alain Pohir.**

*

Dem bayerischen Staatsminister für Arbeit und Soziales, **Franz Neubauer**, ist während der Eröffnungsfeier zum 39. Bayerischen Ärztetag in Bad Reichenhall das Ehrenzeichen der Deutschen Ärzteschaft, die höchste Auszeichnung der Bundesärztekammer für Nichtmediziner, vom Präsidenten der Bundesärztekammer, Dr. **Karsten Vilmar**, überreicht worden.

WAHL

Der Koblenzer Sanitätsrat Dr. **Hans Engelhard** ist auf der Vertreterversammlung der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz zum neuen Präsidenten gewählt worden. Zu seinem Stellvertreter wurde der leitende *Medizinaldirektor* Dr. **Paul Werner Schenk** aus Neustadt gewählt. Dr. Engelhard wurde durch seine Wahl gleichzeitig Mitglied des Vorstandes der Bundesärztekammer.

UNIVERSITÄT

Die Universität für Chemische Industrie in Veszprém in Ungarn hat Professor Dr. **Gerhard Pahl** von der Technischen Hochschule Darmstadt die Ehrendoktorwürde verliehen. Der Pro-Rektor der Universität in Veszprém, Professor Dr. **Alfred László**, würdigte die Verdienste Pahls bei der Schaffung der Verbindungen der Technischen Hochschule Darmstadt zu ihrer ungarischen Partnerhochschule.

*

Dr. **Günter Weimann** (46), Leiter der Forschungsgruppe „Optoelektronische Bauelemente" am Forschungsinstitut der Deutschen Bundespost in Darmstadt, hat einen Ruf auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Materialphysik und -technologie im Zentralinstitut der Technischen Universität München für physikalische Grundlagenforschung für die Halbleiterelektronik (Walther-Schottky-Institut) erhalten.

BUCHPREMIERE

Der frühere FDP-Parteichef und ehemalige Bundesminister Dr. **Erich Mende** ist wieder als Buchautor hervorgetreten: Auf der Frankfurter Buchmesse vorgestellt und am 14. Oktober in der Bayernvertretung in Bonn präsentiert wird das neue Werk, das unter dem Titel „Von Wende zu Wende 1962 bis 1982" entstand. Von ganz besonderem Interesse ist sein Kapitel über die Hintergründe zum Rücktritt der vier FDP-Minister **Walter Scheel, Ewald Bucher, Rolf Dahlgrün** und **Erich Mende** im Jahr 1966, als das Ende der Regierung Erhard eingeläutet wurde. Dazu Mende zur WELT: Nicht der Rücktritt der FDP-Minister, sondern die Tatsache, „daß die eigene Partei Ludwig Erhard nicht mehr stützte" habe die Große *Koalition* in Bonn eingeläutet. – Erich Mende wird am 28. Oktober 70 Jahre alt. Am 30. Oktober wird er in der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn zu einem Empfang bitten.



Dr. Erich Mende

AUSWÄRTIGES AMT

Johannes von Vacano, seit 1982 Botschafter in Nairobi, geht als neuer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland nach Peru. Von Vacano stammt aus Köln. Der Jurist war 1952 in den Auswärtigen Dienst eingetreten. Er arbeitete zunächst in den Botschaften in Bagdad, Moskau und Madrid und gehörte der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes an. Von 1969 bis 1971 war er stellvertretender Chef des Bonner Protokolls. 1973 wurde er ständiger Vertreter des Botschafters in Argentinien. *1979 ging er* als Botschafter nach Bolivien.

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat den bisherigen Rektor des Polnischen Kollegs in Rom, **Josef Michalik**, zum neuen Bischof von Gorzow in Polen ernannt. Michalik war seit 1978 auch Mitarbeiter im Päpstlichen Laienrat.

*

Papst **Johannes Paul II.** hat den Rücktritt von Weihbischof **Daniel Pezeril** aus Paris angenommen. Pezeril, der seit 1968 Weihbischof in der französischen Metropole war, hatte am 5. Oktober sein 75. Lebensjahr vollendet und zu diesem Zeitpunkt, wie das Kirchenamt vorschreibt, dem Papst seinen Amtsrücktritt angeboten.

VERANSTALTUNG

Berlin einmal aus der verkleinerten Perspektive einer Briefmarke gesehen, ist nicht ohne Reiz. Die Ausstellung „Briefmarken – Dokumente der Geschichte Berlins" wird in Bonn vielen gefallen. Gastgeber der Briefmarkenschau, die am 21. Oktober in der Bonner Berlin-Vertretung eröffnet wird, sind Berlin-Senator Professor Dr. **Rupert Scholz** und der Präsident der Landespostdirektion Berlin, **Klaus Werner.** In der Sonderschau werden alle Briefmarken zu sehen sein, die bisher für West-Berlin herausgegeben wurden. Bei dieser Gelegenheit wird die Bundesdruckerei Berlin über ihre Arbeit berichten. Bis 30. Oktober ist die Ausstellung der kleinen Kostbarkeiten zu sehen.

GESTORBEN

Der Präsident der Landesärztekammer Hessen (seit 1973) und Mitglied des Vorstandes der Bundesärztekammer, Dr. **Wolfgang Bechtholdt**, ist im Alter von 64 Jahren gestorben. Dr. Bechtholdt wirkte in vielen Gremien und Ausschüssen der Bundesärztekammer und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung mit. Auch die Vertreter ärztlicher Belange im Ausland waren ihm eine wichtige Aufgabe, was nicht zuletzt die Wahl zum Vizepräsidenten des Ständigen Ausschusses der Ärzte der EG dokumentiert. Dr. Bechtholdt war Chefarzt der Orthopädischen Klinik des Städtischen Krankenhauses in Frankfurt am Main.

Der Auswärtige Dienst trauert um

Ministerialdirektor

Dr. Gerold von Braunmühl

Der heimtückische Mord an unserem Mitarbeiter und Kollegen gilt unserem freiheitlichen Rechtsstaat, dem er mit Hingabe und unter Einsatz seiner überragenden Fähigkeiten gedient hat.

Der Auswärtige Dienst verliert mit Dr. von Braunmühl einen Angehörigen, der wegen seiner großen menschlichen Qualitäten überall hoch geachtet war.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau und seinen Kindern.

Wir trauern mit ihnen.

Für das Auswärtige Amt und seine Mitarbeiter

Der Bundesminister des Auswärtigen
Hans-Dietrich Genscher

Der Vorsitzende des Personalrats
Uwe Schramm

FINANZANZEIGE

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE LANDSCHAFT IN KIEL

– Bekanntmachung –

Gemäß den Anleihebedingungen werden zum Nennwert zur Rückzahlung fällig:

03. 11. 86			
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kommunalschuldv.			
10,25%	Serie 146	– 325 445 –	03. 11. gzj.
10 %	Serie 150	– 325 449 –	03. 11. gzj.
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kassenobligationen			
6 %	Ausgabe 25	– 325 924 –	03. 11. gzj.
01. 12. 86			
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kommunalschuldv.			
9,5 %	Serie 152	– 325 451 –	01. 12. gzj.
9,5 %	Serie 154	– 325 453 –	01. 12. gzj.
7,5 %	Serie 238	– 325 637 –	01. 12. gzj.
15. 12. 86			
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kommunalschuldv.			
9,75%	Serie 157	– 325 456 –	15. 12. gzj.
31. 12. 86			
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Pfandbriefe			
5,5 %	Reihe 12	– 325 011 –	J/J
01. 01. 87			
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Pfandbriefe			
7 %	Reihe 65	– 325 064 –	J/J
02. 01. 87			
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kommunalschuldv.			
7,25%	Serie 24	– 325 323 –	J/J
15. 01. 87			
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kommunalschuldv.			
7,5 %	Serie 248	– 325 647 –	15. 01. gzj.
20. 01. 87			
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kommunalschuldv.			
7,5 %	Serie 251	– 325 650 –	20. 01. gzj.

Die Einlösung erfolgt bei den Serien 152, 248 und 251 sowie Reihe 12 gegen Einreichung der fälligen Stücke für Rechnung der Schleswig-Holsteinische Landschaft bei der Bank Companie Nord AG, 2300 Kiel, Martensdamm 1–2.

Bei den Pfandbriefen Reihe 65, den Kommunalschuldverschreibungen Serie 146, 150, 154, 238, 157 und 24 sowie der Kassenobligation Ausgabe 25 erfolgt die Auszahlung der fälligen Beträge über die Norddeutscher Kassenverein AG, Hamburg.

Kiel, im Oktober 1986

Die Schleswig-Holsteinische Generallandschaftsdirektion

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Kurt Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Broch, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Moravia – unanzweifelbare italienische Autorität

Oberschicht, ekelerregend

Alberto Moravia (78), der mit seinem Roman „Die Gleichgültigen" im Jahre 1929 mit einem Schlag berühmt wurde, hat in seinen zahlreichen Büchern nicht nur Gesellschaftskritik geübt, sondern jeweils eine ganz aktuelle Thematik gewählt. Die großbürgerliche Gesellschaft bietet er ekelerregend dar, besonders in „Desideria" (1979), wo ein aufgeregtes Mädchen aus reichem, aber zweideutigem Haus Anschluß an Revolutionäre sucht, die aber ihrer idealen Vorstellung kein bißchen entsprechen. Sie selbst leistet symbolische nonkonformistische Akte (sie benutzt z. B. die Göttliche Komödie Dantes

Das Schlangennest – ZDF, 22.50 Uhr

als Toilettenpapier), und überflüssigerweise bringt Moravia in das Buch auch noch surrealistische Züge ein.

Es gibt von Moravia gelungene Werke, eben jenes erste, auch „Adriana" (1950, italienisch La Romana, 1947), die Geschichte einer schönen römischen Dirne, die von drei Männern umschwärmt wird; der Junge, den sie wirklich liebt, begeht Selbstmord. Hier ist ein echtes Gefühl gestaltet, politische und gesellschaftliche Motive sind nur Hintergrund. Auch „Die Mädchen vom Tiber" (1957), ein Band mit Erzählungen, überraschen mit helleren Farben. „Der Konformist" von 1960 ist eine sehr verschachtelte Agentengeschichte aus der Faschistenzeit, die mit tiefenpsychologischen Elementen arbeitet; was damals gerade in Mode kam.

Besonders in seinen späten Arbeiten entwickelt Moravia oft eine aktuelle These, zu der er eine schematische Fabel erfindet, die meist gezwungen und ohne anschauliche Selbstverständlichkeit abläuft.

Am schwächsten ist der letzte Erzählungsband, „Die Frau im schwarzen Cape" (1986). Da ist alles kalt ausgedacht, und das wirkt sich auf den Stil aus. Von imaginativer Kraft keine Spur. Es handelt sich nicht um Liebes-, sondern um Geschlechtsgeschichten.

In Italien ist Moravia eine nicht anzweifelbare Autorität. Auch schwächere Arbeiten werden von der Kritik mindestens wohlwollend, wenn nicht gar enthusiastisch behandelt. Das verdankt Moravia zum Teil seiner sehr kritischen, aber politisch unabhängigen Position, zum Teil auch der jeweiligen Aktualität seiner Themen, die man eben auf jeden Fall liest, da man darin forcierte Formulierungen findet, die einem gerade auf den Nägeln brennen.

Das Hinschwinden der gesellschaftlichen oder politischen Aktualität von gestern schadet einem Werk mit zeitgebundener Thematik nur dann nicht, wenn es von einer überragend künstlerischen Hand gestaltet ist. Dantes politische und religiöse Themen haben längst jedes Interesse eingebüßt, aber seine zeitgebundene Dichtung ist unvergänglich. Freilich darf man nicht vergessen, daß es zwischen Dante und Courths-Mahler noch Zwischenstufen mittlerer Talente gibt, von denen manche von den Zeitgenossen sogar für genial gehalten werden.

Das „Schlangennest", dessen Verfilmung von Fabio Carpi das ZDF zeigt, spielt im faschistischen Rom. Es schildert das Treiben der Oberschicht, die allein an oberflächlichen Vergnügungen Gefallen findet.

RUDOLF KRÄMER-BADONI



Veronique Genest in der Hauptrolle als Adriana: Sie will heiraten FOTO: TB



Lotte (Inge Meysel) in großen Schwierigkeiten – Erpresser halten sie für ihre Zwillingsschwester Suse (ebenfalls Inge Meysel), deren Mann einen Konzern aufbaute, während Lotte, mit einem Gärtner verheiratet, eher bescheiden lebt. Als die reiche Suse erpreßt wird, lädt sie einfach ihre Schwester zu sich und jettet für ein paar Tage nach London; so fassen die Entführer die Falsche. Suse will keinen Pfennig herausrücken für ihre Schwester – doch die dreht plötzlich mit den Entführern den Spieß herum: **Vertrauen gegen Vertrauen**, um 19.30 Uhr im ZDF. FOTO: ASPEKT-TELEFILM

KRITIK

Spaß beim Autodiebstahl

Nach einem solchen Vorspann mußte man auf alles gefaßt sein: Die Zeitraffer-Bilder zeigten Mike Krüger, wie er unrasiert und ungewa*schen durch die Straßen rast.* Unterbrochen wurde die Raserei des „Blödel-Barden" nur von einigen Zeichentrickfilm-Szenen. Wen konnte es da wundern, daß das Publikum gleich zu Beginn der neuen Familien-Show **Vier gegen Willi** (ARD) aus dem Häuschen geriet.

Der gelernte Betonbauer Michael Friedrich Wilhelm Krüger (34) hatte am Samstag Premiere als Show-Master. „Vom Fernsehen bisher übergangen", gewann der Debütant mit seinem Wettspiel „Mensch-ärgere-dich-nicht" auf Anhieb das Publikum. Dazu mochten auch die ausgeklügelten Regeln beigetragen haben, nach denen ein möglicher Sieger wieder aus dem Rennen gedrängt werden konnte.

Mikes irre Spiele sorgten für Stimmung – auch wenn das erste, die Hypnose einer jungen Dame, ein totales Scheitern erwarten ließ. Aber der „Mein-Gott-Walther-Sänger" hatte ja genügend Überraschungen in der Hinterhand. Darunter auch, strafrechtlich gesehen, einen Autodiebstahl mit anschließender Sachbeschädigung. Da mußte ein Mitspieler schon Spaß verstehen.

Von Willi, dem possierlichen Gold*hamster, durfte das Publikum Sensa*tionen erwarten. Ungewöhnlich genug: Das 153 Gramm schwere Tier kann in der fünfteiligen Familien-Show über Sieg und Niederlage der Kandidaten entscheiden.

Nach diesem Start scheint Mike Krüger seine Zukunft auch als Show-Master gesichert zu haben. Von Lampenfieber war nichts zu spüren. Mit den Kandidaten ging er auf ungezwungene, manchmal fast zu familiäre Art um – aber die ist ja nötig, um die Nervosität zu nehmen. Vor allem: Krüger war in keinem Augenblick um das rechte Wort verlegen. Aus dem Handgelenk improvisierte er druckreife Formulierungen, die die Zuschauer bei Laune hielten.

Selbstverständlich – Kuli kann er nicht das Wasser reichen. Doch das will er wohl auch gar nicht: Mike hat seinen eigenen Stil. So müssen es auch die Kameraleute empfunden haben: Die hübsche Assistentin mit ihrem gewinnenden Zahncreme-Werbelächeln vergaßen sie ganz und gar.

HORST ZIERMANN

ARD

9.45 Tips für den Alltag
10.00 Tagesschau
10.05 Gideons Paukenschlag
Amerikanischer Spielfilm (1979)

15.50 Tagesschau
16.00 Der Feind
Englische Fernsehserie
16.25 Menschen über 60
Heute: Das Alter und die Medien
17.40 Kalmus und Berberitze
Fernsehserie aus dem „Autorenwettbewerb für Senioren"
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Kir Royal (4)
Regie: Helmut Dietl
Komponist Danziger liegt im Sterben. Sein letzter Wunsch ist, noch einmal Claire zu sehen. Allerdings hat die in Paris lebende Dame geschworen, nie wieder deutschen Boden zu betreten.
21.15 Leben für Gott in Frankreich
Kirche im Alltag der Provinz
Von Michael Gramberg
21.45 Videos des Jahres
Vorstellungen für die „Goldene Europa '86"
22.30 Tagesthemen
23.00 Landfahrer
Irisch-engl. Spielfilm (1981)
Regie: Joe Comerford
Michael (17) und Angela (16) müssen heiraten. Ihre Hochzeitsreise führt nach Nordirland. Hier sollen sie Konsumgüter einkaufen und in den Süden schmuggeln.
0.35 Tagesschau
0.40 Nachtgedanken

ZDF

11.45 Bilanz der Bayern-Wahl
12.25 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Mietrecht
7. Wer soll das bezahlen?
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Tips für Aktive
Mit Pferden leben. Hausunfälle
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Agentin mit Herz
Überlebenstraining
19.00 heute
19.30 Vertrauen gegen Vertrauen
Kriminalkomödie
Mit Inge Meysel, Peter Striebeck, Pinkas Braun, Krystian Martinek
Buch, Regie: Marcus Scholz
21.12 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.15 WISO
Strafmaßnahmen gegen Südafrika: Wen trifft's? Im Alltag beobachtet: Schwester Erika. Orient-Expreß: Nostalgie, Abenteuer und stolze Preise. WISO-Tip: Ärger nach dem Kauf – Das leisten Schlichtungsstellen
Moderation: Hans-Ulrich Spree
22.05 Der Pfennig ist die Seele der Milliarde
Porträt von Grete Schickedanz
Buch, Regie: Max H. Rehbein
22.50 Das Schlangennest
Fernsehfilm nach Alberto Moravia
Mit Veronique Genest, José Quaglio, Adriana Innocenti
Regie: Fabio Carpi
0.25 heute

SAT 1

15.35 Lassie
16.00 Musicbox
16.25 Die Waltons
17.10 Raumschiff Enterprise
18.00 APF blick
Bayerische Landtagswahl
18.30 Regionalprogramm TV Weiß-Blau
19.45 Flucht vor dem Feuer
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit John Wayne, William Demarest
Regie: Edward Ludwig
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.15 WM – Wirtschaftsmagazin
Aktualität: Big Bang in London
Auslandserfahrung – Karrieresprung? Porträt von Alfred Töpfer. Avantgarde-Mode. Börse
22.45 Monaix
Der Kunstschütze
23.30 APF blick



19.00 Heimwehküche
19.45 Internationales Kochbuch
Portugal: Bohneneintopf
20.00 Tagesschau
20.15 Stahlnetz: Saison
Buch: Wolfang Menge
Regie: Jürgen Roland
21.45 Mittwochs in Siegen

3sat

18.00 Mini-ZiB
18.10 Mein Mainz
Erinnerungen von Karl Holzamer
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Lieder für Mexiko
Chor des Humboldt-Gymnasiums in Mexiko
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Massai – Der große Apache
Amerikanischer Spielfilm (1954)
Mit Burt Lancaster, Jean Peters
Regie: Robert Aldrich
23.10 Mannheimer Filmwoche
23.35 Nachrichten



18.15 Augenclip/Regional 7
18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die gelbe Rose und das Geheimnis von Bukarest
Rumänischer Spielfilm (1983)
22.15 RTL-Spiel
22.20 Popeye
22.25 Wie geht's?
22.45 Bonnfetti
Talkrunde aus dem Contrakreis-Theater in Bonn
0.15 Wetter/Horoskop/Betthupferl
0.30 Wall Street Final

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221/23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
Ein Fiebertraum
20.45 Gesucht – gefunden
Aus Lüdinghausen
22.15 Menschen und Maschinen
Von Klaus Lehning
22.45 Thema des Monats
Neue Männer braucht der DGB

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Schach-WM '86
19.00 Tag der Briefmarke
19.15 Prisma
Fischöl gegen Herzinfarkt? Amazonas-Medizin. Sonnen-Häuser
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an!
Rechtsstreit ohne Geld
21.15 Kinder, wie die Zeit vergeht
Spiel mit H. Martin und J. Thorwald
22.15 Internationales TV-Kochbuch
22.30 Al Capone
Amerikanischer Spielfilm (1959)

HESSEN
18.00 Hallo Spencer
18.33 Welt der Flüsse
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Hessens Weg nach '45
20.45 Die Sprechstunde
Physikalische Therapie
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
22.30 Blickpunkt Ausland
Die zwei Gesichter des Südjemen
23.15 Vor vierzig Jahren
Bodenreform

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.33 Fury
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Formel Eins
20.15 Industriewelt im Umbruch
21.00 Aktuell/Neues
21.15 100 Jahre Bosch
21.45 8051 Grinning
Fernsehspiel. Regie: P. Beauvais
23.25 Peter Beauvais
Zum 70. Geburtstag
23.55 Jazz in Concert
0.55 600 Jahre Universität Heidelberg

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Künstliche Intelligenz
Konkurrenz für den Menschen?
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Hohenschwangau
22.50 Magnum

Esser nennt den DGB eine „Art von Partei"

Er begrüßt Späth-Vorschlag, Arbeitszeit flexibler zu gestalten

DW. Stuttgart/Essen

Arbeitgeberpräsident Otto Esser hat dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) vorgeworfen, er habe sich zu einer „Art von Partei" entwikkelt, die den Gewerkschaften nicht bekommen werde. In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks in Stuttgart versicherte er gestern, er sei für starke Gewerkschaften, die der Sozialpartnerschaft aufgeschlossen sind.

Als Einheitsgewerkschaften müßten sie jedoch liberal gegenüber den eigenen Mitgliedern aus den verschiedenen politischen Lagern sein. In den Monaten bis zur Bundestagswahl im Januar 1987 wird sich nach Ansicht Essers das Klima zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften nicht abkühlen.

Zu der Forderung des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Lothar Späth (CDU), Arbeitgeber und Gewerkschaften sollten die Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeit besser ausschöpfen, dann könnten 700 000 Arbeitslose wieder eine Beschäftigung erhalten, sagte Esser: „Damit werden bei uns nur offene Türen eingerannt." Der Arbeitgeberverband plädiere schon länger dafür, daß die immer teurer werdenden Anlagen in den Betrieben hinreichend genutzt werden.

Außerdem müsse den Interessen der Arbeitnehmer „nach einer ihnen zusagenden Arbeitszeitgestaltung in verbesserter Art und Weise" Rechnung getragen werden. Die Tarifpartner sollten daher lediglich Rahmenverträge vereinbaren, die dann „nach betriebs- und personenindividuellen Bedürfnissen gehandhabt" werden.

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier hat gestern in Essen ihren 14. Ordentlichen Gewerkschaftstag begonnen, bei dem voraussichtlich weitere Schritte zur Einführung der 35-Stunden-Woche beschlossen werden sollen. In einem Leitantrag des Hauptvorstandes der insgesamt 142 000 Mitglieder zählenden Gewerkschaft wird gleichzeitig flexiblen Arbeitszeiten eine grundsätzliche Absage erteilt.

Weiterer Schwerpunkt für die Arbeit der 268 Delegierten dürfte die Vorbereitung der neuen Gewerkschaft IG Medien, Publizistik und Kunst sein. Nach den Worten Ferlemanns, der sich auf dem Kongreß zur Wiederwahl stellt, will seine Organisation damit der weiteren Konzentration im Medienbereich ein schlagkräftiges Instrument entgegensetzen.

Haussmanns Rückzieher

FDP-Politiker warnen vor verfrühter Ämterdiskussion

gü. Stuttgart

Die Freien Demokraten brauchen nach Ansicht ihres Bundesvorsitzenden Martin Bangemann eine neue programmatische Basis. 15 Jahre nach Verabschiedung der „Freiburger Thesen" sagte Bangemann: „Wir müssen den Begriff der Modernität neu ausfüllen."

Vor dem Landeshauptausschuß der baden-württembergischen FDP in Schwäbisch Hall appellierte der Bundesvorsitzende an die Partei, mehr Geschlossenheit zu zeigen. „Die FDP hat in den letzten Jahren sehr darunter gelitten, daß einzelne Gruppen oder Personen immer wieder versucht haben, einen Sondervorteil zu erreichen." Damit sei nun Schluß.

Während der gleichen Veranstaltung schwächte FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann seine Äußerungen zum Streit über die Besetzung des Umweltministeriums nach der Wahl ab. In Gegenwart von Martin Bangemann machte der Generalsekretär deutlich, daß seine Interviewäußerungen der vergangenen Woche falsch interpretiert worden seien. „Mir geht es nicht um neue Posten, sondern darum, angesichts moderner Zukunftsszenen Flagge zu zeigen." Gerade auf dem Gebiet der Umweltpolitik müsse die FDP mit der Union in einen Wettbewerb um die Themenführung eintreten.

Vor einer verfrühten Diskussion um Ämter hatten schon zuvor der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Walter Döring und der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Weng gewarnt.

Streit um Lage der Katholiken in der „DDR"

DW. Bonn

Zu einem heftigen Streit über die Lage der Katholiken in der „DDR" ist es am Wochenende nach Abschluß eines Budapester Symposiums gekommen, an dem offizielle Kirchenvertreter und marxistische Gelehrte aus Ost und West teilgenommen hatten. Wie es in Berichten der italienischen Presse hieß, sprach ein vatikanischer Prälat von einer schmerzhaften Situation und von Druck auf die Katholiken in der „DDR". Er bezog sich dabei auf ein Referat des katholischen „DDR"-Professors Konrad Feiereis, der an der Pressekonferenz nicht teilnahm.

Professor Wolfgang Kliem, einer der Vertreter der „DDR" auf marxistischer Seite, widersprach mehrfach und erklärte, das Thema Religionsfreiheit habe in der allgemeinen Diskussion überhaupt keine Rolle gespielt. „Mein Kollege hat niemals von Druck gesprochen."

Daraufhin ergriff der ungarische Professor Jozef Lukacs, der Organisator des Treffens, das Wort. Er meinte, daß Kardinal Paul Poupard; der Leiter des Vatikan-Sekretariats für die Nichtglaubenden und Chef der katholischen Delegation, damit einverstanden sei, Ausdrücke zu vermeiden, die die Gegenseite beleidigten, so zum Beispiel, die sozialistischen Länder als „Schande unserer Zeit" zu bezeichnen.

Dies war ein indirekter Angriff gegen Papst Johannes Paul II. Denn diese Formulierung ist in der ersten Instruktion über die Befreiungstheologie enthalten, die die Glaubenskongregation des Vatikans im September 1984 herausgab und die der Papst unterschrieb.

Abgesehen von dieser Disharmonie scheint es in den nichtöffentlichen Debatten während des Budapester Symposiums auch zu Berührungspunkten zwischen Marxisten und Katholiken gekommen zu sein. Kardinal Poupard und Professor Lukacs sprachen übereinstimmend vom Konzept, nach dem die menschliche Person über allem anderen stehen solle, und von einer absolut gültigen Universalethik als Ausgangspunkt für jedes konkrete Engagement. Am Rande des Symposiums war von beiden Seiten zu hören, daß man den Dialog mit einer ähnlichen Veranstaltung in zwei Jahren fortsetzen wolle.

Wende in der Bildungspolitik? Rückzug des „kritischen Denkens"

Eine Umfrage zeigt das wachsende Interesse an einer profunden Allgemeinbildung

PETER PHILIPPS, Bonn

In der Bildungspolitik verstärkt sich der Umdenkungsprozeß. Er setzt an zwei Punkten an: Zum einen gewinnt die Forderung nach einer profunden Allgemeinbildung der Schüler immer stärker an Gewicht. Aus dem Ergebnis einer Umfrage der Dortmunder Arbeitsstelle für Schulentwicklungsforschung geht hervor, daß daraus bereits eine breite Strömung in der Bevölkerung geworden ist. Denn zum ersten Mal ist in diesem Jahr die Allgemeinbildung wieder als „das höchste Gut, das die Schule zu vermitteln hat", bezeichnet worden – an Stelle des so lange dominierenden „kritischen Denkens".

Klassische Leitbilder

Zweitens werden die Leitbilder der „emanzipatorischen Pädagogik", die in den vergangenen Jahren den Schulunterricht beeinflußt haben, zugunsten einer Rückbesinnung auf „klassische" Bildungsleitbilder zurückgedrängt.

Als der baden-württembergische Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder 1981 wieder das Auswendiglernen von Gedichten propagierte, erhob sich noch ein Aufschrei. Doch der Präsident der Münchner Technischen Universität, Wolfgang Wild, hat jetzt das Thema wieder aufgegriffen: Es erscheine „sehr fraglich, ob die Abschaffung des Auswendiglernens von Gedichten oder Geschichtszahlen ein pädagogischer Fortschritt war". Angesichts der Tatsache, daß immer mehr Abiturienten in die Hochschulen kommen, denen das einfachste geistige Rüstzeug fehlt, so daß für Mathematik-Erstsemester an vielen Universitäten erst einmal „Brückenkurse" zur Beseitigung von Lerndefiziten eingerichtet werden müssen, formulierte der Wissenschaftler aus seiner praktischen Hochschullehrer-Erfahrung die Forderung: „Kreativität erfordert gut organisiertes Wissen, das aus dem Gedächtnis abgerufen werden kann. Der Gedächtnisschulung muß darum wieder sehr viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden." Auch das Gedächtnis könne „durch Training leistungsfähiger gemacht werden".

In der Evangelischen Akademie Arnoldshain und vor dem Verein der Bayerischen Metallindustrie belegte Wild, warum eine Neubesinnung sich an dem Wohl der Kinder und Jugendlichen orientiert: „Zu den Illusionen, die heute von der jungen Genration schmerzhaft ausgeglichen werden müssen, gehört die Vorstellung, die streßfreie Schule sei ein Modell für angstfreies Leben. Hätte man die Bedingungen der Zieltugend Kreativität gründlicher studiert, so wäre für genug bekannt geworden, daß wohldosierter Streß zu den Bedingungen für erfolgreiches Denken und Handeln gehört."

Streß und Erfolg

Franz Emanuel Weinert, Direktor des Max-Planck-Instituts für psychologische Forschung in München, hatte kürzlich bereits darauf hingewiesen, daß „sowohl die Intelligenzforschung wie die Denkpsychologie sich lange Zeit mit relativ formal definierten Fähigkeiten und Denkprozeduren beschäftigt haben, so daß die Bedeutung des Wissens für die Lösung inhaltlich anspruchsvoller Aufgaben übersehen wurde". Wild zieht daraus die Schlußfolgerung: „Die wiederentdeckte Bedeutung gut organisierten Wissens für die Fähigkeit eines Menschen, Probleme zu bewältigen. zwingt uns dazu, Curriculum und Vermittlungsmethode in Schule und Hochschule neu zu überdenken", von der üblich gewordenen rein exemplarischen Wissensvermittlung wieder wegzukommen.

Kadar: Nationale Besonderheiten berücksichtigen

dpa, Moskau

Der ungarische Parteichef Janos Kadar hat in einem Interview mit der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit" die Zugehörigkeit seines Landes zur sozialistischen Gemeinschaft bekräftigt, zugleich aber deutlich die Eigenständigkeit der ungarischen Politik hervorgehoben. Eine der wichtigsten Erkenntnisse der Kommunisten in Ungarn sei es, daß die Stabilität der sozialistischen Gesellschaftsordnung nur gegeben sei, wenn die Partei gleichmäßig die „Hauptgesetzmäßigkeiten des Sozialismus, die Besonderheiten des Landes und nationale Traditionen" berücksichtige. „Dies alles sind Voraussetzungen dafür, daß die Massen unsere Ziele unterstützen, die Vorteile der sozialistischen Gesellschaftsordnung richtig genutzt werden", sagte Kadar.

Die 1968 eingeführte Wirtschaftsreform berücksichtige die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus, die Besonderheiten des Landes und seine Wirtschaftsstruktur. Sie habe zur Entwicklung der Volkswirtschaft und zur Festigung der sozialistischen Gesellschaft beigetragen. Auch ein neues Wahlgesetz, das die Aufstellung von mindestens zwei Kandidaten pro Wahlkreis vorsehe, habe positive Ergebnisse gebracht.

Aus Luxemburg Appell zu Cattenom

AFP, Luxemburg

Wenige Tage vor der geplanten Inbetriebnahme des ersten Blocks des umstrittenen französischen Kernkraftwerks Cattenom hat der luxemburgische Regierungschef Jacques Santer ein weiteres Mal an die Regierung in Paris appelliert, zumindest auf die Blöcke drei und vier zu verzichten. Zugleich forderte er die Pariser Regierung und den staatlichen französischen Elektrizitätskonzern EdF auf, innerhalb der Anlage eine von unabhängigen Experten aus der Europäischen Gemeinschaft besetzte Kontrollstation zuzulassen. Das würde die luxemburgische Bevölkerung „erleichtern", betonte Santer. Ein Antrag des Großherzogtums, eine Sicherheitsstation mit Experten aus Luxemburg einzurichten, sei von den Franzosen abgelehnt worden.

Mutter Teresa überlebt Absturz

rtr, Daressalam

Friedensnobelpreisträgerin Mutter Teresa hat am Wochenende unverletzt einen Flugzeugabsturz überlebt, bei dem sechs Menschen ums Leben gekommen sind. Die 76jährige wollte nach Auskunft einer Schwester ihres Ordens „Missionarinnen der Nächstenliebe" von der tansanischen Siedlung Hombolo aus nach Tabora im Westen des Landes fliegen.

Das kleine Flugzeug mit der Nonne an Bord war kurz nach dem Start ins Trudeln geraten und dann in eine Menschenmenge gestürzt. Über die Unfallursache wurde nichts mitgeteilt. Der Bischof von Dodoma, Joseph, berichtete telefonisch, Mutter Teresa sei erschrocken, werde aber wie geplant nach Tabora reisen. In ihrem Überleben sehe sie die Hand der göttlichen Vorsehung, hieß es.

Kernwaffen: Half Paris den Israelis?

rtr, London

Frankreich hat Israel nach Informationen der Londoner Zeitung „Sunday Times" in den 50er Jahren bei der Entwicklung von Kernwaffen geholfen. Das Blatt zitierte den früheren Leiter der französischen Atomenergie-Kommission, Francis Perrin, mit der Aussage: „Wir dachten, Israel die Geheimnisse überlassen zu können, vorausgesetzt, es behält sie für sich." Frankreich habe Israel in Dimona einen Reaktor und eine geheime unterirdische Anlage zur Gewinnung von Plutonium für Kernwaffen gebaut, sagte Perrin. Zwischen 1957 und 1959 hätten beide Länder zudem bei der Kernwaffenentwicklung eng zusammengearbeitet. Auf seinen Vorschlag hin sei die Kooperation aber vom damaligen Präsidenten Charles de Gaulle gestoppt worden.

Frankreich dehnt Visazwang aus

rtr, Paris

Algerier, Marokkaner und Tunesier müssen von heute an für ihre Einreise nach Frankreich ein Visum haben. Das teilte das Außenministerium in Paris am Wochenende in einem Kommuniqué mit. Darin heißt es, Bürger der drei Länder müßten nun vor ihrer Einreise nach Frankreich bei französischen Konsulaten ein Visum beantragen. Bis zum 1. November seien diese Dokumente auch noch an den Grenzen Frankreichs erhältlich. Premierminister Chirac hatte den Visazwang für alle Ausländer mit Ausnahme der Bürger der EG und der Schweiz nach einer Serie von Bombenanschlägen in Paris verfügt. Die algerische Nachrichtenagentur APS meldete dazu, Franzosen, die nach Algerien reisen wollten, müßten von heute an ebenfalls ein Visum haben.





Welche Berufe sind besonders gefährdet durch die Arbeitslosigkeit und welche nicht? Das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat herausgefunden, daß von je 100 Technikern, Bank- und Versicherungskaufleuten sowie EDV-Fachleuten in einem Zeitraum von sechs Jahren über 70 ununterbrochen beschäftigt waren. Unter den Hilfsarbeitern hatte dagegen nur eine Minderheit von 38 Prozent in dieser Zeit Dauerjobs. Sie rangieren mit den Kellnern am Ende der Skala. QUELLE: GLOBUS

MÄRKTE & POLITIK

Opec: Die Ölminister werden heute die Vorschläge einer technischen Expertengruppe diskutieren, nach denen die Förderquoten neu verteilt werden sollen. Zu den Kriterien gehören unter anderem Ölreserven, Förderkapazität, Bevölkerungszahl und Bruttosozialprodukt.

Autos: Die bundesdeutschen Autohersteller treten nach Ansicht des Verbandes der Deutschen Automobilindustrie (VDA) derzeit nicht für eine gesetzliche Importbeschränkung ein, versicherte ein Sprecher auf der Berliner Automobilschau „AAA".

Kernenergie: In den ersten drei Quartalen 1986 wurden 87,9 Mrd. Kilowattstunden Strom aus Uran produziert, drei Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

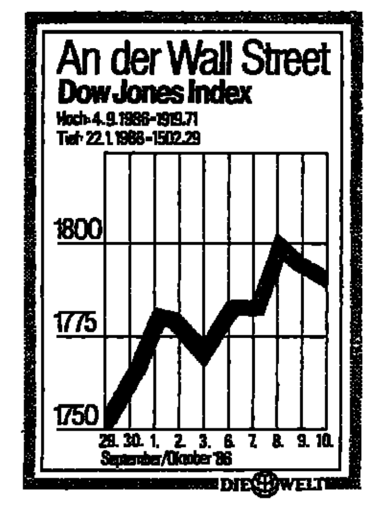
FÜR DEN ANLEGER

Wertpapiere: Die privaten Haushalte legten im vergangenen Jahr mit knapp 3,5 Mrd. DM 2,7 Prozent ihrer neuen Geldvermögen in Aktien an. (S. 13)

Börsen: Von einigen Plätzen abgesehen, war das Geschehen an den internationalen Aktienmärkten in der abgelaufenen Woche von zum Teil ausgeprägten Kaufentscheidungen gekennzeichnet.

Rentenmarkt: Die Stimmung ist recht trübe. Viele Profis sitzen auf hohen Beständen. (S. 12)

Big Bang: Zur Überwindung eventueller technischer Schwierigkeiten mit der Umstellung des Londoner Finanzplatzes am 27. Oktober hat die Bank von England Mini-Tranchen bestehender Staatsanleihen geschaffen.



WELTWIRTSCHAFT

Asean-Staaten: Die Europäer verlieren in der Region wirtschaftlich an Boden. Auffällig ist das Defizit in Sektoren mit fortgeschrittener Technologie. (S. 12)

Schweiz: Die Auftriebskräfte lassen nach. Besonders die Auslandsnachfrage ist schwach.

Osthandel: Es gebe gute Chancen für den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik, erklärte Jurij Joudanow vom Moskauer Institut für Weltwirtschaft auf der Jahrestagung des Verbandes der Geschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammern in Lübeck-Travemünde.

Taiwan: Die Ausfuhren in die EG sind in den ersten neun Monaten 1986 um 50,6 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum auf 3,3 Mrd. Dollar gestiegen.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Müller's Mühle: Das zu den führenden Anbietern von Diät-Reformkost und Hülsenfrüchten zählende Unternehmen hat im ersten Halbjahr 1986 das Betriebsergebnis gegenüber dem ersten Halbjahr 1985 fast verdoppelt.

Porsche: Im Stuttgarter Stadtteil Zuffenhausen wird mit Investitionen von 125 Mill. DM im ersten Quartal 1988 mit dem Bau eines neuen Karosseriewerks begonnen.

Airbus: Das europäische Konsortium erwartet, daß Northwest Airlines alle 100 im Vorvertrag bestellten A 320 abnimmt. (S. 13)

Türkei: In Aksary, 240 Kilometer südlich von Ankara, wurde am Wochenende ein Montagewerk für Mercedes-Benz-Nutzfahrzeuge eröffnet. Das Werk gehört der türkischen Gesellschaft Otomarsan, an der die Daimler Benz AG mit 36 Prozent das größte Aktienpaket hält.

NAMEN



BankAmerica: Als aussichtsreichster Kandidat für die Spitze der zweitgrößten Bankholdinggesellschaft der USA wird nach dem Rücktritt von Präsident Samuel H. Armacost der ehemalige Weltbankpräsident A. W. Clausen (Foto) gehandelt. Clausen hatte die BankAmerica bereits bis Mitte 1981 geleitet. Sie hatte sich unter seiner Stabführung in den siebziger Jahren an die Spitze der US-Großbanken gesetzt und wurde, als die Problemkredite wuchsen, von der Citicorp überholt.

WER SAGT'S DENN?

Wenn in Deutschland einer Geld hat, dann denken die Leute gleich, er habe gestohlen.

Bankier Sal. Oppenheim

„Die Förderung des Bausparens ist auch künftig unverzichtbar"

WELT-Gespräch mit Staatssekretär Vogt über die Bonner Pläne zur Vermögensbildung

HEINZ STÜWE, **Bonn**

Die Bundesregierung geht davon aus, daß das Zweite Vermögensbeteiligungsgesetz wie geplant noch in diesem Jahr verabschiedet wird, obwohl der Bundesrat einige Änderungswünsche angemeldet hat. „Ich kann nur davor warnen, das Gesetz jetzt mit allen möglichen Forderungen zu belasten", erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium Wolfgang Vogt in einem Gespräch mit der WELT.

Die Länderkammer hatte sich insbesondere für einen einheitlichen Förderrahmen von 936 Mark im Jahr eingesetzt. Davon würde vor allem das Bausparen profitieren, das bisher nur bis zu 624 Mark im Jahr begünstigt wird. Vogt betonte demgegenüber, daß der volle Betrag von 936 Mark auf Anlagen im Produktivkapital beschränkt bleiben müsse. Die Bundesregierung halte an dieser grundsätzlichen Weichenstellung der ersten Gesetzesstufe von 1984 fest. Arbeitnehmer sollten immer mehr zu Miteigentümern werden.

Erst in der nächsten Legislaturperiode stelle sich im Rahmen einer generellen Neubewertung der Subventionen die Frage, wie die einzelnen Anlageformen weiter gefördert werden sollten. Dann müsse entschieden werden, ob die Zulagensätze zwischen Geld- und Beteiligungssparen stärker gespreizt oder ob staatliche Prämien für das Konten- und Versicherungssparen ganz gestrichen werden könnten. Für das letztere sieht Vogt angesichts der hohen Sparfähigkeit „gute Gründe".

Für zwei Anlageformen sind nach Ansicht des CDU-Politikers jedoch auch künftig staatliche Anreize notwendig: für das Bausparen und das Sparen in Beteiligungswerten. „Wenn wir wollen, daß breite Schichten Wohneigentum erwerben sollen, ist die Förderung unverzichtbar."

Die überbetrieblichen Anlageformen des neuen Gesetzes werden die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital entscheidend voranbringen, ist Vogt überzeugt. Er wandte sich gegen Kritik, die neuen Beteiligungs-Sondervermögen, die stille Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen erwerben können, seien nicht attraktiv und für unerfahrene Anleger zu kompliziert.

Daß die Ausgestaltung des neuen Instruments nicht einfach ist, räumt Vogt ein. „Für den einzelnen ist der Erwerb aber genau so einfach, als wenn er heute Investmentfonds-Anteile kauft." In der Tarifpolitik eröffne sich durch das neue Gesetz eine dritte Dimension: „Die Kapitalbeteiligung, die bisher nur eine untergeordnete Rolle spielte, wird neben die Größen Einkommen und Freizeit treten." In dem Maße, wie die Arbeitsmarktprobleme zurückgingen, werde die Vermögenspolitik wieder an Bedeutung gewinnen. „Wir schaffen Instrumente für die Zukunft."

Daß die erste Stufe der Vermögensbildung von 1984, mit der das 624 Mark-Gesetz auf 936 Mark aufgestockt wurde, bereits in 20 Tarifverträgen genutzt werde, wertet Vogt als Beleg für die wachsende Aufgeschlossenheit einiger Gewerkschaften.

Wenn das Kontensparen auslaufe, müßten aber die seit 1970 unveränderten Grenzen für die Gewährung der Arbeitnehmer-Sparzulage von 24 000 beziehungsweise 48 000 Mark (Ledige/Verheiratete) zu versteuerndem Einkommen angehoben werden, um die Vermögensbildung tarifpolitisch attraktiv zu halten.

Auch auf Arbeitgeberseite registriert der CDU-Politiker in der Einstellung zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand einen Wandel zu Positiven.

Bremsspuren am US-Aktienmarkt

Staatssekretär Schlecht: Streit über Ankurbelung der deutschen Konjunktur beigelegt

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Zerstritten über den künftigen Konjunkturverlauf, bewegt sich die Wall Street nur langsam und mit vielen Rückschlägen nach vorn. Dieses Schneckentempo soll noch zwei bei drei Wochen anhalten. Inzwischen gelten viele US-Aktien als überkauft; an der New York Stock Exchange fielen die Umsätze auf 105 Mill. Papiere, was von einigen Analysten als Baisse-Zeichen gewertet wird. Andere gehen nicht so weit und verweisen auf den allgemeinen Bremseffekt, der aus Kursverlusten resultiert, die IBM und General Motors hinnehmen mußten.

Dennoch haben sich die US-Aktienmärkte leicht erholt, wenn auch der Dow-Jones-Industrie-Index den erneuten Sprung über die 1800-Marke nicht halten konnte. Über die Woche stieg das Barometer um 18,99 Punkte, sackte aber am Freitag um 3,65 auf 1793,17 Punkte. Der umfassende Nyse-Index erhöhte sich an den fünf Börsentagen um netto 0,89 (Freitag: minus 0,20) auf 135,70, der Standard & Poor's 500 um 1,77 (minus 0,37) auf 235,48 Punkte. Unter Druck kommen wieder High-Tech-Werte, nachdem einige Chiphersteller noch tiefer in die roten Zahlen gerutscht sind. Empfohlen werden in dieser Phase konsumorientierte Aktien wie Sears und General Electric sowie Fluggesellschaften und Metallverarbeiter.

Bei der Beurteilung der US-Konjunktur hat der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, der in New York und Washington umfangreiche Gespräche führte, Hilfestellung geleistet. Nach seinem Eindruck sieht niemand in Amerika eine Rezession heraufziehen, und zwar auch mittelfristig nicht. Klar gesehen wird die Unsicherheit, die das neue Steuerrecht hinsichtlich der Investitionsbereitschaft zumindest kurzfristig schafft, und nicht ausgeschlossen wird für Ende 1987 ein neuer Inflationsstoß, „woraus sich Bremswirkungen entwickeln können".

Laut Schlecht bleibt die Reagan-Administration dabei, daß 1987 die US-Wirtschaft real um vier Prozent wächst. Nominal sollen es 7,5 Prozent sein. Außerdem sinkt das US-Haushaltsdefizit im laufenden Finanzjahr auf 170 (1986: 225) Mrd. Dollar. Das Gramm-Rudman-Ziel wird mithin nicht erreicht. Etwas gedämpfter ist die Lagebeurteilung durch den Business Council, in dem die 100 größten US-Unternehmen vertreten sind. In seiner Herbstsitzung sagte der Rat für 1987 und 1988 für Amerika ein Realwachstum von 2.9 und 3,1 Prozent voraus. Ein stärkeres Plus setze den raschen Abbau des US-Handelsdefizits voraus, hieß es.

Schlecht zeigte sich im übrigen davon überzeugt, daß „der Streit zwischen Washington und Bonn über die Ankurbelung der deutschen Konjunktur begraben ist". Er habe seine Gesprächspartner von der Nachhaltigkeit des Aufschwungs in der Bundesrepublik überzeugen können, sagte er in der US-Hauptstadt.

China erleichtert Investitionen des Auslands

dpa/VWD, **Peking**

Der chinesische Staatsrat hat mit sofortiger Wirkung Richtlinien zur Erleichterung der Investitionen in der Volksrepublik erlassen und Unternehmen mit ausländischer Beteiligung weitgehende Autonomie zugesichert. So wurden für Gemeinschaftsunternehmen und Tochterbetriebe ausländischer Firmen die Lohnkosten um 30 Prozent gesenkt und weitere Erleichterungen der Körperschafts- und Gewinnsteuern gewährt. Ins Ausland transferierte Gewinne unterliegen künftig nicht mehr der Körperschaftssteuer. Hauptnutznießer der Reform sind Investoren, die über Exporte die Handelsbilanz verbessern helfen. Als positiv werteten deutsche Wirtschaftsexperten gestern die Einbeziehung solcher Gemeinschaftsunternehmen, die bisher importierte Waren für den chinesischen Markt produzieren.

Die Lohnkosten dieser Betriebe lagen bisher zweieinhalb Mal höher als im Landesdurchschnitt. Sie werden jetzt durch die Befreiung der Unternehmen von zahlreichen Nebenkosten gesenkt. Den Betrieben wurde das alleinige Entscheidungsrecht über die Organisationsstruktur und das gesamte Personalsystem zugestanden. Westliche Diplomaten in Peking begrüßten das Bemühen um die Anpassung der Investitionsbedingungen in China an das Niveau in Südkorea, Taiwan und Singapur. Im ersten Halbjahr 1986 waren die ausländischen Investitionen in China erstmals um rund 20 Prozent auf 1,2 Milliarden Dollar gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gefallen.

AUF EIN WORT



„Eine zunehmende Zahl der Verbraucher ist bereit, den Umweltaspekt bei der Kaufentscheidung zu berücksichtigen. Dabei wird bereits vielfach selbst eine verminderte Wirkung hingenommen, wenn dadurch der Umweltschaden verringert wird."

Dr. Roland Hüttenrauch, Vorstand der Stiftung Warentest. FOTO: DPA

„Amtshilfe in Steuersachen nicht ändern"

HH, **Bonn**

Die Internationale Handelskammer (ICC) hält die Pläne der OECD und des Europarats zur Änderung der internationalen Amtshilfe in Steuersachen für „überflüssig und schädlich". Nach dem Konventionsentwurf beider Organisationen sollen künftig steuerliche Auskünfte nicht beim Steuerpflichtigen selbst, sondern zumeist bei dessen Geschäftspartnern im Ausland eingeholt werden. „Diese müssen folglich damit rechnen, daß im Rahmen des Auskunftsersuchens ihre Geschäftsräume durchsucht und ihre Geschäftspapiere beschlagnahmt werden", heißt es. Ein solches Vorgehen berge aber die Gefahr einer Kriminalisierung normaler und notwendiger internationaler Wirtschaftstätigkeit.

Die ICC kritisiert auch, daß die Behörden weder bei Einleitung noch bei Durchführung des Verfahrens verpflichtet werden sollen, dem Betroffenen rechtliches Gehör zu gewähren. Es bestehe auch kein ausreichender Geheimnisschutz bei der Weitergabe persönlicher und geschäftsbezogener Daten. Der Austausch könnte sich auch auf steuerlich nicht relevante Informationen erstrecken. Die ICC plädiert für ein Verständigungsverfahren, das die beteiligten Staaten zu einer die Doppelbesteuerung verhindernden Lösung zwinge.

Seit Jahren gäbe es zahlreiche Abkommen zur internationalen Amtshilfe in Steuersachen, die sich auch in der Praxis bewährt hätten. Die Wirtschaft sehe daher keine Notwendigkeit für eine Neuregelung.

Guter Wille?

Ha. (Brüssel) – Es ist nicht immer der geradeste Weg, der in der EG zum Erfolg führt. So wird der Vorstoß der Kommission zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs nur dann Erfolg haben, wenn den beiden neuen Mitgliedsländern eine besonders großzügige Übergangsfrist eingeräumt wird. Spanien und Portugal beharren auf ihren Beitrittsverträgen. Sie wollen sich diese Schonzeit nicht verkürzen lassen. Andererseits ist ihre Zustimmung zur geplanten Richtlinie erforderlich. Der Ministerrat bewegt sich also wieder einmal nach Art eines Geleitzuges.

Bei den heutigen Beratungen der Finanzminister könnte sich freilich herausstellen, daß andere Mitgliedsstaaten inzwischen Angst vor der eigenen Courage bekommen haben und Festlegungen scheuen, die auf die Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte hinauslaufen würden. Zwar ist auch in Frankreich und Italien die Bereitschaft gewachsen, Kapital- und Devisenbeschränkungen abzubauen. Erste praktische Entscheidungen deuten jedenfalls auf guten Willen hin. Solange aber die Befreiungen in eigener Zuständigkeit vorgenommen werden, können sie jederzeit wieder zurückgenommen werden. Eine nach dem Gemeinschaftsrecht beschlossene Liberalisierung setzt hingegen größere Disziplin voraus.

Aktienmuffel

cd. – Sicherlich hat die Deutsche Bank recht, wenn sie von besseren Grundbedingungen für eine stärkere Beteiligung der Aktie an der inländischen Vermögensbildung spricht und wenn sie es als Erfolg wertet, daß die Privathaushalte im letzten Jahr mit 3,5 Milliarden Mark einen Anteil von 2,7 Prozent ihrer neuen Geldvermögen in Aktien investierten, während es im Jahr zuvor nur 0,6 Prozent waren. Dennoch ist das Ergebnis mehr als bescheiden, wenn man es mit den Beträgen vergleicht, die 1985 auf Sparkonten (34 Milliarden), in Rentenwerten (21 Milliarden) und bei Versicherungen (41 Milliarden Mark) angelegt wurden. Auch wenn sich in diesem Jahr noch mehr Anleger für die Aktie begeistern sollten, wäre das im Vergleich zu anderen großen Industrieländern noch wenig. Die Deutschen sind eben Aktienmuffel.

Der Coup

Von WERNER NEITZEL

Das Signal der Deutschen Bank, vom kommenden Jahr an mit einer eigenen Tochter im Bauspargeschäft tätig werden zu wollen, hat die etablierte Bausparbranche überrascht. Mit einem solchen Schritt war offensichtlich nicht gerechnet worden. Vordergründig üben sich die Bausparinstitute in Gelassenheit, ja zeigen sogar eine gewisse Genugtuung. Begründet wird diese Haltung mit dem Hinweis, es bestätige sich, daß die Bedeutung des Bausparens eben doch größer sei als vielfach versucht worden sei, glaubhaft zu machen. Hatte es doch die Bausparkassen schon sehr in ihrem Selbstwertgefühl getroffen, als ihnen von der Bundesbank in Frankfurt attestiert wurde, das Bausparen habe an Reiz verloren.

Es war ein echter Coup: Die Absicht der Deutschen Bank, mit einer eigenen Tochter im Bauspargeschäft tätig zu werden, hat die Etablierten der Branche überrascht.

Von Bankenseite wurde diese These nur allzugern aufgegriffen. Vor allem die Großbanken, die sich mit großem Elan und Werbetrommel auf die Sparte der Baufinanzierung geworfen hatten, konnten denn auch auf steigende Marktanteile verweisen. Sie entfalteten eine bemerkenswerte Kreativität bei der Schaffung maßgeschneiderter Baufinanzierungsangebote, eine Betriebsamkeit, die auch andere Gruppen des Kreditgewerbes erfaßte. Auch die Versicherungswirtschaft entfaltete in der Baufinanzierung starke Aktivitäten, zählt doch nicht zuletzt auch eine ganze Anzahl privater Bausparkassen zu ihrem Bereich.

Begünstigt wurde das Vordringen der Banken auf angestammtes Bausparland von mehreren Seiten: Die Einschränkung in der staatlichen Bausparförderung machte für weite Teile der Bevölkerung die Geldanlage auf dem Bausparkonto weniger attraktiv. Andere Anlageformen rückten stärker ins Blickfeld. Andererseits trug gerade in letzter Zeit der gesunkene Kapitalmarktzins dazu bei, daß die in Konkurrenz zum Bauspardarlehen offerierten Finanzierungsmodelle auf gesteigerte Resonanz stießen. Überdies hat wohl auch der Schritt zum Angebot eines umfassenden Programms an Finanzdienstleistungen, wie es auf Bausparkassenseite Wüstenrot präsentiert, im Bankenlager entsprechende Überlegungen eher beflügelt.

Fest steht, daß der Vorstoß der Deutschen Bank in das Bauspargeschäft den Wind des Wettbewerbs auf jenem Markt, der ohnehin kräftig bläst, noch weiter anfachen wird. Denn längst vorbei sind die Zeiten, in denen sich die Bausparinstitute üppiger Zuwachsraten erfreuen konnten. Abflachung und Umbruchphase am Wohnungsmarkt hinterließen im Bereich des Bausparens Spuren. So verliert die Neubaufinanzierung an Gewicht. Nach vorn rücken der Gebrauchtwohnungskauf und vor allem Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, die zu finanzieren sind.

Mit Blick auf das Neugeschäft, das sich aus der Flaute befreite, können die Bausparkassenmanager sicherlich zufrieden sein. Im bisherigen Verlauf dieses Jahres tendieren die Zahlen jedenfalls deutlich auf Zuwachs. Wenngleich die Qualität eines Bausparjahrgangs sich erst in den letzten Wochen vor Jahresschluß ausprägt, dürfte in diesem Punkt das gute Klima wohl weiter anhalten.

Die positiven konjunkturellen Rahmenbedingungen haben also so gesehen ihre Wirkung gezeigt. Auch geht die Bausparbranche davon aus, mit Innovationen und Kreationen in puncto Tarifangebot und Verbundfinanzierung dem Geschäft selbst wichtige Impulse gegeben zu haben.

Im Zeichen einer angestrebten Strukturverbesserung in ihrer Bausparklientel, in der dem längerfristigen Aspekt dieser Zwecksparform wieder mehr Augenmerk geschenkt werden soll, sehen sich die Institute einigermaßen erfolgreich im Umwerben junger Bausparinteressenten.

Dies kann jedoch nicht den Kummer verdecken, den die Branche mit dem Spargeldeingang hat. Seit Beginn der achtziger Jahre geht es hier mehr rückwärts als vorwärts. Da dem System kollektiven Bausparens entsprechend praktisch nur soviel Verträge – in der Reihenfolge gemessen am Anspargrad und der Sparzeit – zugeteilt und mit Bauspardarleben bedient werden können, wie Geld in Form von Sparleistungen, Zinsen, Wohnungsbauprämien und Tilgungsbeiträgen in den Zuteilungstopf fließt, verlängerten sich die Wartefristen in den letzten Jahren zum Teil beträchtlich.

So liegt es nahe, daß die Kassen über einen hier denkbaren Anfangsvorteil für den Bauspar-Newcomer besorgt sind. Denn er könnte, wenn ihm das Aufsichtsamt nicht entsprechende Bremsen anlegte, zumindest in der Anfangszeit mit kürzeren Fristen brillieren. Beunruhigend ist für die Etablierten der Bausparbranche auch die Aussicht, daß ihr der Bankriese aus Frankfurt Fachpersonal abwerben könnte. Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Turbulenz am Markt ankommt.

Radioaktiven Müll gemeinsam beseitigen

HH. Bonn

Die Schweiz und die USA erforschen künftig gemeinsam die Sicherheit von Endlagern für radioaktive Abfälle. Die Schweizer „Nationale Genossenschaft für die Lagerung Radioaktiver Abfälle" (Nagra) hat mit der amerikanischen Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen (Nuclear Regulatory Commission) hierüber ein Abkommen unterzeichnet.

Der Schweizer Beitrag besteht vor allem in Untersuchungen im unterirdischen Felslabor der Nagra und in Bohrungen in der Nordschweiz. Auch ein Personalaustausch ist geplant. Damit arbeite die Nagra in den USA nicht nur mit ihrer dortigen Schwesterorganisation, sondern auch mit deren Aufsichtsbehörde zusammen.

Die USA hätten bereits über eine Mill. Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle in oberflächennahen Endlagern beseitigt, von denen gegenwärtig drei in Betrieb seien. Ein erstes unterirdisches Endlager für hochradioaktive Abfälle soll nach den gegenwärtigen Plänen bis 1998 fertiggestellt sein. Bereits im Mai hatte das US-Energieministerium den Bau von Sondierschächten an drei möglichen Standorten für ein solches Lager genehmigt. Jeder der drei Schächte wird voraussichtlich rund 1 Mrd. Dollar kosten.

Japans Banken drängen ins lukrative Auslandsgeschäft

Im Inland ist die Kreditnachfrage gering – Regierung in Tokio versucht, die Risiken in Übersee einzugrenzen

FRED de LA TROBE, Tokio

Die japanischen Banken sind unter die größten und risikofreudigsten der Welt aufgerückt. Im vergangenen Jahr überholten sie die amerikanischen Banken und eroberten den ersten Platz unter den bedeutendsten Geldgebern der Welt. Sie gewährten ausländischen Schuldnern 1985 mittel- und langfristige Kredite von 58 Mrd. Dollar oder 64 Prozent mehr als im vorausgehenden Jahr.

Zahlreiche japanische Banken sind erst seit Anfang der achtziger Jahre im Auslandsgeschäft aktiv, als die Regierung in Tokio die Kontrollen über den Kapitalstrom nach Übersee lockerte. Seither haben die Kreditinstitute Nippons stark aufgeholt, sie halten heute einen Anteil von einem Viertel am Bankenmarkt der westlichen Welt. Sie haben auch ungefähr ein Viertel ihrer Kredite an ausländische Schuldner vergeben.

Das Gerangel um neue Finanzmärkte geht nicht zuletzt auf die höheren Refinanzierungskosten der Banken zurück. Mit der zunehmenden Liberalisierung können sich die vormals vom Staat künstlich niedrig gehaltenen Zinssätze beim Wettbewerb um Depositen freier gestalten. Andererseits müssen die Banken bei der Kreditvergabe ihre Zinsen angesichts flauer Nachfrage niedrig halten. Dadurch haben sich die Gewinne der Kreditinstitute in der letzten Geschäftsperiode deutlich vermindert.

So sind die Gewinnmargen der Japaner im internationalen Vergleich ausgesprochen niedrig. Die Politik der Banken Nippons ist in Übersee wie im Inland auf die Ausweitung der Marktanteile, nicht aber auf Gewinnmaximierung ausgerichtet. Sie geben zu, daß sie beim Wettbewerb auf den Weltmärkten bereit sind, die Preise zu unterbieten. Doch betonen sie auch, daß ihr aus den Überschüssen der japanischen Handelsbilanz angewachsener Kapitalüberfluß zu einer solchen Handlungsweise herausfordert.

Günstige Zinsen für die Dritte Welt

Trotz der niedrigen Margen ist für die japanischen Banken das Auslandsgeschäft profitabler als die Transaktionen im Inland, wo infolge der großen Liquidität vieler Unternehmen die Nachfrage nach Krediten gering ist. Allerdings bringt die Kreditvergabe in Übersee auch hohe Risiken mit sich, da ungefähr die Hälfte der japanischen Darlehen an Länder der Dritten Welt gehen, für welche die Japaner besonders günstige Konditionen gewähren. So sind schon Zinsraten von 0,125 Prozent über den Bankkosten für den Erhalt von Euro-Yen für die ersten beiden Jahre zehnjähriger Kredite eingeräumt worden.

Für Ausländer nimmt sich in der Regel auch der relativ geringe Eigenkapitalanteil der japanischen Banken und die ungenügende Sicherung gegen uneintreibbare Schulden riskant aus. Tatsache ist jedoch, daß in den letzten Jahrzehnten kein namhaftes Kreditinstitut Japans in Konkurs gegangen ist, weil im Ernstfall die Regierung und die anderen Banken notleidenden Instituten zur Hilfe kamen.

Das japanische Finanzministerium hat dennoch seit Anfang September neue Bestimmungen erlassen, die vor übermäßigen Risiken schützen sollen. So sind Kapitalaufstockungen vorgeschrieben, wenn die Höhe der Ausleihungen an ausländische Kunden einen Höchstsatz überschreiten. Außerdem dürfen die Kredite an ein einzelnes Land einen Betrag, der 40 Prozent des Bankkapitals entspricht, nicht übersteigen.

Den Banken ist allerdings gestattet, 70 Prozent ihrer Reserven als Kapital zu berechnen. Unter Reserven wird in diesem Falle die Differenz zwischen dem Marktpreis und dem ursprünglichen Kaufpreis von Wertpapieren der Banken verstanden.

Die ausstehenden Beträge, die aus asiatischen Entwicklungsländern japanischen Banken geschuldet wurden, beliefen sich Ende 1985 auf 18,7 Mrd. Dollar. Für Thailand und Malaysia waren die Kreditinstitute Nippons vor anderen westlichen Banken die größten Kreditgeber. In Lateinamerika kamen die Schulden an japanische Banken zum gleichen Zeitpunkt auf 33 Mrd. Dollar.

Neue Beteiligung in Hongkong erworben

Der Vormarsch der Japaner auf den internationalen Finanzmärkten schließt auch den Kauf ausländischer Banken ein. Eine Reihe amerikanischer Kreditinstitute und eine schweizerische Bank kamen schon während der letzten Jahre in japanischen Besitz. Im vergangenen Monat erwarb die Dai-ichi Kangyo Bank die Chekiang First Bank in Hongkong. Das war der erste japanische Bankkauf in der britischen Kronkolonie.

Auch auf dem Eurobond-Markt in London sind die Japaner bei der Emission von Schuldverschreibungen großer Unternehmen der westlichen Industrieländer maßgeblich beteiligt. Die Regierung in Tokio hat ferner die Beschränkungen bei mittel- und langfristigen Euro-Yen-Krediten an Gebietsfremde im April 1985 aufgehoben. Dadurch sind die Auslandsfilialen japanischer Banken in der Lage, solche Kredite zu gewähren. (SAD)

Europäer verlieren an Boden

Japan und USA investieren kräftig in der Asean-Region

WILHELM HADLER, Brüssel

Die wirtschaftliche Präsenz Europas in Südostasien geht zurück. Europäische Firmen verlieren auf einem der dynamischsten Märkte deutlich Terrain zugunsten der Konkurrenz aus Nordamerika und Japan. Vor einem Jahr haben deshalb die Wirtschaftsminister der EG und der Asean-Gruppe (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand und Brunei) eine Expertengruppe beauftragt, sich über die Ursachen Gedanken zu machen. Ihr Bericht liegt jetzt vor und soll Anfang kommender Woche bei einer Ministerkonferenz in Djakarta erörtert werden.

Nach Angaben von EG-Kommissar Claude Cheysson (Frankreich) haben die Japaner 1984 in der Asean-Region 10,6 Mrd. Dollar investiert, die USA rund 10 Mrd. Dollar. Über die europäischen Investitionen gibt es nur unvollständige Zahlen: Die Briten engagierten sich mit rund 2,2 Mrd. Dollar, die deutsche Wirtschaft investierte nur rund 600 Mill. Dollar.

Auffallend ist nach den Worten Cheyssons besonders das europäische Defizit in Sektoren mit fortgeschrittener Technologie sowie in der Forschung und im Dienstleistungsbereich, daher sei die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß die steigende Gewöhnung der Asiaten an japanische und amerikanische Standards und Normen zunehmend auch zu einer Beeinträchtigung der europäischen Exporte führen werde. Die Arbeitsgruppe – neun Europäer und e[illegible] Vertreter der Asean – erklärt die geringe Investitionsbereitschaft vo[illegible] EG-Firmen vor allem damit, daß e[illegible] der Asean-Region noch nicht gelungen ist, zu einem einheitlichen Mark[illegible] zusammenzuwachsen. Nur zwei Prozent des zwischenstaatlichen Handel[illegible] genießen Zollpräferenzen.

Genehmigungen für Auslandsinvestitionen sind an unterschiedlich[illegible] Voraussetzungen gebunden und o[illegible] durch bürokratische Hürden er[illegible]schwert. In Indonesien sind zum Beispiel nicht weniger als 45 Behörden für Investitionen zuständig. Regel[illegible] über Eigentumsschutzpatente und Copyright sind vielfach nur schwach entwickelt. Deshalb empfiehlt die Expertengruppe vor allem eine Verstärkung und bessere Koordinierung de[illegible] Informationen der europäischen Unternehmen. Dies könne am leichtesten durch Zusammenarbeit der Handelskammern erreicht werden.

Die Kommission setzt sich auch für die Gründung von „gemischten Investitionskomitees" in jedem Asean-Staat ein. Sie sollen auf europäischer Seite aus Vertretern der Kammern, der Botschaften, der Mitgliedsstaaten, der Industrie und der Banken zusammengesetzt sein, während die Asean-Länder Beamte der zuständigen Ministerien und Investitionsgesellschaften entsenden könnten.

Rentenmarkt zeigt Schwäche

Trübe Stimmung – Kaum Hoffnungen auf Trendumkehr

Die Stimmung am Rentenmarkt ist recht trübe. Kein Wunder. Denn die meisten Profis sitzen auf hohen Beständen, die bei jeder Neuemission größer werden, und sie sehen nichts am Horizont, was den schwächeren Trend in absehbarer Zeit umkehren könnte. Auch die schwache Hoffnung, daß von den USA Impulse kommen, schwindet, seit die Amerikaner selbst an der positiven Wirkung einer Diskontsenkung auf ihren Markt zweifeln. Mit Bangen blickt der Handel den Anleihen Baden-Württembergs, Nordrhein-Westfalens und Hamburgs entgegen, die Flops werden, wenn sich Emittenten und Emissionsbanken nicht endlich dazu entschließen, wirklich marktgerechte Konditionen zu wählen. (cd.)

Emissionen	10.10. 86	3.10. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,48	5,45	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,89	5,88	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,47	5,59	5,89	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	5,97	5,95	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,61	5,59	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,21	5,20	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,28	6,28	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,60	5,60	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,45	6,44	6,82	7,20	8,08

Auslandsmärkte bereiten Sorgen

Die Produktion der Zweiradteile-Industrie stagniert

Py. Düsseldorf

Die Währungsverschiebungen zulasten des deutschen Exports und zugunsten der Einfuhren haben die Wettbewerbssituation der deutschen Zweiradteile-Industrie auf der Preisseite verschärft. Die Branche, die mit 80 Prozent ihres Produktionsvolumens auf die bei 12 Millionen liegende Fahrradfertigung in Europa ausgerichtet ist, stellt dies mit einem Exportanteil von nahezu 50 Prozent ihres 1985 bei 558 Mill. DM stagnierenden Produktionswertes unter Beweis. Rund 60 Prozent des Exports gingen in die EG-Länder, darunter vor allem in die Niederlande, Österreich und Großbritannien.

Während die Zweiradteile-Ausfuhr 1985 um 1,1 Prozent zulegte, war das Importwachstum mit 0,5 Prozent auf 370 Mill. DM nur halb so groß. Dies drückt nach Ansicht des Fachverbands Fahrrad- und Kraftradteile-Industrie neben Struktureffekten wie dem Wegfall des BMX-Rädermarktes vornehmlich die rezessiven Tendenzen in weiten Teilen des Fahrradmarktes der Bundesrepublik aus.

Mengen- und Marktanteilsverluste insbesondere von Billiganbietern schlagen sich offensichtlich in der Konsolidierung des Einfuhrvolumens nieder. Dennoch: bei einer Inlandsversorgung von rund 650 Mill. DM liegt der Anteil der Einfuhren bei 57 Prozent.

Aus dieser Entwicklung wird auch deutlich, daß die deutschen Hersteller nur durch den Export ihr Produktionsvolumen halten konnten. Auf der anderen Seite ist die deutsche Fahrradindustrie entscheidend vom Ausland abhängig. Durch die Mengenoffensive der deutschen Fahrradhersteller, im letzten Jahr wurden 1,1 Mill. Fahrräder exportiert, gefährden sie nun zunehmend die Auslandsmärkte der deutschen Teileproduzenten. Längst hat sich die wirtschaftliche Bedeutung der Branche reduziert. Sie beschäftigt nur noch 400[illegible] Menschen.

Pharmaindustrie beunruhigt

Preisvergleichsliste mit zahlreichen Fehlern behaftet

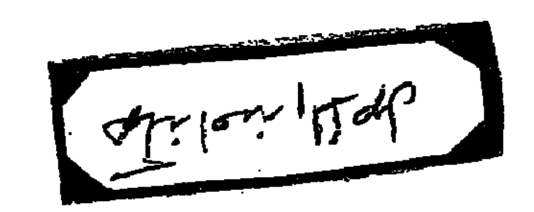
THOMAS LINKE, Bonn

Die Pharmabranche ist in Unruhe geraten. „Es stehen den Unternehmen – insbesondere denen, die auf den deutschen Markt angewiesen sind – in nächster Zeit einige einschneidende Veränderungen bevor", erklärte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI), Hans Rüdiger Vogel. Größtes Ärgernis für die Pharmabranche bleibt die am 23. September vom Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen verabschiedete Preisvergleichsliste. „Die mit zahlreichen Fehlern und Ungereimtheiten belastete Liste ist für die Hersteller in dieser Form völlig unannehmbar", meinte Vogel. Er kritisierte den unzumutbaren Zeitdruck, der die Firmen in unnötiger Weise provoziere und juristische Auseinandersetzungen geradezu herausfordere. Die Herausgeber der Liste hätten sich damit selbst Stolpersteine in den Weg gelegt.

Vogel wirft dem Ausschuß zum Teil „fahrlässige" Arbeit vor. So seien völlig identische Medikamente in verschiedenen Gruppen eingeordnet worden. Oder es würden Produkte in der Liste geführt, die überhaupt nicht lieferbar seien. Auch die vom Arbeitsministerium geforderte Kostendämpfung werde durch die Liste nicht erreicht. In der Gruppe A – diese Medikamente sollen die Ärzte verstärkt verschreiben – stünden auch sehr teure Produkte.

Die Pharmaindustrie hat laut BPI von sich aus ihren Teil zur Kostendämpfung getan: Die Arzneimittelpreise seien seit März nicht mehr gestiegen. Damit greife der Appell des Verbandes an seine rund 500 Mitgliedsfirmen, ihre Preise für die Dauer von zwei Jahren nach Möglichkeit einzufrieren und auf diese Weise zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beizutragen.

Problematisch gestalte sich das seit Jahren verläßlichste Zugpferd der Arzneimittelpropduktion: „Der Export lahmt", betont der BPI. So gingen die Pharma-Ausfuhren von Januar bis Juli 1986 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 1,3 Prozent auf 5,8 Mrd. DM zurück. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr Pharmazeutika im Wert von 10,2 Mrd. DM hergestellt. Das sind 2,3 Prozent weniger als in den ersten sechs Monaten 1985. Doch die Problempalette der Pharmaindustrie hat, so Vogel, noch andere Aspekte: Bis zum Ende des Jahrzehnts müssen zahlreiche Nachzulassungen für Medikamente beim Bundesgesundheitsamt vorliegen. Diese Hürde werde für viele Hersteller zu hoch sein.



Bessere Chancen für Aktien

Vermögenseinkommen stützen die private Ersparnis

cd. Frankfurt

Deutlich verbessert haben sich nach Einschätzung der Deutschen Bank die Grundbedingungen für eine stärkere Beteiligung der Aktie an der inländischen Vermögensbildung. Die private Ersparnis wird zunehmend durch Vermögenseinkommen abgestützt, die, so die Bank in ihrer Analyse „Aktienmarkt aktuell" der Wertpapieranlage näherstehen als die Arbeitseinkommen.

Die von 1980 bis 1985 um 40 Prozent auf 105 Mrd. DM gestiegenen Erträge aus privaten Geldvermögen machten im letzten Jahr immerhin neun Prozent der verfügbaren Einkommen aus nach 7,5 Prozent 1980; für 1986 werden allein die Dividenden der börsennotierten Gesellschaften auf knapp 13 (Vorjahr 11) Mrd. DM veranschlagt. Das ist nach Meinung der Deutschen Bank ein Grund dafür, daß die privaten Haushalte im letzten Jahr mit knapp 3,5 Mrd. DM 2,7 Prozent ihrer neuen Geldvermögen in Aktien anlegten, nachdem sie ihre Aktienbestände in den Jahren 1979 bis 1981 per saldo abgebaut hatten.

Eine der Ursachen für den Terraingewinn der Aktie sieht die Deutsche Bank in der verringerten Attraktivität von Alternativanlagen, zum Beispiel am Immobilienmarkt. Auch das erhöhte deutsche Engagement an ausländischen Aktienmärkten wertet sie als Ausdruck des gestiegenen Interesses an Aktien. Vom Herbst 1982 bis Mitte dieses Jahres waren das immerhin 13,5 Mrd. DM. Ausländer haben freilich in dieser Zeit fast doppelt soviel deutsche Aktien gekauft, nämlich für 26,1 Mrd. DM, mehr als in der gleichen Zeit an Neuemissionen an den Markt kam (25,6 Mrd. DM).

Als beachtliche Stütze des Aktienmarktes betrachtet die Deutsche Bank inzwischen auch die Spezialfonds, die ihren Anteil am Vermögen aller Wertpapierfonds (110 Mrd. DM) seit 1973 von 15 auf 48 Prozent hochgeschraubt haben. Sie waren zur Jahresmitte mit 15,9 Mrd. DM in deutschen Aktien investiert, die Publikumsfonds nur mit 8,8 Mrd.

Eine weitere Säule des Aktienmarktes ist das wachsende Engagement der Assekuranz. Allein die Lebensversicherer legten in der ersten Hälfte dieses Jahres von ihren 28,8 (23,3) Mrd. DM Neuanlagen 1,6 (1,0) Mrd. DM in Aktien und 2,2 (1,3) Mrd. DM in Investmentanteilen an, rund zwei Drittel mehr als vor einem Jahr.

Rückkehr zum alten Ertrag

Müller's Mühle erntet den Rationalisierungserfolg

J. G. Düsseldorf

Im ersten Halbjahr 1986 sei das Betriebsergebnis – im vollen Vorjahr auf 8 (7,5) Mill. DM verbessert – fast doppelt so hoch wie vor Jahresfrist ausgefallen. Für das volle Jahr erwarte man einen Gewinn, der in etwa dem Durchschnitt der Jahre vor 1985 entspreche. Die zu den führenden Anbietern von Diät-Reformkost und Hülsenfrüchten zählende Müller's Mühle Schneekoppe AG, Gelsenkirchen, unterstreicht so, daß sich die im zweiten Halbjahr 1985 vollzogene Verlagerung der Produktion von Grundnahrungsmitteln aus dem kostenungünstigen und stillgelegten Werk Mannheim (110 Arbeitsplätze) auf die größeren Betriebe in Gelsenkirchen und Hamburg bereits gelohnt hat.

Für 1985 zeigt die Familienfirma, an deren 11 Mill. DM Aktienkapital seit Mitte 1986 die Kampffmeyer Mühlen GmbH, Hamburg, zur Hälfte beteiligt ist, die Spuren des Rationalisierungskraftaktes vor allem mit Ausfall der schon für 1984 auf 7 (9) DM gekürzten Dividende. Der Jahresüberschuß ging auf 1,1 (2,8) Mill. DM oder nur noch 0,4 Prozent von 311 (312) Mill. Umsatz zurück; 1983 lag die Gewinnmarge noch bei 1,5 Prozent. Wesentlichster Grund: Der Aufwand für die beschleunigt um 93 (27) auf 697 Leute reduzierte Belegschaft erhöhte sich durch 2,2 Mill. DM Mannheimer Abfindungen noch auf 41,1 (39,8) Mill. DM oder 43,2 (42,3) Prozent des Rohertrages.

Größter, allerdings auch hart umkämpfter Markt der Firma ist die Diät/Reformkost (Schneekoppe) mit 130 (131) Mill. DM Umsatz. Hier wie bei Konserven (40 nach 46 Mill. DM) und Trockenware (141 nach 135 Mill. DM) konstatiert der Vorstand wachsenden Wettbewerbsdruck aus der Fusionspolitik des Handels.

Zudem stünden „niedrigpreisige Hülsenfrucht-Konserven" unter verstärktem Druck subventionierter Anbieter aus anderen EG-Ländern, so daß man hier notgedrungen auf Umsatz verzichtet habe.

BankAmerica erhält eine neue Führung

Schuldenkrise und Ölpreisverfall stürzten das zweitgrößte US-Geldinstitut in die Krise

H.-A. SIEBERT, Washington

Eine neue Führung soll die BankAmerica Corp. in San Francisco retten. Seinen Abschied nimmt der Präsident und Chief Executive Officer des zweitgrößten US-Geldinstituts, Samuel H. Armacost (47). Ihre Posten verlieren auch der Vorstandsvorsitzende Leland S. Prussia (57) und der Chef der BankAmerica-Tochter Seafirst Corp. in Seattle, Richard P. Cooley (62). Der Verwaltungsrat der Holdinggesellschaft war für Sonntag zu einer Sondersitzung einberufen.

Als Nachfolger wird am häufigsten A. W. („Tom") Clausen (63) genannt, der Ende Juni als Präsident der Weltbank in den Ruhestand trat. Er leitete bis Mitte 1981 die BankAmerica, die sich in den 70er Jahren unter seiner Führung an die Spitze der US-Großbanken gesetzt hatte. Sie wurde später von der New Yorker Citicorp überholt. Im Gespräch sind aber auch Cooley und Thomas A. Cooper (50), seit kurzem Präsident der Bank of America, der größten Tochter der Holding. Clausen wird, wie es heißt, von einflußreichen Geschäftsleuten gestützt. Sie schätzen Clausens Führungsstil der eisernen Hand und sein Auftreten als aggressiver Alleinherrscher – Qualitäten, die Armacost fehlten. In Kalifornien traut man Clausen zu, daß er die Glaubwürdigkeit des Unternehmens wiederherstellt und neues Kapital lockermacht.

In der Clausen-Aera, die 1970 begann, verdoppelte sich die Bilanzsumme der BankAmerica; zugleich explodierten aber auch die Ausleihungen nach Lateinamerika sowie die äußerst verwundbaren Energie-, Schiffbau-, Immobilien- und landwirtschaftlichen Kredite. Die Rezession in den USA, die Schuldenkrise und der Ölpreisverfall haben Armacost zu Fall gebracht.

Am 1. Dezember 1980 berufen, mußte der „Wunderknabe" Samuel Armacost schon im folgenden Quartal einen Rückgang des Reingewinns um 19, ein Jahr später um 31 Prozent vermelden. Im November 1984 verordnete der Comptroller of the Currency, die oberste Aufsichtsbehörde neben dem Federal Reserve Board, der BankAmerica Stabilisierungsmaßnahmen. Armacost reagierte mit Entlassungen, der Schließung von Filialen und dem Verkauf von Vermögenswerten wie dem Hauptquartier in San Francisco.

Geholfen hat es nicht: Im zweiten Quartal 1985 verlor BankAmerica 338 Mill. Dollar, erstmals seit 50 Jahren wurde im selben Jahr die Dividende gestrichen. Belastet wurde Armacost auch mit einer Strafe wegen Geldwaschens in Höhe von 4,75 Mill. Dollar. Für das Gesamtjahr 1985 wies die Bilanz dann einen Verlust von 337 Mill. Dollar aus. Im zweiten Quartal 1986 kamen noch einmal, obwohl Armacost Gewinne vorausgesagt hatte, 640 Mill. Dollar hinzu. Im Oktober unterbreitete die viel kleinere First Interstate Bancorp in Los Angeles ein Übernahmeangebot im Wert von 2,78 Mrd. Dollar.

Wochenschlußkurse

New York

	10.10.	3.10.
Adv. Micro Dev.	14,125	14,25
Aetna Life	56,75	56,875
Alcan Aluminium	30,75	31,375
Alcoa	36,375	36,625
Allied Signal	41	40
AMR Corp.	59,125	57,875
Amax	14,25	15,125
Am. Cyanamid	74,625	73,75
Am. Express	57,125	55,875
Am. Motors	3	3
Am. Tel. & Telegr	23,375	22,5
Amoco Corp.	66,875	67
Asarco	14,625	14,75
Atlantic Richfield	58,25	57,375
Avon Products	34	34
Bally	16,125	16,25
Bk. of America	14,875	11,25
Bethlehem Steel	7,125	7,5
Black & Decker	16,75	16
Boeing	57,875	53,5
Brunswick	27,75	29
Burroughs	70	70,625
Caterpillar	37,875	37,25
CBS	127,25	123,125
Celanese	206,5	208,75
Chase Manhattan	36,75	36,625
Chrysler	36,75	36,875
Citicorp	48,25	49
Clorox	48	45,75
Coca-Cola	35,875	34,5
Colgate	38,25	38,25
Commodore	7,75	7,625
Comwth. Edison	31,625	31,625
Comm. Satellite	30,25	30,875
Control Data	25	26,875
CPC Int.	67,25	68,125
Curtiss Wright	51,75	52,625
Deere	24,5	23,375
Delta Airlines	47,625	45,5
Digital Equipm.	90,875	92,25
Dow Chemical	54,125	54,75
Du Pont	80,625	79
Eastern Gas-Fuel	28,375	29,25
Eastman Kodak	56	55
Enron	45,75	45
Exxon	66,5	67,5
Firestone	25	24,375
Fluor	13,25	13
Ford	53,875	53,875
Foster Wheeler	11,5	11,5
Fruehauf	43,375	43,375
GAF Corp.	34,5	33,5
General Dynamics	73,5	72,25
General Electric	73,875	71,25
General Instr.	19	20
General Motors	67,125	68,375
Gen. T. & E.	54,875	56
Global Nat. Res.	5	4,875
Goodrich	41	38,5
Goodyear Tire	35,5	33,75
Grace	51,75	46,875
Halliburton	22,25	21,875
Heinz	47	39,75
Hewlett Packard	37,75	38,375
Homestake	28,375	28,75
Honeywell	67,5	70,125
IBM	123,875	130,625
Int. Tel. & Tel.	51,5	49,125
Int. Paper	67,125	68
Jim Walter	45	43,625
Litton Industries	75,625	75,25
Lockheed Corp.	43,375	44,25
Loew's Corp.	63,875	62,25
Lone Star	30	29,875
Louisiana Land	28,25	27,625
LTV Corp.	2,125	2,25
Mc Dermott	21,375	20,625
Mc Donnel Doug.	83,625	84,875
Merck & Co.	102,25	99,875
Merrill Lynch	38,125	36
Mesa Petroleum	3,5	3,375
Minnesota M.	102,25	100,25
Mobil Oil	38,125	37,625
Monsanto	68,75	69,375
Morgan J.P.	84,25	83,625
Nat. Semiconductor	9,5	9,5
Navistar Int. Corp.	7,25	7
NCR	45,375	47,5
Newmont	61,375	61,875
Owens Ill.	39,875	40,5
PanAm World	5,75	5,875
Pfizer	57,375	57,75
Philip Morris	70,125	67
Philips Petroleum	10,625	10,5
Pittston	11,75	11,5
Polaroid	67,5	64,5
Prime Computer	17,5	17,75
Procter & Gamble	71,125	68,75
Revlon	14,125	12
Reynolds Ind.	50,625	48,75
Rockwell Int.	38,625	39,75
Rorer Group	46,5	43,5
Salomon	39	39,875
Schlumberger	33,125	37,875
Sears, Roebuck	41,375	41,125
Singer	51,75	52,5
Stand. Oil Calif.	45,625	44,625
Storage Techn.	2,25	2,125
Tandy	33	33,5
Teledyne	312,5	312
Telex Corp.	57,125	58,875
Tesoro	8,75	8,25
Texaco	34,5	35,875
Texas Instrum.	112,25	110,5
Tosco	2,75	2,875
Turner Broadcast.	17,125	16,5
Trans World Corp.	30,75	25,875
Transamerica	34,375	33,375
Travelers	44,25	45,25
UAL	57,125	58,25
Uccel Corp	23,125	21,875
Union Carbide	20,875	20,875
Union Oil of Calif.	24	23,25
US Gypsum	40	41,125
USX Corp.	27,25	26,25
United Technologies	41,625	42,75
Walt Disney	40,875	40,625
Warner Comm.	23,625	22,25
Westinghouse El.	55,375	53,875
Weyerhaeuser	35,625	35,125
Whittaker	31,125	32,25
Woolworth	41,75	40
Wrigley	43,25	43,625
Xerox	53,75	51,625
Zenith Radio	20,625	20
Dow Jones Index	1793,17	1774,18
Stand. & Poor's	235,48	233,71

Toronto

	10.10.	3.10.
Abitibi-Price	25,5	23,75
Alcan Alu.	42,625	43,375
Bk. of Montreal	34,125	32,125
Bk. of Nova Scotia	16,125	15,25
Bell Cda Enterprises	36,75	37,25
Bluesky Oil	2,85	2,8
Bow Valley Ind.	11,5	11
Brenda Mines	-	9,13
Brunswick M & Sm.	13,5	13,5
Can. Imperial Bk.	19,375	18,5
Cdn. Pacific Ltd.	16,5	16,5
Cominco	13,625	13,5
Coseka Res.	0,92	0,9
Denison Mines	6,5	5,75
Dome Petroleum	1,2	0,96
Domtar	34,125	35,625
Falconbridge Ltd.	18,25	19
Great Lakes Forest	27	26
Gulf Canada	14,125	13,875
Gulfstream Res.	0,43	0,45
Hiram Walker Res.	38	37,875
Hudson Bay Mng. Sp	6,5	6,875
Husky Oil	9,375	9
Imperial Oil -A-	45,875	45
Inco	18,875	19,5
Inter City Gas Ltd.	15	14,375
Interprov. Pipeline	41,125	40,75
Kerr Addison	16	16,25
Lac Minerals	26,125	26,25
Moore Corp	28,25	29
Noranda Mines	19,75	20,375
Norcen Energy Res	14,75	14,5
Northgate Expl.	7	6,125
Northern Telecom.	39,75	40,125
Nova An Alberta 'A'	5,875	5,625
Nu West Group	0,37	0,33
Oakwood Petrol	–	2,35
Placer Development	31,875	32
Provigo Inc.	17,375	17,5
Ranger Oil	5,625	5,5
Revenue Properties	–	3
Rio Algom	22	21,375
Royal Bk. of Can.	34	32,25
Seagram	83,75	83,25
Shell Canada	23,5	22,875
Sherritt Gordon	6,25	6,25
Stelco -A-	21,5	21,25
TransCan. Pipelines	17,5	16,75
Verity Corp	2,66	2,7
Westcoast Transm.	13,25	13,125
Index: TSE 300	3034,00	2999,00

Tokio

	9.10.	4.10.
Alps	1950	1800
Bank of Tokyo	875	870
Banyu Pharma	950	937
Bridgestone Tire	668	665
Canon	1030	958
Daikin Kogyo	640	608
Daiwa House	1640	1590
Daiwa Sec.	1990	2020
Esai	1580	1650
Fuji Bank	1670	1690
Fuji Photo	3120	2870
Fuji Radio	2580	2420
Hitachi	1130	1090
Honda	1340	1240
Ikegai Iron	286	285
Isetan	1100	1060
Ito Yokado	4030	3680
Japan Air	8970	9000
Japan Met.	326	330
Japan Syn. Rubber	350	364
Jujo Paper	405	393
Kajima	1330	1370
Kansai Elec.P.	-	3270
Kao Soap	1580	1430
Kawasaki H	195	213
Kawasaki S	250	245
Kirin Brewery	1370	1380
Komatsu	509	485
Kubota Iron	395	410
Kyocera	3939	3720
Makita El.	1150	1130
Marui	2660	2600
Matsushita El. Ind.	1800	1740
Matsushita El. Wks.	1630	1610
Minolta Camera	695	645
Mitsubishi Corp.	1290	1280
Mitsubishi El.	558	555
Mitsubishi Estate	2520	2550
Mitsubishi Heavy I.	568	580
Mitsui Co Ltd	625	635
Mitsukoshi	1080	1120
Mitsumi El	1210	-
Nihon Cement	625	630
Nikko Sec.	1710	1800
Nippon Kokan	302	309
Nippon Oil	1160	1270
Nippon St.	201	199
Nippon Yusen	452	463
Nissan Motor	550	570
Nomura Sec.	3430	3440
Olympus	1030	995
Penta-Ocean	707	740
Pioneer	2190	1950
Renown	769	746
Ricoh	893	825
Sankyo	1760	1300
Seiyu Stores	1060	1100
Sekisui Pref	1570	1520
Sharp	952	915
Shiseido	1990	1790
Sony	3100	3060
Sumitomo Bank	2060	2040
Taisei Corp.	970	986
Taisho Marine	926	930
Takeda Chem	2130	2170
Teijin	679	703
Tokyo Elec.	1100	990
Tokyo Gas	1170	1060
Tokio Marine	1730	1720
Tokyo El. Power	8020	7300
Toray Ind.	627	645
Toshiba Elec.	757	755
Toto	1960	1940
Toyo Kogyo	375	365
Toyota Motor	1970	1940
Yamaichi	1710	1750
Yamanouchi	2960	3020
Yamaha	630	-
Yamazaki	1520	1520
Index	1469,61	1465,67

Airbus zeigt sich optimistisch

„Alle 100 Maschinen werden an Northwest verkauft"

THOMAS LINKE, Toulouse

„Wir sind sicher, daß wir alle 100 Maschinen des Typs A 320 an Northwest Airlines verkaufen werden." Mit diesen optimistischen Worten interpretierte Heribert Flosdorff, geschäftsführender Vizepräsident von Airbus Industrie, vor Journalisten den Vorvertrag mit der fünftgrößten amerikanischen Fluggesellschaft über die Lieferung von Maschinen des Typs Airbus A 320.

Skeptiker kritisierten den Kontrakt, weil Northwest nur zehn Maschinen fest bestellte und für 90 weitere volle Freiheit der Order erhielt. Die ersten zehn Maschinen sollen 1990 und 1991 geliefert werden. Die restlichen 90 können in Tranchen von 15 Stück abgerufen werden, wobei über die ersten Optionen noch vor der ersten Lieferung entschieden werden soll.

Diese Art von Verträgen ist nach Ansicht der Airbus-Spitze im heutigen Geschäft, in dem die Luftverkehrsgesellschaften weitgehend Druck auf die in hartem Konkurrenzkampf stehenden Produzenten ausüben können, absolut normal. Das Geschäft hat einen potentiellen Wert von bis zu 3,2 Mrd. Dollar. Über einen weiteren Verfall der amerikanischen Währung machen sich die Verantwortlichen in Toulouse keine Sorgen, da mit den Partnern ebenfalls in Dollar fakturiert wird.

Schwierigkeiten erwartet Flosdorff jedoch von der Lobby der amerikanischen Hersteller in Washington, die bereits mehrfach auf die nach ihrer Ansicht wettbewerbsverzerrenden Subventionen für den Airbus hingewiesen hatten. Die Tatsache, daß Northwest die Maschinen auf Leasing-Basis erwerben will, sieht man in Toulouse gelassen. Die Art der Finanzierung sei Sache des Carriers. Woher Airbus sein Geld bekomme, bleibe gleich. Seinen Optimismus bezieht Flosdorff vor allem aus der Tatsache, daß Northwest demnächst 160 Flugzeuge der Typen DC 9 und Boeing 727, die in Platzzahl und Reichweite dem A 320 in etwa entsprechen, ersetzen muß.

Die Endmontage des jüngsten Sprößlings des europäischen Konsortiums in den Toulouser Hallen ist so gut wie abgeschlossen. Die Farbe der Aufschrift „Erster A 320" ist bereits trocken und die Vorbereitungen für den Erstflug im nächsten März laufen auf vollen Touren. Bei den Partnern ist man über die „Nummer Eins" inzwischen längst hinaus: MBB in Hamburg arbeitet bereits an dem kombinierten Rumpfmittel- und -heckteil von Flugzeug Nr. 9.

PERSONALIEN

Herbert Henzel, früheres Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied der Dresdner Bank, feierte gestern seinen 80. Geburtstag.

Else Kompernaß, Vorstandsmitglied und Mitbegründerin der Hako AG, Dortmund, vollendete am 12. Oktober 1986 ihr 70. Lebensjahr.

Norbert Worm (56), Vorstandsmitglied der Hannover-Braunschweigischen Stromversorgungs-Aktiengesellschaft (HASTRA), Hannover, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1987 in den Vorstand der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Frankfurt, gewählt.

Helmut Heene (50), Gesellschafter und Geschäftsführer der Streit + Co., Regensburg, ist zum Präsidenten der IHK Regensburg gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Willy Lersch** (72).

Dr. **Peter von Möller** (51), geschäftsführender Gesellschafter der Möller Werke GmbH, Bielefeld, wurde zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld bestellt. Er ist Nachfolger von **Richard Dohse** (60)

ERGEBNISSE

K'lautern – Uerdingen	1:0	(0:0)
Bremen – Mannheim	4:2	(2:2)
Hamburg – Stuttgart	2:0	(2:0)
Nürnberg – Schalke	2:1	(2:0)
Köln – Dortmund	2:0	(2:0)
Düsseldorf – Berlin	3:1	(2:1)
Frankfurt – München	0:0	
Bochum – Leverkusen	2:1	(2:0)
M'gladbach – Homburg	5:0	(0:0)

DIE SPIELE

M'gladbach – Homburg 5:0 (0:0)

M'gladbach: Kamps – Bruns – Winkhold, Borowka – Krauss, Rahn, Drehsen, Bakalorz (74. Brandts), Lienen (82. Krisp), Frontzeck – Thiele. – **Homburg:** Scherer – Wojcicki – Ehrmanntraut, Geschlecht – Knoll, Mörsdorf, Dooley, Buncol, Beck – Kelsch, Freiler (65. Schäfer). – **Schiedsrichter:** Mierswa (Hänigsen). – **Tore:** 1:0 Lienen (52.), 2:0 Thiele (58.), 3:0 Rahn (64.), 4:0 Thiele (70.), 5:0 Rahn (87.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Borowka (2), Ehrmanntraut, Kelsch.

Köln – Dortmund 2:0 (2:0)

Köln: Schumacher – Steiner – Prestin, Geils – Lehnhoff, Häßler (73. Bein), Janßen, Olsen, Engels (85. Woodcock) – T. Allofs, K. Allofs. – **Dortmund:** de Beer – Pagelsdorf – Kutowski, Hupe – Lusch, Keser (46. Anderbrügge), Zorc, Storck (59. Dickel), Helmer – Simmes, Mill. – **Schiedsrichter:** : cheuerer (München). – **Tore:** 1:0 Engels (8., Foulelfmeter), 2:0 Engels. – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Prestin (2), Zorc (2).

Düsseldorf – Berlin 3:1 (2:1)

Düsseldorf: Schmadtke – Fach – Kremers (73. Thomas), Jakobs – Bockenfeld, Weikl, Kaiser, Dusend, Wojtowicz – Jensen (67. Preetz), Demandt. – **Berlin:** Gehrke – Haller – Brefort (46. Dinauer), Schmidt – Schüler, Flad, Hellmann, Gaedke, Bebensee (62. Clarke) – Riedle, Mattern. – **Schiedsrichter:** Zimmermann (Kiel). – **Tore:** 1:0 Jensen (1.), 1:1 Mattern (7.), 2:1 Jensen (28.), 3:1 Preetz (69.). – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Gaedke (2), Riedle, Dinauer, Schüler, Flad.

Frankfurt – München 0:0

Frankfurt: Gundelach – Berthold – Körbel, Kraaz – Sievers, Müller, Kraus, Sarroca (75. Friz), Binz – Mitchell, Smolarek. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Nachtweih, Pflügler (15. Willmer) – Flick, Dorfner, Matthäus, Mathy, Brehme (76. Winklhofer) – Wohlfarth, Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Zuschauer:** 58 000. – **Gelbe Karte:** Matthäus (4).

Bochum – Leverkusen 2:1 (2:0)

Bochum: Zumdick – Kempe (73. Heinemann) – Reekers, Kree – Woelk, Lameck, Benatelli (87. Wegmann), Oswald, Schulz – Nehl, Leifeld. – **Leverkusen:** Vollborn – Hörster – Hausmann (46. Zechel), Reinhardt – Hinterberger, Götz, Rolff, Schreier, Drews (73. Kohn) – Waas, Tscha. – **Schiedsrichter:** Matheis (Rodalben). – **Tore:** 1:0 Leifeld (17.), 2:0 Leifeld (32.), 2:1 Schreier (46., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 17 000. – **Gelbe Karte:** Götz.

Nürnberg – Schalke 2:1 (2:0)

Nürnberg: Köpke – Reuter – Grahammer (85. Güttler), Giske – T. Brunner, Schwabl, Lieberwirth, Philipkowski, Geyer – Andersen (31. Wilbois), Eckstein. – **Schalke:** Macak – Hannes – Roth, Kruse (55. Regenbogen) – Dierßen, Kleppinger, Opitz, Thon, Jakobs – Bistram (73. Grabosch), Täuber. – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 1:0 Philipkowski (18.), 2:0 Schwabl (41.), 2:1 Täuber (85.). – **Zuschauer:** 26 700. – **Gelbe Karten:** Hannes (3), Bistram.

K'lautern – Uerdingen 1:0 (0:0)

K'lautern: Ehrmann – Groh – Moser, Majewski, Hoos – Schupp, Wuttke, Spielberger (65. Wolf), Allievi – Hartmann (76. Roos), Trunk. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – F. Funkel, Thommessen – Dämgen (78. Kirchhoff), Bommer, Edvaldsson, Klinger, Buttgereit – Basten (60. Witeczek), Kuntz. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tor:** 1:0 Allievi (54.). – **Zuschauer:** 28 312. – **Gelbe Karten:** Moser (4), Spielberger, Trunk, Thommessen (3), Dämgen.

Bremen – Mannheim 4:2 (2:2)

Bremen: Burdenski – Sauer – Ruländer, Kutzop, Otten (70. Hanses) – Wolter, Schaaf, Votava, Meier (46. Hermann) – Ordenewitz, Burgsmüller. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Tsionanis, Dickgießer – Kohler, Heck, Schön, Neun (59. Trieb) – Bührer, Klotz, Walter. – **Schiedsrichter:** Puchalski (Duisburg). – **Tore:** 1:0 Burgsmüller (1.), 1:1 Bührer (14.), 1:2 Neun (40.), 2:2 Schaaf (43.), 3:2 Votava (74.), 4:2 Kutzop (88., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 18 713. – **Gelbe Karten:** Meier (4), Ordenewitz, Schön (2), Neun (2). – **Rote Karte:** Ruländer.

Hamburg – Stuttgart 2:0 (2:0)

Hamburg: Stein – Jakobs – Kaltz, Plessers, Homp (53. Hinz) – Jusufi, Kroth, von Heesen – Okonski, Schmöller (75. Dittmer), Gründel. – **Stuttgart:** Immel – Beierlorzer (54. Bunk) – Schäfer, Buchwald – Hartmann, Zietsch, Müller (46. Nushöhr), Sigurvinsson, Schröder – Klinsmann, Merkle. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 von Heesen (28.), 2:0 Schmöller (31.). – **Zuschauer:** 35 000. – **Gelbe Karten:** Homp (2), Buchwald.

VORSCHAU

Freitag, 17. 10., 19.30 Uhr:
Leverkusen – Frankfurt (2:0)
Freitag, 17. 10., 20 Uhr:
Dortmund – Nürnberg (1:4)
Samstag, 18. 10., 15 Uhr:
Homburg – Bremen (–:–)
Samstag, 18. 10., 15.30 Uhr:
Mannheim – Bochum (4:1)
Düsseldorf – Köln (1:3)
Schalke – Hamburg (1:0)
Stuttgart – K'lautern (2:0)
Uerdingen – M'gladbach (1:1)
Berlin – München (–:–)
In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

FUSSBALL / Abstieg wurde prophezeit, aber Bochum weit oben – Auch Frankfurt konnte den Meister nicht stürzen

Angst vor Konkurrenz: Leifelds Vertrag schnell verlängert

BERND WEBER, **Bochum**

Rund 3,6 Millionen Mark Schulden, die der VfL Bochum trotz aller Notverkäufe in den vergangenen Jahren immer noch hat – zuletzt wurde Torschützen Stefan Kuntz für 1,3 Millionen an Bayer Uerdingen abgegeben –, drücken zuweilen zwar kräftig aufs Gemüt und schränken die Möglichkeiten ganz erheblich ein. Aber so sehr auch wieder nicht, als daß der Ruhrgebiets-Verein nicht innerhalb von nur zwei Tagen gleich zweimal Nägel mit Köpfen gemacht hätte.

Vor dem strahlenden 2:1-Sieg über Bayer Leverkusen verlängerten die Bochumer noch schnell den Vertrag mit ihrem Torhüter Ralf Zumdick um zwei Jahre, mit anschließender einjähriger Option, weil Reviernachbar Schalke 04 ziemlich unverholen Interesse an dem Schlußmann gezeigt hatte. Heute morgen um 9 Uhr wird ein weiterer VfL-Spieler seine Unterschrift unter einen neuen Zweijahresvertrag, ebenfalls mit einjähriger Option, setzen: Der 20jährige Stürmer Uwe Leifeld.

Am Samstag schoß und spielte sich der junge Mann, den der VfL im vergangenen Jahr für bescheidene 30 000 Mark vom westfälischen Amateuroberligaklub Preußen Münster erworben hatte, so sehr in den Vordergrund, daß er anschließend von seinem Trainer Hermann Gerland, und auch von dessen Leverkusener Kollegen Erich Ribbeck als Matchwinner gelobt wurde. Der Sportinformations-Dienst (sid) ernannte den gelernten Bäcker zum Spieler des Tages. Da wird die Bundesliga-Konkurrenz natürlich hellhörig, und weil die Bochumer befürchten mußten, daß der Ex-Münsteraner Zielobjekt finanzkräftigerer Klubs werden könnte, handelten sie noch einmal schnell. Leifeld selbst sagt: „Ich fühle mich dermaßen wohl beim VfL, daß ich wirklich nicht lange dazu überredet werden mußte, zu verlängern." Freilich, Spaß ist Spaß, aber Geschäft bleibt Geschäft, man kann wohl davon ausgehen, daß Präsident Ottokar Wüst das bisherige 70 000 Marks-Jahresgehalt erheblich angehoben hat.

Gegen Leverkusen, bei seinem 35. Bundesligaauftritt, hat Leifeld seine bisher mit Abstand beste Leistung geboten. „Aber", das schränkte er in einem Gespräch mit der WELT ein, „so groß, wie mich alle gemacht haben, war ich nun auch wieder nicht. Vor allem, ich habe nicht – wie von den Medien absolut übereinstimmend berichtet wurde, zwei Tore gegen Bayer geschossen, sondern nur eins. Beim 1:0 nach einer Flanke von Lothar Woelk habe ich zwar den Versuch gemacht, den Ball mit einem langen Spreizschritt über die Linie zu drücken. Wahr ist, daß ich ihn gar nicht berührt habe. Er ist ohne mein Zutun vom Innenpfosten ins Netz geflogen." Das hatten nicht einmal Fernsehzeitlupen belegen können, insofern ist die Ehrlichkeit des Bochumers schon erstaunlich.

Die Begründung aber, die Leifeld für sie liefert, dokumentiert eine gehörige Portion gestiegenen Selbstbewußtseins. Originalton Leifelds: „Der Treffer gegen Leverkusen war mein vierter in dieser Saison, das ist bereits doppelt so viel wie ich in der vergangenen Meisterschaftsserie geschafft habe. Ganz sicher werde ich noch so viele Tore schießen, daß ich es nicht *nötig habe, mir Federn an den Hut zu* stecken, die mir nicht gehören."

Richtig ist auf jeden Fall, daß sich der 20jährige enorm verbessert hat. Bei seinem „richtigen Tor" (Leifeld) gegen Bayer, beim 2:0, haben es die 18 000 Zuschauer im Ruhrstadion gesehen und entsprechend begeistert gefeiert. Mit wuchtigem Antritt ließ Leifeld immerhin so gestandene Abwehrspieler wie Alois Reinhard und den neuen Nationalmannschafts-Libero Thomas Hörster völlig stehen und knallte den Ball aus gut zwölf Metern Entfernung ins Netz. „Das habe ich von Klaus Fischer gelernt", behauptet der glückliche Schütze. Der ehemalige Schalker und Kölner Nationalmannschaftsstürmer sei sein großes Vorbild gewesen. Nicht nur im Spiel, auch bei jedem Training in Bochum habe er sich dessen Tricks abgeguckt.

Als Fischer noch für den VfL spielte, kam der kantige Westfale erst zum Einsatz, wenn sein Vorbild mit den Kräften am Ende war oder wenn Stefan Kuntz mal Landehemmung hatte. Heute muß Leifeld die Hauptlast im Antriff tragen. „Es belastet mich nicht", gibt er indes locker von sich, „ich bin schon zu meinen Amateurzeiten durch eine harte Schule gegangen."

Und daran erinnert sich der frühere Münsteraner besonders gerne: „Als wir mit Preußen gegen die VfL-Amateure gespielt haben, war unser heutiger Trainer Hermann Gerland mein direkter Gegenspieler. Den habe ich so über den Platz gehetzt, daß er fast wütend wurde. Und dann habe ich auch noch ein Tor gegen ihn gemacht."

Es spricht für Gerlands Weitsicht, daß er seinen Frust darüber ziemlich schnell in den Griff bekommen und seinen damaligen Chef Rolf Schafstall dringend empfohlen hat, Leifeld nach Bochum zu holen. Der Tip ist, wie *man* sieht, auf fruchtbaren Boden gefallen. Am Samstag nach dem Sieg hat die gesamte VfL-Mannschaft in ihrer Vereinsgaststätte Haus Frein richtig einen drauf gemacht. Bis in die frühen Morgenstunden dauerte die zünftige Fete. Nur Leifeld hat sich früh aus dem Staub gemacht. „Ich war zu kaputt, um noch feiern zu können", gestand der Stürmer der vorher im Stadion so gefeiert wurde wie nie zuvor.

● Hart zur Sache ging es im torlosen Spiel zwischen Eintracht Frankfurt und Bayern München. Hier (Foto) verhilft Münchens Mittelfeldspieler Lothar Matthäus dem Frankfurter Josef Sarroca zu einem spektakulären Sturzflug. Trotz der rauhen Gangart dieser Begegnung verloren die selbstbewußten Bayern nie ihr Ziel aus den Augen, was Leverkusens Trainer Erich Ribbeck so beschreibt: „Wenn die Münchner auswärts einen Punkt holen wollen, schaffen sie das auch. Das unterscheidet sie von allen anderen Mannschaften." – In Frankfurt sprach die WELT mit Franz Beckenbauer, dem Teamchef der Nationalelf, über das Länderspiel am Mittwoch gegen Spanien. Nach den Absagen von Klaus Allofs (Köln) und Rudi Völler (Bremen) muß Beckenbauer einen neuen Sturm bilden. Noch ist nicht klar, wer neben Herbert Waas stürmt.

Getretene Bayern gehen zum Gegenangriff über – Andreas Brehme: „In Zukunft treten wir auch"

ULFERT SCHRÖDER, **Frankfurt**

Nicht immer müssen Tore sein, um den Nachmittag im Stadion zum orgiastischen Erlebnis zu machen. Auch ein 0:0 kann ungeahnte Reize haben. Nehmen wir den Hit des Wochenendes, Eintracht Frankfurt gegen die Bayern. Selten so viele zufriedene Gesichter gesehen.

Wolfgang Knispel, Frankfurts Schatzmeister, befand sich sogar schon vor dem Anpfiff in total glücklichem Zustand, weil 59 000 Menschen das Stadion und die Kasse bis zum Rande füllten. Knispel wurde von seinem Freund vorsichtig auf seinen Platz geleitet. Und den 59 000 wurde geboten, was zu Zeiten von „Rambo" und „Rocky" Sache ist: Action, harte Knochen. Linke Kniffe und auch ein paar Tropfen Blut.

Die Teams auf dem Rasen waren am Ende auch zufrieden, weil keiner verloren hatte und die Liebhaber von Lamento hatten ebenfalls einen erfüllten Nachmittag. Denn gemotzt und gebri llt, beschimpft und beleidigt wurde wie auf dem allerletzten Hinterhof. Opfer hatte das Spektakel allerdings auch und die schauten trübe drein, denn auf ihre Kosten hatten die andern ja ihr Vergnügen.

Erstes Opfer: Hansi Pflügler. Ihn trat der Frankfurter Sarroca so unglücklich gegen die Innenseite des linken Fußes, daß dort die Haut in sechs Zentimeter Länge aufplatzte und mit vier Stichen genäht werden mußte. Pflügler flog am Sonntag wohl zur Nationalelf nach Hannover, doch es scheint sehr fraglich, ob er am Mittwoch gegen Spanien sein erstes Länderspiel bestreiten kann.

Zweites Opfer: Andreas Brehme. Er war schon mit dem Anflug einer Muskelzerrung im Oberschenkel ins Spiel gegangen, litt darunter und wurde am Ende auch noch dort gegen das Bein getreten, wo die Reste seiner alten Verletzung immer noch schmerzen.

Drittes Opfer: Lothar Matthäus. Ihn titulierten die Zuschauer in der Kurve, wenn er die Eckstöße ausführte, mit jenem bekannten und bei gewissen Leuten sehr beliebten Wort, das mit einem großen A anfängt und mit einem Loch aufhört. Matthäus revanchierte sich, indem er mit der linken Hand, die Fläche nach oben, eine Bewegung machte, als wolle er ein Gewicht anheben. „Aber den Mittelfinger", darauf bestand er, „habe ich dabei nicht ausgestreckt." Dennoch, Schiedsrichter Neuner zeigte ihm Gelb, und nun wird Lothar am nächsten Samstag auf der Tribüne Platz nehmen müssen.

Pflügler trug sein Geschick recht gelassen, sprach mit traurigen Augen zwar von seiner Enttäuschung, empfand sein Pech allerdings eher als Betriebsunfall denn als Rohheit des Kollegen Sarroca. Matthäus und Brehme hingegen erweckten den Eindruck, als seien sie soeben einem Gemetzel entkommen.

Die Frankfurter hätten „getreten", schimpfte Matthäus, „immer und überall hätten sie ‚lange Beine gemacht' und drübergehalten" und so gehe das nicht. „Alle sind heiß auf uns", sagte Brehme und die Treterei würden sie sich nun nicht mehr bieten lassen. „In Zukunft treten wir auch."

Die beiden kannten noch nicht die allgemeine Sprachregelung, die Manager Uli Hoeneß nun, für die neuerliche Jagd auf seine Mannschaft, für angeraten hält. „Jeder, der oben steht, bekommt die Härte des Gegners zu spüren", sagte Hoeneß, „damit müssen wir leben." Reinhold Mathy schien als einer der ersten zu ahnen, wie es der Chef gerne hätte, denn er teilte lächelnd mit, daß „do nix mochen kannst, wenn's alleweil g'winnst. Sie gehn dir auf d'Knochen."

Vielleicht mag dieser Eindruck auch entstanden sein, weil Schiedsrichter Neuner endlich mal in der Bundesliga ein Spiel nach internationalen Gepflogenheiten pfiff, wozu die meisten seiner Kollegen nicht in der Lage sind. Neuner jedenfalls hat das Gefühl für läßliche Fouls und böse Absicht, er legt die Regeln entsprechend dem Sinn des Spiels aus, und er ver ag sich in die Psyche der Profis zu versetzen. Selten wurde ein derart kniffliges Spiel so souverän und brillant geleitet. Wenn zwei technische Mannschaften aufeinandertreffen, meinte Neuner dazu, könne man „die Sache ruhig laufen lassen".

Daß am Ende beide Mannschaften in der Gewißheit, einen Erfolg errungen zu haben, vom Rasen gingen, rundet das Bild vom Nachmittag, der trotz Torlosigkeit als gelungen zu gelten hatte. Denn die Bayern hatten zwar in der ersten Hälfte drei vollfette Chancen vergeben, doch am Ende, „mit unserer Reserveabwehr", wie Lattek sagte (Willmer für Pflügler und Winkelhofer nach einjähriger Pause für Brehme), fühlten sie sich wie die Frankfurter auch als Gewinner.

Beckenbauer: „Latteks Blabla darf man nicht ernst nehmen"

ULFERT SCHRÖDER, **Frankfurt**

Seine „Kopenhagener Elf", des Teamchefs jüngstes Produkt aus Geschick und Glück, hat nicht lange überlebt. Nach dem 2:0 über die Dänen hat sie schon das nächste Länderspiel, die Partie mit den Spaniern am Mittwoch in Hannover, nicht mehr erreicht.

„Ich habe doch gleich gesagt, wir wollten nicht zu laut jubeln", sagt Franz Beckenbauer, „neue Teams, neue Stars leben heutzutage viel zu gefährlich."

WELT: Warum so pessimistisch. Sie müssen Rudi Völler ersetzen, aber ein Ausfall macht ja noch nicht die ganze Elf kaputt.

Beckenbauer: Falsch. Nach Völler fällt nun auch Klaus Allofs wegen einer Kapselverletzung im Knöchel aus. Und Olaf Thon hat in Ni rnberg mit einer dicken Bandage am Knie gespielt. Sein Einsatz ist auch sehr fraglich.

WELT: Sie waren in Nürnberg, haben Thon gesehen, wie beurteilen Sie seine Leistung?

Beckenbauer: Er hat nicht schlecht gespielt.

WELT: Und was sagen Sie von Ihren neuen Aufsteigern, den Leverkusenern? Die haben sich in Bochum nicht mit Ruhm bekleckert.

Beckenbauer: Richtig. Hannes Löhr war dort mein Beobachter. Hörster, so sagte er mir, habe Probleme gehabt. Rolff sei nicht sonderlich in Erscheinung getreten. Aber das tut er ja sehr selten. Und Waas muß es auch recht schwer gehabt haben.

WELT: Aber seine Chance kriegt er trotzdem?

Beckenbauer: Ich denke doch. Jetzt fällt mir ja gleich der ganze Standard-Sturm aus. Wir werden mit zwei ganz neuen Spitzen spielen. Mit Waas und Wohlfarth wahrscheinlich.

WELT: Aber wenn man Udo Lattek folgt, sind Länderspiele ohnehin nur „Beschäftigungstherapie" und allein dazu da, „Geld zu machen" für den DFB, und Ihre Arbeit hat keinen großen Nutzen, weil Sie „doch nur experimentieren". Was antworten Sie Lattek darauf?

Beckenbauer: Gar nichts. Da l a n man doch nu l chen. Ich denke, dieses Blabla darf man nicht so ernst nehmen.

WELT: Aber Lattek ist ein ebenso erfolgreicher wie angesehener Mann, die Nummer eins der Branche. Und der Wortführer.

Beckenbauer: Auch Udo Lattek hat schwache Momente. Außerdem weiß er nicht, was er will. Als kein Bayer in der Nationalelf war, wurde gemosert in München. Jetzt haben ein paar Spieler international den Anschluß geschafft, und nun ist es ihm auch nicht recht.

WELT: Und wenn er sagt, die Trainer-Treffen seien nutzlos, die Verbrüderungszenen dort unsinnig, jeder Trainer stehe allein?

Beckenbauer: Wenn er die Wahrheit sagt, ist das sein Problem.

WELT: Es scheint, als seien schlechte Zeiten für die Auswahlmannschaften des DFB angebrochen. Eintracht Frankfurts Beispiel, Andreas Möller nicht freizugeben, könnte Schule machen. Fürchten Sie um Ihre guten Arbeitsmöglichkeiten?

Beckenbauer: Natürlich ist das ein Dilemma. Die Klubs bezahlen die Spieler, aber der DFB hat auch ein verbrieftes Recht auf sie. Für mich ist diese Affäre Möller ein Beispiel schlechter Diplomatie. Ich begreife weder den DFB noch die Eintracht. Die beiden Parteien hätten sich viel früher an einen Tisch setzen müssen.

10. Spieltag: Schon der siebte Platzverweis

								Heim		Auswärts	
1.	München	10	6	4	0	21:9	16:4	14:6	9:1	7:3	7:3
2.	Hamburg	10	6	2	2	19:9	14:6	12:2	10:0	7:7	4:6
3.	Leverkusen	10	6	1	3	23:10	13:7	16:5	10:0	7:7	3:7
4.	Bremen	10	5	3	2	20:17	13:7	11:6	8:2	9:11	5:5
5.	Stuttgart	10	4	4	2	19:10	12:8	13:2	8:2	6:8	4:6
6.	K'lautern	10	4	4	2	17:11	12:8	10:5	8:2	7:6	4:6
7.	Uerdingen	10	4	3	3	15:13	11:9	10:8	7:3	5:5	4:6
8.	Bochum	10	3	5	2	15:14	11:9	9:4	8:2	6:10	3:7
9.	Schalke	10	5	1	4	20:21	11:9	12:7	8:2	8:14	3:7
10.	Dortmund	10	4	2	4	23:13	10:10	15:3	7:3	8:10	3:7
11.	Frankfurt	10	2	6	2	13:11	10:10	10:4	7:3	3:7	3:7
12.	Mannheim	10	3	3	4	16:19	9:11	10:6	8:2	6:13	1:9
13.	M'gladbach	10	2	4	4	15:16	8:12	9:7	5:5	6:9	3:7
14.	Köln	10	3	2	5	12:17	8:12	6:4	6:4	6:13	2:8
15.	Nürnberg	10	1	4	5	12:19	6:14	8:8	5:5	4:11	1:9
16.	Homburg	10	2	2	6	8:23	6:14	7:5	6:4	1:18	0:10
17.	Düsseldorf	10	2	1	7	11:29	5:15	9:9	5:5	2:20	0:10
18.	Berlin	10	1	3	6	10:28	5:15	7:12	4:6	3:16	1:9

● 221 725 Fans sahen die neun Begegnungen des 10. Spieltages. Ausverkauft war das Frankfurter Waldstadion. – In der Torschützenliste führt Karl-Heinz Bührer (Mannheim) mit sieben Treffern. Vier Spieler waren sechsmal erfolgreich: Mill, von Heesen, Wuttke, Waas. – Als siebter Spieler dieser Saison wurde Mathias Ruländer (Bremen) nach einer Tätlichkeit (Schlag ins Gesicht von Bührer) des Feldes verwiesen. Nur für das nächste Spiel gesperrt sind wegen der vierten Gelben Karte Lothar Matthäus (München), Norbert Meier (Bremen) und Hans-Werner Moser (Kaiserslautern).

Bernd Hoss – eine Wette und die Schelte für die Dummheit seiner Spieler

Von H. SCHIMMÖLLER

Vor der Saison verkündete er tapfer („Sie können ruhig über mich lachen, das haben andere auch schon getan") Platz zehn als Ziel für einen der mindestbemittelsten Aufsteiger, den die Bundesliga je sah. Jetzt steht er da, wo ihn die Lacher schon damals einordneten – am Tabellenende. Was macht ein Fußball-Trainer, dem solches widerfährt? **Bernd Hoss** (47) von Blau-Weiß Berlin bietet jedem Zweifler eine Wette bis zu 50 000 Mark an: „Wir steigen nicht ab, das ist ganz klar." Und jedem Spieler bescheinigt er Sekunden später „mangelnde geistige Beweglichkeit" und „im Grunde genommen Bundesliga-Untauglichkeit".

Nun ist Hoss kein Spieler („Für die 50 000 müßte ich erst mal auf die Bank und einen Kredit beantragen") und wohl auch kein stinknormaler Fußball-Trainer, nur so wird die Diskrepanz zwischen Angebot und Einschätzung wohl verständlich. Nach dem 1:3 bei Fortuna Düsseldorf beklagte Hoss öffentlich die „Dummheit" seiner Profis, zeigte sich „von den Leistungsträgern tief enttäuscht" und tat gerade so, als sei seine Pein dort auf der Bank noch fataler als der neue Tabellenplatz für den Klub: „In mir sieht es furchtbar aus."

Was Hoss nicht in den Kopf will ist dies: „Wir wußten, daß wir lernen mußten, in der ersten Bundesliga klarzukommen. Aber wenn auch nach zehn Spielen keiner gemerkt hat, daß die Bundesliga dumme Fehler nicht verzeiht, dann fehlt es doch im geistigen Bereich." Nur so sei zu erklären, daß man schon wieder nach nur wenigen Sekunden sich ein Tor eingefangen habe. Und weil er sich „nicht selbst belügen will", habe er nach diesem Spiel in Düsseldorf zum Rundumschlag ausgeholt.

*

Die Mannschaft, sagt Hoss, werde dieses Urteil verkraften: „Die Jungen brauchen das harte Wort eben *mal*. Sie wissen ja, *daß sie am Montag* wieder zum Training kommen dürfen und sich an meine Brust anlehnen können." Und er müsse eben sehen, wie er bis dahin die Schmerzen seines Bandscheibenvorfalls so weit kuriere, daß er dann standfest genug sei …

Wer Hoss so reden hört, muß glauben, daß er glaubt, es in Berlin *statt* mit Fußball-Profis wohl *eher* mit einer kleinen Rasselbande zu tun hat, die ohne den Papi nicht kann. „Ich finde es gut, daß der Trainer mal so deutlich darauf hingewiesen hat, woran es bei uns hapert", sagt **Dirk Schlegel** (25), einer von nur vier Berliner Profis, die vor der Saison nennenswerte Bundesliga-Erfahrung (36 Spiele für Leverkusen und Stuttgart) nachweisen konnte. Die anderen: Torhüter **Reinhard Mager** (33) 114 Spiele, **Horst Feilzer** (29) 102 Spiele und **Bodo Mattern** (28) 36 Spiele.

Für alle anderen und auch für den Klub, so Hoss, sei der Aufstieg aus dem Amateurlager bis ins Oberhaus „viel zu rasant" gewesen. Und das Defizit habe man auch nicht wettmachen können. Hoss: „Natürlich hätte ich auch gerne den **Wilfried Hannes** geholt oder den **Frank Mill** oder den **Hansi Müller**. Aber ich wußte doch stets schon im voraus, was die mir antworten würden: 'Sie glauben doch wohl nicht, daß ich beim Absteiger des nächsten Jahres unterschreiben werde?' Das ist nun mal das Problem der Aufsteiger."

Deshalb habe man sich in Berlin entschlossen, zu warten. Und inzwischen seien die Homburger Resultate ja so etwas wie eine Bestätigung für die Richtigkeit des Kurses.

Doch so unterschiedlich sind die Wege in die Zweitklassigkeit gar nicht. Wo in Homburg Präsident **Manfred Ommer** (35) die internationalen Restbestände abgehalfterter Profis sozusagen im Dutzend orderte, tut man dies in Berlin einzeln. Erst mit **Wolfgang Schüler** (28) und womöglich demnächst mit dem Mannheimer **Bernd Klotz** (28). Auch das sind wohl kaum Spieler, die eine Mannschaft groß machen können. Hoss: „Ich brauche keine Stars hier. Die Mannschaft kann nur gemeinsam überleben, da muß der eine den anderen stark machen. Und wenn das nicht klappt, und wir wider Erwarten doch absteigen, dann gehen bei uns dadurch die *Lichter* nicht aus."

Mit solchen Konzepten sind schon ganz andere Trainer als Hoss ihrer Entlassung entgegengestürmt. Doch Hoss ist sich ganz sicher, „daß wir hier in Berlin nicht anfangen, Kasperle zu spielen. Denn die Mannschaft braucht den Alten, hat außer ihm niemanden, an den sie sich anlehnen kann. Und nach dem, was ich hier geleistet habe, kann mich das Präsidium gar nicht rauswerfen. Hier sind die Gesetze anders als sonstwo."

Und weil in Berlin eben vieles anders ist, mußte auch **Bernd Schuster** (26) in Barcelona gerade unglücklich, herhalten für ein Spielchen nach Berliner Art. Hoss: „Auch ich bin davon überzeugt, daß nur eine Fusion der großen Klubs den Berliner Fußball retten kann. Aber die Gruppe der Geschäftsleute, die da mit dem FC Berlin, liebäugeln wollen sich nur zeigen, wollten die sportliche Basis von Blau-Weiß allenfalls ausnutzen, aber den Klub nicht weiterbringen. Sie mißbrauchen das Wort Berlin. Deshalb, weil sie es nicht ehrlich meinen mit all den Angeboten, habe *ich* gesagt: Der einzige Spieler, der in diesem Zusammenhang für mich ein Thema ist, ist der Bernd Schuster. Alles andere, was auf dem Markt ist, kann ich nämlich selbst bezahlen. Da haben die ganz empört geguckt."



*

Auf der einen Seite ein Traum- und Trick-Spielchen *mit* Schuster, vielleicht war es da so etwas *wie* Fügung des Schicksals, daß die Berliner in Düsseldorf von einem Mann besiegt wurden, den keiner kannte: **Henrik Ravn Jensen** (21), der in der letzten Woche vom dänischen Klub Vejle BK für 50 000 Mark ausgeliehen worden war. Der Tip, sich den 15maligen Junioren-Nationalspieler einmal anzusehen, war ausgerechnet aus Mönchengladbach gekommen, wo Borussia ja gemeinhin als erste Anlaufstelle für Dänen in der Bundesliga gilt. Trainer **Dieter Brei** (36) beobachtete Jensen bei einem Spiel in Dänemark, nach anderthalb Wochen Probetraining fiel dann die Entscheidung, Jensen einen Vertrag zu geben.

Und in einem ersten Spiel, beim ersten Ballkontakt erzielte Jensen nach 58 Sekunden das 1:0 – und schoß dann in der 28. Minute auch noch den zweiten Düsseldorfer Treffer. „So einen Einstand wird es in der Bundesliga wohl nie wieder geben", freute sich Düsseldorfs Vizepräsident **Werner Faßbender**, „wenn man so will, hat der Junge doch jetzt schon seine Leihgebühr wieder reingeholt." Und auch Brei sah einen Silberstreif am düsteren Horizont der Fortuna: „Vielleicht haben wir sogar einen Rohdiamanten gefunden." Jedenfalls ergaben alle Nachforschungen in Sachen Jensen nur Positives: Sowohl **Alan Simonsson** (33) als auch der ehemalige Düsseldorfer **Flemming Lund** (32) rieten zum Kauf.

Hält Jensen in den nächsten Spielen, was seine ersten Minuten versprachen, haben die Düsseldorfer zudem billig eingekauft. Für den Fall, daß Jensen in Düsseldorf bleibt, sind nur noch 150 000 Mark nachzuzahlen.

2. Liga

Hannover 96 unaufhaltsam

sid/dpa, Düsseldorf

Zieht Hannover 96 den übrigen Klubs der zweiten Fußball-Bundesliga auf und davon? Mit dem 3:1-Erfolg über Aufsteiger Aschaffenburg feierte die Mannschaft jedenfalls ihren elften Sieg im zwölften Saisonspiel und festigte mit 22:2 Punkten die Tabellenführung. Der VfL Osnabrück behauptete durch seinen 3:1-Sieg gegen Braunschweig den zweiten Rang mit 18:6 Punkten. Doch die Verfolger Darmstadt (2:4 in Solingen) und Wattenscheid (1:4 gegen die Stuttgarter Kickers) verloren durch Auswärts-Niederlagen weiteren wertvollen Boden.

Nach dem Spiel in Osnabrück kam es in der Nacht zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Osnabrücker Polizei und Braunschweiger Fußball-Fans in einer Osnabrücker Gaststätte. Nach Angaben der Polizei hatte eine Gruppe von etwa 50 Anhängern keine Möglichkeit mehr, mit einem direkten Zug nach Braunschweig zu fahren. Die erbosten Jugendlichen zogen daraufhin in eine Gaststätte, in der sie Teile der Einrichtung zertrümmerten. Die Polizei mußte später fünf Randalierer festnehmen.

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Oberhausen – Köln	2:0	(0:0)
Osnabrück – Braunschweig	3:1	(3:0)
Ulm – Kassel	1:1	(0:0)
Stuttgart – Wattenscheid	4:1	(1:0)
Solingen – Darmstadt	4:2	(0:1)
Essen – St. Pauli	4:0	(0:0)
Hannover – Aschaffenb.	3:1	(1:0)
Saarbrücken – Aachen	3:1	(2:0)
Karlsruhe – Bielefeld	2:0	(1:0)
Salmrohr – Freiburg	1:2	(0:0)

DIE TABELLE

Verein	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1.Hannover	12	11	0	1	27:9	22:2
2.Osnabrück	12	8	2	2	22:14	18:6
3.Aachen	12	7	2	3	17:9	16:8
4.Stuttgart	12	7	1	4	27:17	15:9
5.Darmstadt	12	5	4	3	17:11	14:10
6.Wattenscheid	12	4	6	2	21:17	14:10
8.Freiburg	12	6	2	4	17:15	14:10
9.Karlsruhe	12	5	4	3	20:19	14:10
11.Saarbrücken	12	4	5	3	16:11	13:11
7.Ulm	12	5	3	4	16:15	13:11
10.St. Pauli	12	4	4	4	18:16	12:12
12.Solingen	12	5	1	6	22:24	11:13
13.Oberhausen	12	5	1	6	19:21	11:13
14.Braunschweig	12	3	4	5	16:14	10:14
15.Aschaffenb.	12	3	3	6	16:22	9:15
16.Köln	12	2	5	5	17:27	9:15
17.Essen	12	2	4	6	20:23	8:16
18.Bielefeld	12	1	6	5	11:17	8:16
19.Kassel	12	1	3	8	12:27	5:19
20.Salmrohr	12	1	2	9	13:32	4:20

DIE VORSCHAU

Freitag, 17. 10., 20 Uhr: Essen – Solingen, Aachen – Salmrohr. – Samstag, 18. 10., 15 Uhr: Aschaffenburg – Karlsruhe, Freiburg – Osnabrück, St. Pauli – Kassel; – 15.30 Uhr: Braunschweig – Stuttgart, Köln – Ulm, Bielefeld – Saarbrücken. – Sonntag, 19. 10., 15 Uhr: Darmstadt – Hannover; 18 Uhr: Wattenscheid – Oberhausen.

HOCKEY / Weltmeister Pakistan überraschend bei der Weltmeisterschaft in London ausgeschieden

Bundestrainer Kleiter: „Inzwischen kennt sie jeder im Schlaf, jetzt bekamen sie die Quittung"

sid/dpa, London

„Es würde mich nicht wundern, wenn Australien, England, die Niederlande und wir in London die WM-Medaillen unter sich ausmachen", sagte Klaus Kleiter im Frühjahr. Das war kurz nach der Champions-Trophy in Karachi. Pakistan hatte der deutsche Bundestrainer schon gar nicht mehr auf seiner Rechnung. Und der 42 Jahre alte Hockey-Experte sollte recht behalten. Der einstige Gigant erlebte in der englischen Hauptstadt den Sturz ins Mittelmaß.

Seit dem 1:3 am Samstag gegen England steht fest, daß der dreimalige Olympiasieger (1960, 1968 und 1984) und Weltmeister (1971, 1978 und 1982) erstmals nicht im WM-Halbfinale steht, sondern die Rahmenkämpfe um die Plätze fünf bis zwölf bestreiten muß. „Pakistan go home" – mit solchen Schmährufen hatten die zahlreichen in London lebenden Fans die desolate Truppe von Trainer Khalid Mahmood an den ersten WM-Tagen in die Kabine begleitet. Nach der Pleite gegen die Briten herrschte eher eisiges Schweigen, bei der Konkurrenz fast so etwas wie Mitleid.

„Mein Gott, wenn man sieht, was die aus ihren Möglichkeiten machen, dann kann man das Grausen kriegen", sagte der Mülheimer Carsten Fischer, der gestern gegen Kanada (das Spiel war Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht beendet) sein 100. Länderspiel für Deutschland bestritt. Und Kölns Stefan Blöcher, mit seinem großen technischen Repertoire sicher der Europäer, der der Spielweise der Asiaten am nächsten kommt, meinte: „Da bereiten die sich praktisch ein ganzes Jahr lang vor, und dann kommt so etwas dabei heraus."

Über Jahre hinweg haben die Pakistani wegen ihrer unglaublichen Technik das Welt-Hockey beherrscht. Weil aber heute nur noch auf Kunstrasen gespielt wird, können auch die technisch schlechteren Mannschaften mit den Asiaten mithalten. Inzwischen sind Ausdauer und Kampfkraft aber entscheidender geworden. Doch diese Tugenden zählten noch nie zu den Stärken der Pakistani. Die Spieler wurden jahrelang mit der Devise auf den Platz geschickt: „Wir sind die Besten, und wir gewinnen." Mannschaftsbesprechungen, sofern sie es überhaupt gab, dauerten nicht länger als eine Minute. Taktische Varianten kennen sie ohnehin nicht, ihr Spielsystem (zwei Verteidiger, drei Mittelläufer, fünf Stürmer) ist längst überholt und von Manndeckung haben sie auch noch nichts gehört. Der Bundestrainer Klaus Kleiter sagt: „Die Pakistani sind so gut, wie ihre Spieler in Form sind."

Seit Januar stehen die Spieler aus Pakistan unter Dauerstreß. Erst zehn Tage haben sie seitdem frei gehabt. Sie würden mit Gedanken ans Hokkey aufstehen, sagte ein Spieler in London, und mit den gleichen Gedanken wieder einschlafen. Den Hockeyschläger können sie nicht mehr sehen. Der wertvollste Lohn für die Plackerei ist eine gesicherte Zukunft, wenn sie den Hockeyschläger aus der Hand legen (dürfen).

Der schon eine Woche vor Turnierschluß entthronte Titelverteidiger kann dabei noch von Glück sprechen, daß er nicht sogar ohne einen einzigen Punktgewinn das Tabellenende der Gruppe A ziert. Denn nach dem 1:3 gegen Argentinien und dem 1:2 gegen Europameister Niederlande trennten den Weltmeister ganze fünf Minuten von einer weiteren Schlappe gegen Neuseeland. Drei verwandelte Strafecken machten binnen 300 Sekunden aus einem 2:3 noch ein 5:3.

Der ratlose Trainer Khalid Mahmood hat ein seltsames Argument für den Niedergang des ruhmreichen Teams. „Nach den Vorbereitungen zu Hause und den Asienspielen in Seoul haben wir jetzt in London wieder einen anderen Kunstrasen vorgefunden, mit dem wir nicht zurechtkommen", sagt er hilflos. Mahmood sollte sich mit seinem polnischen Kollegen Marek Cichy unterhalten, dem in seinem 2000-Mitglieder-Verband kein einziger Kunstrasen zur Verfügung steht.

Kleiters Analyse über das in sich zerstrittene Team ist schon treffender: „Die haben einfach die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Man kommt auch im Hockey nicht mehr an analytischen Methoden wie Video-Aufzeichnung und -Auswertung vorbei und kann auch nicht bei der Vorbereitung sportwissenschaftliche Erkenntnisse völlig außer acht lassen. Die Pakistani spielen munter drauf los, seit Jahren mit derselben Taktik, die inzwischen jeder im Schlaf kennt. Was hier in London passierte, ist ganz einfach die Quittung dafür."

BOXEN / Endlich wieder ein Europameister

Nun hat Varela René Weller „tierische Prügel" angedroht

sid, Rüsselsheim

Zweimal ging José Varela, der Spanier mit dem deutschen Paß, in Runde eins und drei nach schweren Rechten des Franzosen Brahim Messaoudi (25) zu Boden und wurde von Ringrichter Karel Kliynoot (Holland) bis acht angezählt. Zweimal stand der 26 Jahre alte deutsche Meister aber wieder auf – und wurde vor 4000 begeisterten Box-Fans neuer Europameister im Weltergewicht.

In der fünften Runde schlug seine Linke zweimal schwer ein. Der Sehnerv des Franzosen wurde getroffen. Daraufhin beendete die Ecke des Franzosen diesen dramatischen Kampf durch das Werfen des Handtuchs zum Zeichen der Aufgabe.

Deutschland hat wieder einen Europameister der Berufsboxer. Einen, der zwei Niederschläge wegsteckte, als wäre nichts gewesen, einen, der aus dem Ringstaub auferstand. „José hat eine Riesenmoral bewiesen", jubelt sein Manager Ottmar Graf (München), der den Titel als Lohn der Angst empfand.

Graf wußte um Varelas Schlagkraft, zweifelte aber trotz Schulung im mailändischen Boxstall Giovanni Braoncinis an dessen Nehmerqualitäten. Die Karriere des neuen Europameisters, der sich voll auf das Boxen konzentriert, schien vor zwanzig Monaten schon vorbei. Damals trennte sich der Rechtsausleger beim Holzhacken den Daumen der linken Hand ab. Erst sofortige ärztliche Kunst ermöglichte das Comeback. Ein Handicap, das nun keines mehr ist. Varela hat es verdrängt. Gerade weil sich Varela immer wieder aufrappelte, ist er überall so beliebt.

Der Ehrenbürger von Rüsselsheim soll nun nach 25 siegreichen Kämpfen im Dezember in der Frankfurter Festhalle seinen Titel gegen René Weller verteidigen. Eine rein deutsche Europameisterschaft, auf den ersten Blick aber eine ungleiche. Ob Varela gewinnt oder nicht, die erbarmungslose Schinderei, der ständige Drill und das spartanische Leben haben sich aber schon jetzt für Varela gelohnt: „Ich fühle mich zur Zeit topfit und bin über den Sieg sehr glücklich. Nach gezieltem Krafttraining", so Varela im Überschwang, „erhält Weller tierisch Prügel."

GALOPP / Roja gewann Dujardin-Jagdrennen

Die Stute gehört zum Teil Schlägersänger Marshall

MICHAEL PLAYER, Krefeld

Die erste renommierte Prüfung der Saison für dreijährige Galopper auf der Jagdbahn, das Dujardin-Jagdrennen, gewann am Samstag in Krefeld die Stute Roja mit einer halben Länge vor Liz und Albane. Auf der Siegerin zeigte der Norweger Tom Lünenschloss, der im ersten Jahr in der Bundesrepublik Deutschland reitet, erneut eine Glanzvorstellung und entschied die Partie auf den letzten Metern. Roja gehört zur Hälfte dem Baden-Badener Schlägersänger Toni Marshall, der dem glücklichen Erfolg seiner Stute jedoch persönlich nicht beiwohnte.

Show- und Filmstars sind als Rennstallbesitzer in der internationalen Vollblutszene erstaunlich häufig. Namhafte Ställe unterhalten vor allem die Hollywood-Größen Walther Matthau und John Forsythe („Denver-Clan"). Der Schauspieler aus dem „Denver-Clan" ist sogar als Züchter aktiv. In diesem Jahr hat John Forsythe auch hierzulande eine Stute erworben.

Erstmals ging am Freitag nachmittag im westfälischen Gestüt Quenhorn eine neugegründete Vollblutauktion über die Bühne. Sie soll auch in Zukunft nach dem Willen von Gestütschef Hendrik Pape den relativ schwachen deutschen Vollblutmarkt bereichern.

Beim ersten Versuch im romantischen Quenhorner Schloßhof wurden zwar nur 17 der 43 angebotenen Pferde unterschiedlicher Altersgruppen verkauft. Immerhin aber sorgte die Veranstaltung für einen spektakulären Höchstpreis: 150 000 Mark bezahlte der Rosenheimer Goldschmied Ernst Josef Heiden für den einjährigen Bruder der Spitzenstute Night Line (Zweite im deutschen Derby) aus der Zucht des Frankfurter Buchmachers Peter Hess.

Der Jährling, der den Namen New Wonder trägt, soll jetzt in den Stall von Jungtrainer Mario Hofer in München-Riem einziehen. Dort steht bereits ein weiterer teurer Jährling, der vom Gestüt Zoppenbroich gezogene Hengst Ordinator. Ernst Josef Heiden hatte den Hengst vor fünf Wochen zum neuen Rekordpreis von 220 000 Mark erstanden.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen

FUSSBALL

Erste englische Division, 10. Spieltag: Arsenal – Watford 3:1, Aston – Southampton 3:1, Charlton – Everton 3:2, Leicester – Nottingham 3:1, Liverpool – Tottenham 0:1, Luton – Norwich 0:0, Manchester United – Sheffield 3:1, Newcastle – Manchester City 3:1, Oxford – Coventry 2:0, Queens Park – Wimbledon 2:1, West Ham – Chelsea 5:3. – Tabellenspitze: 1. Norwich 21 Punkte, 2. Nottingham 20, 3. Tottenham 18. – **EM-Qualifikation** in Paris, Gruppe 3: Frankreich – UdSSR 0:2. – **EM-Qualifikation**, Junioren, Gruppe 3: Frankreich – UdSSR in Le Havre 2:1. – **EM-Qualifikationsrunde** „U 19" in Jugoslawien: Bundesrepublik Deutschland – Rumänien 3:0, Schottland – Bulgarien 1:0, Belgien – Italien 2:1, „DDR" – Jugoslawien 2:0.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 4. Spieltag: Bamberg – Langen 96:74, Charlottenburg – Bayreuth 63:74, Ludwigsburg – Göttingen 82:83, Osnabrück – Köln 80:90. – **Damen**, 1. Spieltag: München – Barmen 68:84, Oberhausen – Porz/Hennef 58:60, Düsseldorf – Köln 77:54, Weilheim – Wolfenbüttel 56:60.

EISHOCKEY

Bundesliga, 7. Spieltag: Landshut – Frankfurt 2:0, Köln – Iserlohn 4:3, Mannheim – Kaufbeuren 5:0, Rosenheim – Düsseldorf 7:4, Schwenningen – Rießersee 5:2.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 5. Spieltag: Schwabing – Essen 19:30, Göppingen – Gummersbach 18:17, Großwallstadt – Lemgo 26:21, Weiche-Handewitt – Schutterwald 25:25, Hofweier – Dortmund 16:14. – **Frauen**, 6. Spieltag: Oldenburg – Engelskirchen 24:23, Sindelfingen – Lützellinden 11:20, Leverkusen – Frankfurt 28:20, Nürnberg – Braunschweig 14:8, Guts Muths Berlin – Auerbach 17:16.

HOCKEY

Weltmeisterschaft der Herren, Feld, in London, Gruppe A: England – Pakistan 3:1, Holland – Neuseeland 1:0, UdSSR – Argentinien 2:0. – Gruppe B: Polen – Deutschland 0:3, Australien – Spanien 6:0, Indien – Kanada 2:0. – **Bundesliga**, Damen, Halbfinale: Brandenburg Berlin – BW Köln 1:3, Leverkusen – Berliner HC 3:1 n. V.

RINGEN

Bundesliga, 10. Wettkampftag, Gruppe West: Goldbach – Mömbris-Königshofen 28:5, Aldenhoven – Witten 16:26, Aschaffenburg-Damm – Bonn-Duisdorf 25,5:14,5, Schifferstadt – Dortmund 31,5:7. – Gruppe Süd: Reilingen – Wiesental 19,5:18,5, Urloffen – Aalen 18:18, Freiburg-St. Georgen – Graben-Neudorf 15:23,5, Nürnberg – Freiburg-Haslach 24:11.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, 6. Spieltag: Kleve – Kaiserberg 3:9, Berlin – Donauwörth 9:5, Soest – Offenbach 9:0, Gretesch – Frankfurt 3:9. – **ETTU-Pokal**, Damen, 2. Runde: Saarbrücken – Salaminas/Griechenland 5:0. – **Jubiläumsturnier** in Schweden, Finale: Appelgren – Persson (beide Schweden) 16:21, 22:20, 25:23, 21:10. – Halbfinale: Appelgren – Kano (Brasilien) 21:14, 17:21, 21:18, 21:15.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Fort. Bonn – Berlin 3:0, Paderborn – Leverkusen 2:3, Ottobrunn – Gießen 1:3. – **Damen**: Münster – Oythe 3:2, Feuerbach – Darmstadt 3:0, Vilsbiburg – Rüsselsheim 3:0, Schwerte – Hannover 3:0.

JUDO

Deutsche Meisterschaft in München, Herren, 1. Tag: bis 60 kg: 1. Schöndorfer (München); bis 65 kg: Schumacher (Remscheid); bis 78 kg: 1. Wieneke (Wolfsburg); bis 86 kg: 1. Bazynski (Witten). – **Frauen**, bis 48 kg: 1. Emich (Rüsselsheim); bis 52 kg: 1. Horch (Offenbach); bis 61 kg: 1. Schweizer (Biberach); bis 66 kg: 1. Bernhard (Heubach).

KUNSTTURNEN

Länderkampf der Herren in Essen: Bundesrepublik Deutschland – Schweiz 554,10:551,55 Punkte. – 1. Zellweger (Schweiz) 112,85 Punkte, 2. Japtok (Bundesrepublik Deutschland) 112,15, 3. Cavelti 111,50, 4. Schumacher (beide Schweiz) 110,75, 5. Wagner 110,70, 6. Szilier (beide Bundesrepublik Deutschland) 110,30. – **Länderkampf** der Damen in Bad Vilbel: Bundesrepublik Deutschland – Holland 373,95:369,25: – Einzelwertung: 1. von Lospichl 75,40, 2. Lang 74,65, 3. Meister (alle Bundesrepublik Deutschland) 74,35, van de Borst (Holland) 74,35, 5. Ustorf (Bundesrepublik Deutschland) 73,90, 6. Witte (Holland) 73,70.

BOXEN

Profi-Veranstaltung in Rüsselsheim, **Europameisterschaft** im Welter: Varela (Bundesrepublik Deutschland) Techn. K.-o.-Sieger 5. Rd. – Messaoudi (Frankreich). – Leicht, acht Rd.: Weller (Bundesrepublik Deutschland) PS – Naifer (Tunesien). – Leicht, sechs Rd.: Nitti (Italien) PS – Hauser (Bundesrepublik Deutschland). – Superwelter: Prieto (Argentinien) PS – Kaiser (USA). – Schwer: Simuwelu (Sambia) K.-o.-Sieger 1. Rd. – Murphy (USA).

TENNIS

Damen-Turnier in Zürich, Halbfinale: Sukova (CSSR) – McNeil (USA) 6:3, 6:3, Graf – Pfaff (beide Bundesrepublik Deutschland) 6:0, 6:1. – Doppel: Graf/Sabatini (Bundesrepublik Deutschland/Argentinien) – M. Maleewa/K. Maleewa (Bulgarien) 6:3, 6:1. – **Einladungsturnier** in Kaarst, Viertelfinale: Hanika – Bunge (beide Bundesrepublik Deutschland) 7:5, 6:4. – **Damen-Turnier** in Filderstadt, Qualifikation, 1. Runde: Holikova (CSSR) – Meier (Bundesrepublik Deutschland) 6:4, 4:6, 6:3, Schropp (Bundesrepublik Deutschland) – Schütte (Holland) 2:6, 7:6, 6:4. – **Herren-Turnier** in Baden, Halbfinale: Segarceanu (Rumänien) – Popp (Bundesrepublik Deutschland) 6:7, 6:4, 6:0. – **Herren-Turnier** in Tel Aviv, Halbfinale: Gilbert (USA) – Steyn (Südafrika) 6:4, 6:3, Krickstein (USA) – Mansdorf (Israel) 6:3, 6:4. – **Herren-Turnier** in Toulouse, Halbfinale: Gunnarsson (Schweden) – Perez (Uruguay) 7:6, 7:6. – **Herren-Turnier** in Scottsdale/Arizona, Halbfinale: McEnroe – Pate (beide USA) 6:3, 6:3, Curren – Witsken (beide USA) 7:5, 6:7, 6:4.

FAUSTBALL

WM in Argentinien, Vorrunde: Österreich – Chile 43:22, Bundesrepublik Deutschland – Schweiz 33:22, Argentinien – Brasilien 34:19, Bundesrepublik Deutschland – Österreich 25:24, Brasilien – Chile 48:18, Schweiz – Argentinien 36:17, Österreich – Brasilien 27:22, Bundesrepublik Deutschland – Argentinien 34:19, Schweiz – Chile 42:13.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 7, 17, 22, 26, 27, 35, Zusatzzahl: 44. – **Spiel 77**: 9 2 0 8 9 1 1. – **Glücksspirale**, Endziffern: 3, 89, 060, 3483, 70934, 790709. – Los-Nummer: 4984589, 9701969, 9276822. – Prämienziehung: 386419, 901793, 081762. (Ohne Gewähr.)

OLYMPISCHES

Abschied von einer Tradition?

dpa, Lausanne

Nimmt das Internationale Olympische Komitee (IOC) Abschied von einer seiner größten Traditionen? Sechs Tage vor der Vergabe der Olympischen Spiele 1992 durch die IOC-Vollversammlung in Lausanne hat das Exekutivkomitee beschlossen, Sommer- und Winterspiele für die Zeit danach nicht mehr im selben Jahr abzuhalten.

Bereits 1994 werden die ersten separaten Winterspiele abgehalten, sie sollen von der Vollversammlung in zwei Jahren in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul vergeben werden. Nur die Sommerspiele behalten den alten Vier-Jahres-Rhythmus bei, der 1896 mit den ersten modernen Olympischen Spielen in Athen einsetzte. Von 1924 an wurden die Sommerspiele in olympischen Jahren durch Winterspiele ergänzt.

Ob das IOC den revolutionären Plan wirklich in die Tat umsetzt, hängt nun von der gestern in Lausanne eröffneten 91. Vollversammlung des IOC ab. Der einstimmig gefaßte Beschluß des Exekutivkommitees geht als Empfehlung an das Gremium der 89 persönlichen Mitglieder, von denen 86 in Lausanne angesagt sind. Für eine Annahme des Antrages ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Obwohl einflußreiche IOC-Mitglieder wie Willi Daume ihre Opposition gegen das Vorhaben angekündigt haben („Ich bin absolut dagegen"), rechnen Beobachter mit einer Verabschiedung der Vorlage.

Das Vorhaben hat besondere Genugtuung unter den sieben Bewerbern für die Winterspiele 1992, Albertville, Anchorage, Berchtesgaden, Cortina d'Ampezzo, Falun, Lillehammer und Sofia, hervorgerufen. Sie starteten gestern mit der Eröffnung ihrer Ausstellungen im Lausanner Palais de Beaulieu zusammen mit den sechs Kandidaten für die Sommerspiele, Amsterdam, Barcelona, Belgrad, Birmingham, Brisbane, Paris, in die Endrunde ihrer kostspieligen Kampagnen. „Sollten wir hier nicht gewinnen, so werden wir uns für die Winterspiele 1994 erneut bewerben", erklärte Michael Dyckerhoff vom Vorbereitungeskomitee Berchtesgadens. Auch NOK-Präsident Daume wäre nicht abgeneigt. Doch zuvor müßte wieder der interne deutsche Wettbewerb eröffnet werden. Garmisch-Partenkirchen will erneut gegen Berchtesgaden antreten. Oberstdorf wäre sogar als dritter deutscher Kandidat denkbar.

Unabhängig davon will Daume dem Vorhaben in der Vollversammlung seine Stimme verweigern: „Es ist eine Diskriminierung der Winterspiele, wenn man sie aus dem olympischen Jahr herauslöst." Er würde sich damit allerdings gegen IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch stellen und möglicherweise auch Berchtesgadens Chancen für die Winterspiele 1992 beeinträchtigen. Ohnehin könnte Daume in den Mittelpunkt rücken, wenn in der Session über seine als Vorsitzender der IOC-Zulassungskommission eingebrachte Empfehlung diskutiert und abgestimmt wird, für Olympia 1988 Profis im Tennis und Eishockey zuzulassen.

TENNIS / Die Nummer eins der Damen beim Einladungsturnier in Kaarst

Martina Navratilova – „twenty-ten" und noch immer voller Motivation

JÖRG STRATMANN, Kaarst

Manolo Santana gibt sich die größte Mühe, doch seine Botschaft erreicht das Publikum nicht. Dabei hat sich der Managing Director selbst mitten auf die hochmoderne Tennisanlage begeben, um den gut 2000 Zuschauern per Mikrophon den Höhepunkt des Tages anzukündigen. Doch just in diesem Moment versagt die Technik. Santanas unsichtbare Helfer in der Sprecherkabine lassen ihn noch eine Minute lang verlegen basteln, lassen ihn sogar den Schiedsrichterstuhl besteigen, um das Mikrophon zu testen, ehe sie ihn erlösen.

„Meine Damen und Herren", ertönt es endlich, „die große Martina Navratilova zum erstenmal in Kaarst."

Und dann darf der amerikanische Star des Damen-Einladungsturniers im Open-air-Tennispark des Städtchens vor den Toren Düsseldorfs endlich den Centre Court betreten. Das Publikum jubelt. Die Weltbeste unmittelbar erleben zu dürfen, das zählt. Auch wenn dies nur eines ihrer zahlreichen Schauturniere ist.

Dafür hat der Veranstalter einiges auf sich genommen. Er hat sogar auf Wunsch der Amerikanerin für rund 20 000 Mark einen Kunststoffboden verlegen lassen, denn Martina Navratilova möchte die drei Tage in Kaarst zur Vorbereitung auf das Grand-Prix-Turnier diese Woche in Filderstadt nutzen.

Auch der Zuschauer nimmt da gern einiges in Kauf. Den hohen Eintrittspreis, das Gedränge in stickiger Luft an den Sekt- und Wurstbrotständen, die von hektischen Autogrammsammlern verbreitete Boris-Becker-Atmosphäre und natürlich auch am frühen Nachmittag die Aufforderungen der Ordner, für eine halbe Stunde die Tribüne zu verlassen. „Frau Navratilova möchte sich gern unbeobachtet einschlagen." Bitte sehr.

Daß sich das Spektakel auch für Tennisfreunde lohnt, hat sie schließlich am Abend vorher versprochen. Es sei gar keine Frage, hatte die Navratilova gesagt, daß sie auch in einem *Einladungsturnier immer voll* auf Sieg spiele. „Denn ein Sieg über mich gäbe meiner Gegnerin einen psychologischen Vorteil beim nächsten Grand-Prix-Turnier."

Diese Einstellung bekommt im Halbfinale Sylvia Hanika zu spüren. Die 26jährige Münchnerin, die zuvor die zweite deutsche Teilnehmerin Bettina Bunge *mit 7:5, 6:4 aus dem* Wettbewerb geworfen hat, spielt gewiß nicht schlecht. Doch gegen die Weltranglisten-Erste ist das viel zu wenig. Martina Navratilova zeigt Kostproben ihres gesamten Repertoires: Schmetterbälle, Lobs, Beinarbeit, mit der sie auch einige der besten gegnerischen Schläge erreicht, *und zu guter Letzt einen* Volleystopp, der unmittelbar hinter der Netzkante zu Boden plumpst. Die 2000 in der Tennishalle sind hingerissen.

So erreicht Martina Navratilova in knapp einer Stunde mit 6:2, 6:3 das sonntägliche Finale des Kaarster Turniers, vom optimistischen Veranstalter „Revanche für Wimbledon" genannt. Denn dort trifft sie auf die tschechoslowakische Weltranglisten-Vierte Hana Mandlikova, die zuvor gegen die Ungarin Andrea Temesvari *6:3, 7:6 gewonnen hat. Doch das geht* in der Euphorie nahezu unter. (Das Final-Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.)

Nach dieser Demonstration der Sportlerin dürfen einige Auserwählte und besonders Hartnäckige auch für Minuten den Menschen Martina Navratilova im Gespräch erleben. Mit *Verspätung, aber dezent geschminkt,* erscheint sie und beantwortet in drückender Schwüle Fragen, freundlich, liebenswürdig und geduldig.

Beim kurzen Shopping habe sie hier ein paar Pullover gekauft, dort ein Paar Schuhe gesehen, die aber leider nicht passend vorrätig waren. Man wird sie ihr selbstverständlich in Größe 41 *nachsenden. Daß sie in Fil*derstadt ihr 1000. Grand-Prix-Turnier gewinnen kann, wisse sie selbst erst seit einigen Wochen, sagt sie weiter. „Ich selbst zähle meine Siege nicht mehr." Mit welchem Gefühl denkt sie denn an ihren 30. Geburtstag, den sie am Freitag in Filderstadt feiern wird? Ein süßsaures Lächeln. 30 Jahre? Sie nennt es lieber „twenty-ten". *Ob sie* die Motivation verliere, wenn eine der jungen Spielerinnen jetzt Nummer eins würde? „Ich muß erst meine Motivation verlieren", sagt sie, „damit eine Steffi Graf Nummer eins werden kann." Martina Navratilova in Kaarst, für jeden Tennisfreund etwas.

Steffi Graf – erwartungsgemäß überlegen

dpa/sid, Zürich

Erwartungsgemäß, so wird gemeldet, hat sie ihre Erfolgsserie fortgesetzt. Die 17 Jahre alte Weltranglisten-Dritte Steffi Graf aus Brühl bei Heidelberg erreichte das Endspiel des mit 150 000 Dollar dotierten Damen-Tennisturniers in Zürich, nachdem sie im Halbfinale auch die Königsteinerin Eva Pfaff überlegen mit 6:0, 6:1 bezwang. Finalgegnerin war gestern die Teschechoslowakin Helena Sukowa, Nummer sechs der Weltrangliste, die über die farbige Texane*rin Lori McNeil ebenfalls klar mit 6:3,* 6:3 siegte. (Das Ergebnis des Endspiels lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.)

Steffi Graf, die im August bei den US-Open gegen Martina Navratilova erst nach Vergabe von drei Matchbällen im Halbfinale verloren hatte, jetzt aber auf einen Start beim heute beginnenden Turnier in Filderstadt und damit auf ein erneutes Zusammentreffen mit der Weltbesten verzichtete, kam gegen die 25 Jahre alte Eva Pfaff niemals in Schwierigkeiten. Die ehemalige deutsche Hallenmeisterin, inzwischen auf Rang 87 in der Welt abgerutscht, konnte das hohe Tempo der bestens aufgelegten Steffi Graf nicht mitgehen. In Zürich gab die 17jährige bei ihren vier Siegen bis zum Finale nur neun Spiele ab.

Eva Pfaff war durch den Verzicht der Französin Cathérine Tanvier als „lucky looser" der Qualifikation in das Hauptfeld gelangt, wo sie dann mit einem Dreisatzsieg über die an Nummer acht gesetzte Bulgarin Katerina Maleeva überraschte.



Mit kräftiger Vorhand ins Endspiel: Steffi Graf FOTO: RZEPKA

*

Innerhalb von zwei Jahren glaubt Wimbledonsieger Boris Becker die Nummer eins der Tenniswelt werden zu können. Bei der Ankunft in Sydney zu den mit 350 000 Dollar dotierten internationalen Hallen-Meisterschaften von Australien sagte Becker: „Es wird höchstens ein oder zwei JAhre dauern, bis ich die Erfahrung und die Klasse dazu habe."

Zum Auftakt des Turniers spielt der 18jährige, in Sydney an Nummer zwei gesetzt, gegen den kaum be*kannten* Südafrikaner Denys Maasdorp, die Nummer 180 der Weltrangliste. Titelverteidiger und Nummer eins Ivan Lendl aus der CSSR muß sich mit dem Australier Mark Kratzman auseinandersetzen.

Nach Andres Gomez aus Ekuador und Joakim Nyström aus Schweden hat auch der französische Vorjahres-Finalist Henri Leconte aus gesundheitlichen Gründen auf seine Teilnahme verzichtet. Der an Nummer drei gesetzte Jimmy Connors, der hier *schon zweimal gewann, erhielt den* Australier Peter McNamara zum Gegner.

*

Boris Becker will die Spitze erst noch erreichen, doch einen anderen drängt es scheinbar unwiderstehlich dorthin zurück. Der 27jährige John McEnroe aus den USA hat nach seiner langen Pause und zwei Turniersiegen inerhalb einer Woche auch beim Grand-Prix-Turnier in Scottsdale (US-Bundesstaat Arizona) das Einzel-Endspiel erreicht.

Bei der mit 279 000 Dollar dotierten Veranstaltung gewann McEnroe, lange Jahre der unbestritten weltbeste Tennisprofi, im Halbfinale gegen seinen Landsmann David Pate mit 6:3, 6:3 und trifft nun auf den ehemaligen Wimbledonfinalisten Kevin Curren, ebenfalls aus den USA. Curren schlug den Amerikaner Todd Witsken 7:5, 6:7, 6:4.

EISHOCKEY

DEG-Bus fing Feuer

sid, Düsseldorf

Mit einem 4:7 gegen den Sport*bund Rosenheim und der vierten Sai*son-Niederlage im Gepäck trat die Düsseldorfer EG die Heimreise an. Doch das dicke Ende stand dem so hoch gehandelten und so tief gefallenen Titel-Aspiranten erst noch bevor. Rund acht Kilometer hinter der oberbayerischen Metropole fing der Mannschaftsbus Feuer. Die Spieler handelten in dieser brenzligen Situation schnell und konnten auch ihr Gepäck noch retten. Über die Autobahnpolizei wurden zwölf Taxen geordert und gleichzeitig der letzte Zug von München nach Düsseldorf gestoppt.

Die nächtliche Odyssee hat für den dreimaligen deutschen Meister *durchaus symbolische Bedeutung:* Die Eishockey-Macht vom Rhein ist in Brand geraten. Der 6:2-Auftaktsieg über Schlußlicht SC Rießersee erwies sich als Strohfeuer. Die Erfolgs-Erwartungen durch lukrative Neuverpflichtungen und 6250 verkaufte Dauerkarten an der Düsseldorfer „Kö" sind so hoch wie selten zuvor. Die *Frage ist, wie lange noch? Seit das* Präsidium vor zweieinhalb Jahren antrat, wurden nur positive Schlagzeilen geschrieben. Der Schuldenberg ab- und ein leistungsstarkes Team um Trainer Otto Schneitberger aufgebaut. Die Querelen schienen der Vergangenheit anzugehören. Doch nach nur sieben Spieltagen und dem *Sturz in der Tabelle gibt es eine Re*naissance interner Probleme. Mangelnde Fitneß einiger Leistungsträger und unnötige Kapriolen im Vorstand addieren sich zum sportlichen Mißerfolg. Eine rasche Lösung tut Not.

HANDBALL

Noch zwei ungeschlagen

sid/DW. Bonn

Nach dem fünften Spieltag der Handball-Bundesliga sind nur noch zwei Teams ohne Niederlage: Meister TuSEM Essen (10:0 Punkte) nach dem 30:19 in Schwabing und Verfolger TV Großwallstadt (9:1), der gegen *TBV Lemgo mit 26:21 gewann.*

Zu den Gewinnern in eigener Halle zählte Göppingen: Vor 6500 Zuschauern gelang in der Schlußminute das 18:17 (11:6) über den VfL Gummersbach. Bundestrainer Simon Schobel fand aber nur Lob für das „phantastische Publikum". Torwart Kellner rettete den Göppingern durch glänzende Paraden beide Punkte.

Seinen ersten Saisonsieg feierte der TuS Hofweier mit dem 16:14 (8:6) gegen OSC Dortmund. Gegen die noch chancenlosen Westfalen war der Sieg ungefährdet.

Im Duell der beiden noch sieglosen Schlußlichter der Handball-Bundesliga trennten sich die SG Weiche-Handewitt und Aufsteiger TuS Schutterwald nach einem schwachen Spiel 25:25 (17:12) unentschieden. In glänzender Spiellaune präsentierte sich dagegen der ehemalige Meister TV Großwallstadt. In Lemgo setzte er mit einem 26:23 (13:8) seine Erfolgsserie fort. Der wegen einer Bänderdehnung außer Gefecht gesetzte Ex-Nationalspieler Paul wurde durch Gaydoul hervorragend ersetzt. Er bewährte sich nicht nur als konsequenter Sonderbewacher des isländischen *Torjägers Sveinsson, sondern war mit* sieben Toren erfolgreichster Schütze bei Großwallstadt. Einen höheren Erfolg vergaben die Platzherren nur deshalb, weil sie in der Schlußminute angesichts deutlicher Sieben-Tore-Vorteile unkonzentriert wurden.

TURNEN

Kritik von Gienger

dpa, Kettwig/Windecken

Die deutschen Turner siegten in Kettwig gegen die Schweiz mit 554,10:551,55, die Turnerinnen im hessischen Windecken gegen Holland mit 373,95:369,25 Punkten. Zwei klare Siege also, doch konnten sie ein Jahr *vor den* Weltmeisterschaften in Rotterdam, die zugleich Olympia-Qualifikation sind, Schwächen nicht verdecken. „Wir brauchen diese Wettkämpfe, weil sie von den Aktiven Kondition, Konzentration und Mut zum Risiko fordern", mischten sich Wunschdenken und Zufriedenheit in das Resümee der verantwortlichen Trainer Vaclav Kubicka (Männer) und Vladimir Prorok (Frauen).

So mußten sich in Kettwig die Herren schon zu einem Kraftakt entschließen, um die sich nach der Pflicht (276,70:277,55) abzeichnende Niederlage noch in einen Sieg umzuwandeln. Der frühere Welt- und Europameister am Reck, Eberhard Gienger, *zählt zu den kompetentesten* Analytikern des Länderkampfes: „Nur Kurt Szilier zählte zu unseren sicheren Aktiven. Aber wenn sich die gesamte Riege für Seoul qualifizieren will, müssen noch einige Anstrengungen vollzogen werden."

Etwas deutlicher kamen die Frauen zu dem erwarteten Triumph über Holland. Auch ohne die *Ex-Meisterin* Anja Wilhelm, die zum gleichen Zeitpunkt in Barcelona auftrat, gelang der deutschen Riege trotz Abstrichen in der Kür ein solider Erfolg. Die Zufriedenheit beim Bundestrainer Vladimir Prorok war also durchaus verständlich. „Für den kommenden Wettkampf gegen Bulgarien in zehn Tagen sind die Mädchen gut vorbereitet."

SPORT-NACHRICHTEN

Herbe Heimniederlage

Paris (sid) – Europameister Frankreich mußte eine unerwartete 0:2 (0:0)-Heimniederlage im Fußball-Qualifikationsspiel gegen die UdSSR hinnehmen. Nach dem 0:0-Auftakt in Island liegt Frankreich mit 1:3 Zählern auf dem letzten Platz der Gruppe drei.

Damen-Finale

Leverkusen (sid) – Titelverteidiger RTHC Leverkusen und BW Köln bestreiten am kommenden Sonntag in Leverkusen das Finale um die deutsche Hockey-Meisterschaft der Damen. Im Halbfinale qualifizierte sich Leverkusen durch einen 3:1-Sieg über den Berliner HC und Köln kam zu dem selben Ergebnis bei Brandenburg Berlin.

Schwerer Unfall

Zeltweg (sid) – Das Finale der Interserie auf dem Österreichring bei Zeltweg wurde vom schweren Trainingsunfall des Italieners Bruno Giacomelli überschattet. Der Lancia-Fahrer kam bei ungefähr 300 km/h ins Trudeln, flog über eine Doppelleitplanke und überschlug sich danach mehrfach. Giacomelli ist noch nicht außer Lebensgefahr.

Langer: Wieder Zweiter

London (dpa) – Der deutsche Golfprofi Bernhard Langer ist in der neuesten Weltrangliste wieder auf Rang zwei geführt. Gleichauf mit dem Spanier Severiano Ballesteros liegt der 29jährige Anhausener mit 1004 Punkten deutlich hinter dem Australier Greg Norman (1199).

Vor dem Aufstieg

Mexico City (sid) – Der deutschen Rollhockey-Nationalmannschaft ist bei der B-Weltmeisterschaft in Mexico City der Aufstieg in die A-Gruppe kaum noch zu nehmen. Nach einem deklassierenden 30:0-Sieg über Costa Rica *und einem deutlichen 8:2-Erfolg* über Moçambique führt die deutsche Mannschaft die Tabelle ungeschlagen an.

Einstand nach Maß

Straßburg (dpa) – Der neue Degen-Bundestrainer Bernd Peltzer feierte mit dem 8:7 gegen Frankreich seinen ersten Länderkampf-Sieg. Zwei Monate nach der WM in Sofia wiederholten die Tauberbischofsheimer Fischer, Pusch, Borrmann, Gerull und Longo ihren Erfolg über den WM-Fünften.

UEFA verhängt Strafen

Zürich (sid) – Der Kontroll- und Disziplinarausschuß der Europäischen Fußball-Union (UEFA) verhängte Geldstrafen in Höhe von über *100 000* Schweizer Franken. AEK Athen muß dabei 15 000 Franken zahlen, weil ihre Zuschauer das Schiedsrichtergespann beim UEFA-Pokal-Spiel gegen den Klub von Karl-Heinz Rummenigge, Inter Mailand, mit Gegenständen bewarfen.

Wieneke verteidigt Titel

München (sid) – Allein Olympiasieger Frank Wieneke aus Wolfsburg hat bei den deutschen Judo-Meister*schaften in München* seinen *Titel in* der 78-kg-Klasse erfolgreich verteidigt. Der 24 Jahre alte Student besiegte im Finale Klaus Greiner aus Abensberg.

Junioren gegen „DDR"

Kula (sid) – Die „U 19"-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) schlug in Kula überraschend Rumänien mit 3:0 (1:0) und qualifizierte sich für die WM 1987 in Chile. *Im Halbfinale trifft die DFB-Auswahl* auf die „DDR", die sich mit 2:0 gegen Jugoslawien durchsetzte.

Pankraz, die Jagdlust und das Paläolithikum

Pankraz ärgert sich über die kleinkariert-demagogische Art, mit der Jägerverband und Naturschutzring in der Öffentlichkeit ihre Kontroversen austragen. Die Naturschützer tun so, als würden die Jäger immer nur blind in der Gegend herumballern, und zwar aus purer Lust am Töten. Sie hätten „das Töten zu ihrem Hobby gemacht", zetert Professor Erz von der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz. Die Jäger ihrerseits – so etwa der Präsident des Verbandes, Gerhard Frank – stellen sich demgegenüber als reine Heger dar, die einzig und allein an der Erhaltung und Pflege der Arten interessiert seien. Ihr Töten sei nichts als ein unumgängliches, ärgerliches Nebenprodukt, die Jagd ein ehrbares „Handwerk", dem Handwerk des Schlachters vergleichbar, der ja leider ebenfalls töten müsse.

Angesichts der aufgeheizten Atmosphäre, in der die militanten Ökopazifisten den Ton angeben, bleibt den Jägern freilich kaum etwas anderes übrig, als so zu argumentieren. Wer möchte heute schon zugeben, daß ihm nicht nur das Hegen, sondern auch das Töten wichtig sei und daß er die Zeremonien und Rituale dieses Tötens auf keinen Fall missen möchte. Die Diskussion bekommt dadurch aber von vornherein etwas penetrant Verlogenes. Auf der Strecke bleibt die metaphysische, die mythische Dimension der Jägerei und damit faktisch alles, was sie kostbar macht und aus dem engen Zirkel von Handwerk und Hobby heraushebt.

Ironischerweise geschieht das just zu einer Zeit, da die Wissenschaft dabei ist, die mythische Großartigkeit des Jagens scharf und faktenreich herauszuarbeiten. Anthropologie, Ethologie, klassische Philologie und Theologie haben sich zusammengetan, um eine Geschichte aufzuhellen, die sich vom Paläolithikum über die Jungsteinzeit und die Antike bis in die Neuzeit erstreckt und deren Kern eine faszinierende, immer wieder ins Religiöse sich steigernde Dialektik von Jäger und Gejagtem, Priester und Opfer ist. Seit Karl Meulis bahnbrechenden Untersuchungen über die Beziehung zwischen griechischen Opfer- und altsibirischen Jagdbräuchen, seit Robert Ardreys „Hunting Hypothesis" und Walter Burkerts „Homo necans" dürften sich eigentlich gerade die Jäger als legitime Erben und Sachwalter einer der ältesten und stolzesten Traditionen rühmen, über die die Menschheit verfügt.

Schon im Paläolithikum nämlich, in der Altsteinzeit vor hunderttausend Jahren, war der Mammut- und Rentier-Jäger kein simpler Totmacher, sondern ein frommer Zerrissener, der im Jagdtier den Stammesbruder erkannte und sich vor ihm durch strenge Einhaltung bestimmter Rituale beim Fangen und Töten gleichsam entschuldigte. Der Jäger führte eine „Unschuldskomödie" (Meuli) auf; er *mußte* ja töten, um zu leben, und er spielte dieses Paradox in seinen Bräuchen voll aus.

Auch sein ökologischer Sinn war bereits gut entwickelt, was sich nicht minder in jagdlichen Zeremonien ausdrückte: Gewisse Teile der Beute wurden in der Form des feierlichen Opfers an den Großen Manitou oder die Große Urmutter zurückgegeben, um so die Gattung zu restituieren und den elementaren Zusammenhang von Tod und Wiedergeburt deutlich zu machen. Hier liegt, nach übereinstimmender Meinung der Forscher, nicht nur der Grund allen Naturschutzes, sondern auch einer der Gründe für jedwede religiöse Opferpraxis, bis hin zum Opfertod Jesu Christi.

Die sogenannte „neolithische Revolution", die Erfindung von Ackerbau und Viehzucht, nahm der Jagd zwar ein gut Teil ihrer existentiellen Notwendigkeit, aber ihre Vornehmheit, Feierlichkeit und Spiritualität wurde dadurch eher noch unterstrichen. Sie wurde allmählich zum Privileg der Mächtigen und zum Fest, an dessen anschließender Tafel es besonders prächtig und zeremoniell zuging. Sicherlich war sie nun auch den Übergriffen und Maßlosigkeiten schlechter Herrscher ausgesetzt, doch wäre es völlig falsch, dies als prinzipielles Argument gegen sie ins Feld zu führen.

Jagd (auch mit Leidenschaft betriebene) und Jagdmißbrauch blieben zu allen Zeiten scharf voneinander getrennt. Man greife eine beliebige Epoche heraus, lese im „Haimlich Gejaidbuch" von 1497, das Kaiser Maximilian I., des „Deutschen Reiches Erzjägermeister", geschrieben hat: Man wird sehen, daß Jagd und Hege schon damals als heilige Einheit begriffen wurden, daß der jägerische Komment kompliziert und allumfassend war und schwer die Strafen für Jagdfrevler jeglichen Standes und jeglicher Couleur. Nur schlimme Demagogen, die um jeden Preis ihr Klischee vom leichtfertigen Hobbytöter retten wollen, können über so etwas hinwegsehen.

Gewiß, die Hobby-Gesinnung dräut als ständige Gefahr im Zeitalter der Demokratisierung und der Säkularisierung, da eine Viertelmillion Jagdscheinbesitzer unterwegs ist, von denen wohl nur ein Bruchteil um Mythos und Tradition weiß. Aber man wird der Gefahr nicht begegnen, indem man sich im Stil der politisch grün angehauchten Naturschutzringler über die „überholten, feudalen" Zeremonien und Rituale der Jäger lustig macht. Diese Rituale und Zeremonien müssen im Gegenteil hochgehalten und immer wieder neu erinnert werden. Den Jagdaspiranten muß schon im Lehrgang und bei der Prüfung eine kräftige Ahnung von der archaisch-religiösen Dimension ihres tödlichen Tuns vermittelt werden, denn ein „ritueller Idiot" (Burkert) ist in jedem Falle auch ein schlechter Jäger und Heger.

Die Jäger selbst müssen im Sinne Kaiser Maximilians strenger gegen schwarze Schafe in ihren Reihen vorgehen. Großmannssucht und Trophäen-Geilheit schaden dem Ansehen des Standes außerordentlich. Im übrigen aber sollte man sich von den Ökopazifisten nicht den Schneid abkaufen lassen. Angesichts der vielen handwerklich-geistlosen Tiertötungen in der Fleischindustrie ist es hochwillkommen, daß es noch eine Sphäre des Lebens gibt, in der das Töten von Tieren mit dem Glanz der Tragik und dem Gedanken an Brüderlichkeit umgeben wird.

Pankraz

C. Millers Teenager-Film „Das freche Mädchen"

Poetische Landpartie

Sie schienen endgültig aus gallischen Studios verbannt. Und doch gibt es sie noch, Charme und Esprit, die früheren Markenzeichen des französischen Films. Ausgerechnet der Teenager-Film, sonst Tummelplatz der Trivialitäten, wird vom 44jährigen Claude Miller zur Demonstration lange vergessener Kinotugenden genutzt. Dabei erfährt man die einfache, äußerlich unspektakuläre Geschichte von Charlotte, die sich nicht mehr zu Hause fühlt. Nicht in ihrem staksigen Körper, nicht im einlullenden Familientrott und schon gar nicht im verschlafenen Provinzkaff. Dort hängt nicht nur das kränkliche Sorgenkind Lulu an ihrem Rockzipfel, dort begreift auch niemand all die verwirrenden Ideen, die im Kopf eines 13jährigen Mädchens umherschwirren.

Nun droht ihre Sehnsucht nach Romantik und kitzligem Risiko, nach Größe und Einzigartigkeit im endlosen Ödland der Sommerferien brachzuliegen. So zerrt Charlotte an den Nerven ihres großen Bruders oder tobt ihren unbestimmten Tatendrang am Mobiliar aus. Bis eines Tages der Alltag seinen Grauschleier verliert. Ausgerechnet Clara Schumann, die ebenfalls 13jährige Klaviervirtuosin, kommt aus den glänzenden Metropolen in die langweilige Kleinstadt.

Prompt scheint Charlotte wie einst Alice durch den Spiegel in ein Wunderland zu treten, in dem glatter Marmor und weiße Motorboote, seidene Stoffe und rauschende Feste das Kleinbürgermädchen betören. Wie Lulu an Charlotte hängt nun Charlotte an Clara und bringt so das sorgsam ausbalancierte Gleichgewicht ihrer kleinen Welt ins Wanken. Claude Miller inszeniert diesen sommerlichen Reigen der sanften Verwirrungen mit federleichter Grazie und selten gesehener Einfühlsamkeit. Die schwindelerregenden Kapriolen aus seinem mystisch-märchenhaften Thriller „Das Auge" sucht man hier vergebens, da der brillante Stilist Miller hinter den konzentrierten Geschichtenerzähler zurücktritt. Und letzterer erweist sich als kundiger Führer durch die wilden Gärten der Kindheit mit all ihren Lockungen und Gefahren.

So werden das ungewisse Aufbegehren, das Erwachen beängstigender Wünsche und die absolute Einsamkeit in einer Welt maßlos vernünftiger Erwachsener ohne große Worte spürbar. Zwar scheinen die zerbrechlichen Figuren im flirrenden Licht der französischen Impressionisten stets geborgen. Trotzdem verklärt sich diese poetische Landpartie nie zur parfümierten Idylle. Wenn Charlotte etwa bei einem zwischen Sanftmut und Jähzorn torkelnden Matrosen Nestwärme sucht, droht ihre kindliche Neugier grausam bestraft zu werden.

Bis zum Schluß bleibt er spannend in der Schwebe, dieser formvollendete Film der scheuen Gesten. Dies verdankt er vor allem Charlotte Gainsbourg, die als „freches Mädchen" trotzig und zärtlich, traurig und schwärmerisch und dabei jederzeit glaubwürdig ist.

HARTMUT WILMES

„Räume der Geschichte – Geschichte des Raums" – In Trier tagte der 36. Deutsche Historikertag

Geopolitik, Machtpolitik, Außenpolitik

Wie anders wäre unsere Geschichte verlaufen, wenn die Alpen im Gebiet der Weichsel lägen." Mit diesen Worten versuchte Professor Christian Meier, Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands, seinen in Trier zum 36. Deutschen Historikertag versammelten Kollegen die Geschichtswirksamkeit geographischer Gegebenheiten zu veranschaulichen und damit auf das Rahmenthema der Tagung hinzuführen: „Räume der Geschichte – Geschichte des Raums".

Das Thema war zweifellos gut gewählt. *In der deutschen historischen* Forschung besteht ja ein erheblicher Nachholbedarf bei der Aufarbeitung geschichtlich-geographischer Wechselbeziehungen. Während zum Beispiel die französische Forschung, etwa die „Anales"-Schule, ganz unbefangen nach „geopolitischen" Zusammenhängen fragt und dabei auch ihren Terminus ohne weiteres verwendet, ist die Geopolitik bei uns immer noch weitgehend tabu.

Das ändert sich nun. Allein dem Tagungsort, dem zweitausendjährigem Trier, huldigten drei Sektionen, in denen der Grenzraum zwischen der Germania und der Romania behandelt wurde. Hier wie in vielen anderen Sektionen wurde – mit kritischer Distanz gegenüber allen „geopolitischen" Einseitigkeiten, aber auch ohne Berührungsängste – im Detail untersucht, inwieweit der Mensch siedelnd, staatenbildend, verwaltend und kultivierend den jeweils vorgefundenen Raum verändert hat und inwieweit umgekehrt die jeweiligen geographischen Verhältnisse politische Strukturen beeinflußten.



Das Signet des 36. Historikertages: Trier zur Römerzeit mit gefangenen Germanen (im sogenannten Kalender des Jahres 354 n. Chr.) FOTO: DIE WELT

Daß dieser Einfluß vorhanden ist, war nirgendwo mehr umstritten; zugleich war man sich aber auch darüber einig, daß es keinen unveränderbaren räumlichen Determinismus in der Geschichte gibt und daß historische Entwicklungen niemals monokausal-geographisch erklärt werden können.

Umstritten blieb in Trier, ob die „geopolitische" Betrachtungsweise es auch ermöglicht, die jüngere deutsche Geschichte in neuem Licht zu sehen. In einer öffentlichen Podiumsdiskussion zum Thema „Mittellage und nationale Identität" beschäftigte man sich mit der schon früher geäußerten und vor kurzem von Michael Stürmer wiederaufgenommenen These, die ungünstige geographische Lage des Bismarckschen Reiches inmitten der übrigen Großmächte habe verfassungsgeschichtliche Konsequenzen gehabt; angesichts der militärischen Drucks von außen sei eine schnelle Entwicklung im demokratisch-parlamentarischen Sinne keineswegs geboten gewesen. Dem widersprach vor allem Jürgen Kocka. Andererseits wurde darauf hingewiesen, daß die Mittellage in jüngster Zeit die Entstehung eines neuen nationalen Bewußtseins begünstige, da sie vielfältige Wechselbeziehungen nicht nur zwischen den deutschen Staaten, sondern auch zu den übrigen ost-mitteleuropäischen Staaten fördere.

Stürmer sprach übrigens zur Kennzeichnung vergangener und gegenwärtiger politischer Verhältnisse ausdrücklich von „Machtgeographie" – ein Terminus, der auf einen weiteren, sich in Trier ebenfalls deutlich abzeichnenden Trend in der deutschen Geschichtswissenschaft verweist. Jahrzehntelang war bei uns das Bewußtsein davon, daß alle Politik zu einem guten Teil *Machtpolitik* ist und daß das Schicksal der Völker und Staaten ganz wesentlich auch von den jeweiligen außen- und sicherheitspolitischen Verhältnissen abhängt, in den Hintergrund getreten. In Trier jetzt befaßten sich gleich drei Sektionen mit außenpolitischen und militärgeschichtlichen Fragen.

Auch in diesem Bereich handelte es sich jedoch nicht um einen schlichten Rekurs auf traditionelle Denk- und Deutungsmuster der älteren Geschichtswissenschaft. Es ergab sich vielmehr das gleich Bild wie bei der Geopolitik: Die Fragestellung wird nicht mehr gescheut, aber die Untersuchung wird sozusagen auf geläuterte Weise und auf dem Stand moderner Forschung vorgenommen.

Das gleiche gilt auch für den dritten großen Gegenstand des Trierer Historikertages, die Frage nach der „nationalen Identität". Stürmer hat gefordert, daß die Deutschen aus ihrer „machtgeographischen" Situation die nötigen politischen Konsequenzen ziehen, insbesondere im Bereich der Bildungspolitik, und hier wiederum in erster Linie mit dem Ziel, ein fundiertes, realistisches Geschichtsbewußtsein zu schaffen. (In Trier wurde hierfür der Begriff „Geschichtspolitik" geprägt.) Nichts anderes tut im Grunde die Bundesregierung mit ihrem Projekt eines deutschen historischen Museums, dessen Konzeption auf dem Historikertag im Rahmen einer großen Podiumsdiskussion vorgestellt wurde.

Dabei erwies sich die von einer pluralistisch zusammengesetzten Expertenkommission erarbeitete als so ausgewogen und in sich schlüssig, daß selbst die Gegner des Projekts nicht mehr viel einzuwenden wußten. Ihre Argumentation wirkte durchweg hilflos, so etwa die Einlassung von Professor Rürup, ein solches Museum müsse auch Japanern und Indern die Möglichkeit zu nationaler Selbstdarstellung bieten.

Auch Hans Mommsens Bemerkung, dergleichen wäre vor 15 Jahren nicht möglich gewesen, war zwar richtig, aber nicht gerade konstruktiv; er sprach übrigens in diesem Zusammenhang von der „sogenannten deutschen Nation", deren Geschichte er andererseits – wie trocken festgestellt wurde – in zwei Bänden darzustellen beabsichtigt.

Naturgemäß kamen auf dem Historikertag auch das gewandelte Verhältnis der Deutschen zu ihrer eigenen Geschichte und die in letzter Zeit aufgebrochene Kontroverse über die Einordnung der NS-Zeit und ihrer Verbrechen zur Sprache. Bereits bei der Eröffnungsveranstaltung wies Christian Meier darauf hin, daß sich hinsichtlich der historischen und nationalen Identität derzeit in allen drei Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches ein Bewußtseinswandel vollziehe, Das sei vielleicht biologisch bedingt. Die Betroffenen gehörten inzwischen der Großväter-Generation an, und es wachse die Zahl derer, „die mit den Untaten nichts zu tun hatten und nicht einsehen wollen, weshalb sie einem gezeichneten Volks angehören sollen."

Das Thema konnte auf dem Historikertag naturgemäß nicht ausdiskutiert werden. Sowohl die vielschichtige Thematik als auch der Ablauf des Kongresses legen jedoch gewisse Vermutungen über den schließlichen Ausgang des Streits nahe. Es drängte sich der Eindruck auf, daß die Berührungsängste schwinden, daß eine gelassenere Betrachtungsweise Platz greift, daß sich die „Lösung vom Bann" vollzieht.

Auf den Kern der Auseinandersetzung bezogen bedeutet dies: Auch der Nationalsozialismus selbst dürfte mit zunehmendem zeitlichen und psychologischem Abstand eines Tages zu einem überwiegend historischen Phänomen werden, das infolge dessen dann zwar nicht nur, aber doch überwiegend unter historischen Kategorien zu betrachten wäre.

ULRICH MARCH

Frankfurt: Vasenkunst in der griechischen Antike

Was Winckelmann wußte

Das Frankfurter Museum für Vor- und Frühgeschichte leidet (noch) unter Raumnot, vor allem die Antikenabteilung. Seit Jahren schon war es ihr versagt, ihren umfangreichen Besitz (Bronzen, Terrakotten, Glas, Keramik) öffentlich zu präsentieren. Indessen tröstet sie sich nicht nur mit der Hoffnung auf den Neubau des Archäologischen Museums in der Alten Mainzer Gasse, sondern nützt die Zeit des Interims zweckdienlich aus, um vorab schon einen wichtigen Teil der Antikensammlung im Dormitorium des Karmeliterklosters möglichst vollständig vorzustellen.

Dort hat man jetzt 200 „Griechische Vasen" zu einer Sonderausstellung versammelt, die ein Bild von der Kunst-, Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des griechischen Altertums vermittelt. Es handelt sich aber nicht unbedingt um *griechische Erzeugnisse* und auch nicht um Vasen in unserem Verständnis. Wir sehen vielmehr vielgestaltige Gefäße für vielerlei Zwecke: Vorrats-, Misch-, Gieß-, Trink-, Salb- und Kultgefäße. Die Bezeichnung stammt aus Italien, wie auch die Mehrzahl der Fundstücke. Dort bedeutet „vaso" einfach ein Gefäß; und weil diese Gefäße zuerst und zumeist aus italienischer Erde ausgegraben wurden, blieben sie ohne Rücksicht auf Form und Funktion auch hierzulande und für die wissenschaftliche Terminologie vor allem allesamt „Vasen" und begründeten darüber hinaus die langwährende Irrlehre, sie seien etruskischen Ursprungs.

Illustrierte Mythologie: Korinthische Kanne, um 640 v. Chr. FOTO: KATALOG

Erst J. J. Winckelmann erkannte ihre griechische Herkunft, freilich ohne die Archäologen seiner Zeit überzeugen zu können. Inzwischen weiß man, daß im 6. vorchristlichen Jahrhundert zum Beispiel 70 Prozent der attischen Trinkschalen, die damals in Mode waren, nach Etrurien exportiert wurden, dazu ein Drittel der gesamten Vasenproduktion Athens. Im 4. Jahrhundert machten sich die etruskischen und süditalienischen Manufakturen selbständig und wurden zu einer ernsthaften Konkurrenz ihrer griechischen Vorbilder, die bereits auf eine tausendjährige Tradition zurückblicken konnten.

Diese Tradition, seit ihren Anfängen in Mykene und Kreta, und die Entwicklung der griechischen Keramik bis zu ihrer Ablösung durch koloniale und italische Produktionen im Hellenismus führt uns die Frankfurter Ausstellung in einer exemplarischen Auswahl vor Augen. Mykenische Gefäße des 14./13. Jahrhunderts v. Chr. stehen am Anfang. Mit dem geometrischen Stil, der etwa um 1000 v. Chr. einsetzt, aber durchaus in mykenischer Tradition wurzelt, beginnt eigentlich die griechische Kunstgeschichte. Er wird hier hervorragend repräsentiert durch eine große attische Kanne, ein Prunkstück der Frankfurter Sammlung, aus dem 7. Jahrhundert, die mit ihren stilisierten Tierdarstellungen (Schlangen, Vögel) bereits eine Lockerung der strengen Abstraktion ankündigt.

Es entwickelt sich der schwarzfigurige Malstil, der im 5. Jahrhundert allmählich von der rotfigurigen Malerei abgelöst wird. Und überall, aus dem ornamentalen Schema sich lösend, ständig lebhafter, realistischer das Bild beherrschend, treten uns Menschen entgegen oder Götter, Halbgötter, Heroen. Zugleich stellen die Vasenbilder ein illustriertes Kompendium der antiken Religion und Mythologie dar. Viele mögen ihre Vorbilder in Gemälden gehabt haben, die wir nicht kennen; aber die griechische Vasenmalerei ist mehr als ein Abglanz der verlorenen Malerei. Sie ist eine ganz und gar selbständige, überaus komplizierte Kunst von ausgeprägtem Formbewußtsein und unvergleichlichem Zauber. (Bis Mai 1987; Katalog, nicht speziell für diese Ausstellung, 13 Mark.)

EO PLUNIEN

Darmstadt: Büchner-Preis an Friedrich Dürrenmatt

„Ich irre mich anders"

Ein sonderbarer Nachmittag, diese Darmstädter Büchner-Preis-Verleihung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung. Es begann scheinbar müde, aber nur scheinbar. Helmut Heißenbüttel, Laudator des Merck-Preisträgers Heinrich Vormweg, machte es kurz und nannte Vormweg einen „integren" Kritiker. Er hat ihn seinerzeit aufgesucht und integer gefunden. Das war's. Nicht wahr, wenn Heißenbüttel einen integer findet, ist alles gesagt.

Vormweg sprach über Johann Heinrich Merck, zu dem er weniger durch Goethe als durch die Beschäftigung mit Wieland Zugang fand. Mercks kritisches Stichwort „Wirklichkeit" hat freilich Goethe zustimmend überliefert: „Deine unablenkbare Richtung ist, dem Wirklichen eine poetische Gestalt zu geben, die anderen suchen das sogenannte Poetische, und das gibt nichts wie dummes Zeug." Vormweg gab zu verstehen, daß er der heutigen Literarkritik kein nutzbringendes Verhältnis zur Wirklichkeit zuschreibt.

Ein Glanzstück lieferte der hochgebildete Verleger Ernst Klett mit dem Lobgesang auf Hartmut von Hentig, der den Sigmund-Freud-Preis erhielt, aber krank zu Bett liegt. Klett führte einige Namen auf, die auf Hentig Einfluß hatten, darunter zuerst den – Vater. Der saß im Dienst des Kaisers bei Kriegsausbruch abgeschnitten in Kabul und absolvierte kurzerhand auf dem Pferderücken einen unglaublichen Ritt bis Peking. Später verübte er bei seiner Frau, mit der er in Scheidung lebte, einen Einbruch und entführte das Kind Hartmut nach Amerika. Hartmut kochte jeden Abend für seinen 98jährigen Vater und die Stiefmutter das Abendessen und plauderte ein Stündchen mit ihnen, und dies trotz all seiner Pflichten und wissenschaftlichen Arbeiten. Der nächste Einfluß stammt von Plato, wobei Klett es „dahingestellt sein läßt, ob Hentig wirklich verstanden hat, was Plato in der Polytheia gemeint hat". Noch nie eine so souveräne, geistvoll vergnügte Laudatio gehört.

Hentigs Dankrede wurde verlesen. Er legte zwei Freud-Zitate vor, die in ganz einfacher Sprache das Problem eröffnen, dem Leser die Schwierigkeiten zeigen und ihn zum Weiterlesen ermuntern. Dann folgte ein hochgestochenes anonymes Zitat, und dazu Hentig: „Dieser Autor will gar nicht verstanden werden." Er sage nichts Falsches, aber er sage alles ungenau, ungeordnet und vor allem unhöflich. Was für ein „Fach", in dem so etwas möglich sei!

Georg Hensel über Dürrenmatt: „Mit 26 hatte er seine erste Uraufführung, mit 31 war er durch ‚Die Ehe des Herrn Mississippi' berühmt, mit 35 durch den ‚Besuch der alten Dame' weltberühmt, und Hollywood erwies ihm die Ehre, das Stück in einem Film zu verfälschen, und genau in diesem Augenblick hätte die Akademie ihm den Büchner-Preis verleihen müssen", diesem „literarischen Hochgewächs aus protestantischem Pfarrgarten". Im „Tunnel" steht am Ende: „Was ist zu tun, wenn man offenen Auges in den Tod rast? – Nichts. Gott hat uns fallen lassen, und wir stürzen auf ihn zu." In der Neuausgabe heißt die Antwort nur noch: „Nichts." Dürrenmatt ist ein Dramatiker nach Kierkegaard und Einstein, Brecht war der Dramatiker nach Hegel und Marx. Dürrenmatt über Brecht: „Seine Irrtümer waren nie die meinen, ich irre mich anders."

Und nun erwartete man eine Sturzflut von schwarzen Dürrenmatt-Bonmots. Aber nichts da, Dürrenmatt stand am Pult wie ein Monument, nahm es mit der philosophisch-wissenschaftlichen Umorientierung des Naturverständnisses auf und las ohne Akzentuierung und ohne gliedernde Pausen in schwer verständlichem Berner Deutsch eine Abhandlung herunter mit dem Titel „Georg Büchner und der Satz vom Grund". Nach Berufung auf den Stammvater Leibniz, die Fortsetzer Schopenhauer und Heidegger, den Zerstörer der Metaphysik Immanuel Kant, mit einem Seitenhieb auf dessen praktische Vernunft, war er schließlich bei Büchners Doktorarbeit und Probevorlesung über Schädelnerven angelangt, was Büchner durchaus philosophisch verstand und gegen jegliche teleologische Untersuchung richtete. Büchner: „Das Leben ist selbst Zweck ... Die Natur handelt nicht nach Zwekken ... Alles, was ist, ist um seiner selbst willen da." Büchner findet das Grundgesetz der Organisation in einem Urgesetz, dem „Gesetz der Schönheit". Auf die Implikationen wies Dürrenmatt ebenfalls ein wenig hin, bis zum Schluß in emotionslosem, pausenlosem Fluß, wie schon gesagt.

Also da lese ich lieber das Kapitel „Harmonische Natur" in Hans Mayers „Georg Büchner und seine Zeit".

RUDOLF KRÄMER-BADONI

JOURNAL

Irina Ratuschinskaja will ausreisen

SAD, **London**

Die sowjetische Lyrikerin Irina Ratuschinskaja, die nach vierjähriger Inhaftierung überraschend freigelassen worden war, möchte nach England oder Schweden überwechseln, wie sie Freunden in England anvertraute. Die Dichterin muß sich zunächst dringend wegen eines Herz- und eines Nierenleidens medizinisch behandeln lassen, die sie sich unter schweren Haftbedingungen zugezogen hatte. Irina Ratuschinskaja war am letzten Donnerstag in die Wohnung ihres Mannes *Igor Geraschtschenko, des Aktivisten* für Menschenrechte, gefahren worden. Ihre überraschende Freilassung wurde als Geste des Entgegenkommens der Sowjets im Blick auf den Gipfel in Island gesehen.

Werke von Matisse aus der UdSSR in Lille

dpa, **Lille**

Frühwerke des französischen Malers und Graphikers Henri Matisse (1869–1954) aus dem Puschkin-Museum in Moskau und der Eremitage in Leningrad sind in Lille im Musée des Beaux Arts bis zum 5. Januar zu sehen. Neun zum Teil später erworbene Zeichnungen ergänzen die Auswahl. Im Austellungs-Katalog würdigen sowjetische Kunsthistoriker den Einfluß des vor noch nicht so langer Zeit offiziell als „dekadent" angesehenen Matisse auf die moderne europäische Malerei.

Ausstellung über Alvar Aalto

J. B. **Brüssel**

An den finnischen Architekten Alvar Aalto (1898–1976) erinnert eine Ausstellung im Brüsseler Königlichen Museum. Sie will den Aalto als einen der Bahnbrecher der neuen Architektur vorstellen, dessen Bauten stets im Einklang mit der umgebenden Natur entstanden. Beispiele seiner Arbeit finden sich nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika und im Mittleren Osten. Die Ausstellung ist bis 30. November zu sehen, der Katalog kostet 17 Mark.

Aquarelle von Christian Modersohn

DW. **Wertheim am Main**

Eine Auswahl von Aquarellen von Christian Modersohn zeigt anläßlich seines siebzigsten Geburtstages das Nuseum der Stadt Wertheim am Main. Der Sohn des Worpsweders Otto Modersohn hat sich zwar auch der Landschaft zugewandt, sie jedoch anders als sein Vater vorwiegend in stimmugsvollen Aquarellen festgehalten. Die Ausstellung in Wertheim ist bis zum 2. November zu sehen. Außerdem zeigt die Kunsthalle Worpswede vom 12. Oktober bis 30 November eine Auswahl aus dem Werk des Künstlers. Zu beiden Ausstellungen erschien im Christians Verlag Hamburg der Katalog „Christian Modersohn Aquarelle" für 28 Mark.

Der „Wozzeck" von Manfred Gurlitt

Zi. **Bremen**

Der vergessene Komponist Manfred Gurlitt (1890–1972), der u. a. – vor Bernd Alois Zimmermann – „Die Soldaten" von J. M. R. Lenz (1930) zu einer Oper umformte, auch Zolas „Nana" (1933), kommt in Bremen zu neuen Ehren. Arno Wüstenhöfer, einst Generalintendant des Theaters der Hansestadt, inszeniert Gurlitts „Wozzeck" (1926), eine Oper, die im selben Jahr wie Alban Bergs gleichnamige Oper entstand. Die Premiere ist für den 8. Januar 1987 vorgesehen.

Georges Dumezil †

dpa, **Paris**

Der französische Gelehrte Georges Dumezil, Spezialist für die indo-europäische Zivilisation, ist im Alter von 88 Jahren in Paris gestorben. Dumezil, der 30 indo-europäische Sprachen beherrschte, war seit 1978 eines der „unsterblichen" Mitglieder der Academie Française. Der in Paris geborenen Dumezil lehrte in Warschau, Istanbul und Upsala. 1949 erhielt er am College de France in Paris einen Lehrstuhl für indo-europäische Zivilisation.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Orte, die die Gemüter erregten, „Berlin Schauplätze", stellt Andreas Müller mit Bildern und Texten vor. Dabei geht's ums Neue, Erneuerte, um Gebäude und Straßen, die etwas Besonderes waren oder sein wollen, zumeist im Westen, aber mit Märkischem Museum und Gendarmenmarkt auch östlich der Mauer. Aber da der Berliner was „für's Jemüt" braucht, neigt er dazu, die alten Baulichkeiten den neuen vorzuziehen. So klingt auch hier zwischen den Zeilen, die das Neue loben, die Sehnsucht nach den Stilkonglomeraten von gestern an. Recht ambivalente Spaziergänge also. P. Jo.

Andreas Müller: „Berlin Schauplätze". Ullstein, 142 S., 97 Abb., 12,80 Mark.

Frankfurts neue U-Bahn: keine anonyme Pipeline

D. GURATZSCH, Frankfurt

Als am Samstag die beiden neuen, 1,3 Milliarden Mark teuren Frankfurter U-Bahnen in Betrieb gingen, floß Apfelwein. Der „Schoppen" wurde in den U-Bahnhöfen Zoo und Bockenheimer Warte ausgeschenkt, die sich nun auf acht Minuten Fahrzeit „nahegekommen" sind. Der Betriebsbeginn auf den neuen Strecken war durch politische Querelen zwischen der CDU-regierten Stadt und dem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten von Darmstadt um zwei Wochen verzögert worden.

Die nagelneue, sechs Kilometer lange Querverbindung unter der City vergrößert das bestehende Netz um ein Drittel. Nach 25 Jahren S- und U-Bahnbau hat Frankfurt damit den wichtigen „C-Ast" seines neuen Schnellbahnnetzes dem öffentlichen Nahverkehr übergeben. Er verbindet die westlichen Stadtteile Praunheim, Hausen und Bockenheim mit den City-Knotenpunkten Hauptwache und Konstablerwache. Vorläufige östliche Endstation ist der Frankfurter Zoo.

An den Stationen der neuen Linien liegen die großen „Publikumsmagneten" der Mainmetropole: Universität, Alte Oper, die Einkaufsmeile Zeil sowie der Zoologische Garten. Das unterirdische Verkehrsangebot in der Altstadt, in der künftig nur noch eine Straßenbahnlinie verkehren wird, ist rekordverdächtig: Allein an der Hauptwache können die Fahrgäste von nun an zwischen fünf U-Bahn- und sieben S-Bahn-Linien wählen.

„Novitäten" der neuen Strecke sind unter anderen eine Wärmepumpe für den Bahnhof Westend und Fahrtreppen mit elektronischen „Augen" für die selbsttätige Behebung „mißbräuchlicher Störfälle".

Besondere Mühe hat Frankfurts Hochbauamt auf eine hochwertige Gestaltung der neuen Bahnhöfe gelegt: Pilz- und Palmensäulen, Mosaike und Kirchenfenster, schmiedeeiserne Gitter und Emaille-Bilder sollen nach den Worten von Baudezernent Erhard Haverkampf dem „bedrückenden Gefühl einer anonymen Pipeline des Menschentransportes" entgegenwirken.

Der heimliche Traum des Hans-Otto W.

JOACHIM NEANDER, Trier

Jedes Jahr einmal fährt Hans-Otto Wilhelm (46), ein echtes Mainzer Kind und als Vorsitzender der rheinland-pfälzischen CDU-Landtagsfraktion nun gewiß einer der Einflußreichen im Land, ganz privat nach Trier. Nur, um in Deutschlands ältester Stadt spazierenzugehen. Neues zu entdekken. Da entstehen heimliche Träume.

Einen solchen Traum hat Wilhelm nun auf die Tagesordnung der harten Realität gehoben. In seinem berühmten, fast 2000 Jahre alten römischen Amphitheater soll Trier die erste und einzige große Freilicht-Opernbühne Deutschlands erhalten. Ungefähr wie in Verona, wo bekanntlich die halbe Welt hinpilgert. Ein Verona des Nordens? Der Politiker winkt heftig ab: „Das ist mir zu hoch gegriffen."

Aber Format soll die Sache schon haben. Nicht irgendeins der vielen vornehmlich vom Tourismus geprägten Festspielprojekte, von denen es schon viel zu viele gibt. Ein Magnet über die Grenzen hinaus. Weltberühmte Solisten, dazu die beiden großen philharmonischen Orchester des Landes. „Mozart kann man in diesem Rund natürlich nicht spielen", räumt der Mainzer Trier-Träumer ein. Er denkt an „große, laute Oper".

Eins hat Wilhelm bereits geschafft. Im Nachtragshaushalt des Landes stehen 200 000 Mark für eine gründliche fachliche Überprüfung des Plans. Bundesgenossen hat er auch schon, vor allem Heinz Cüppers, den Chef des weltbekannten Rheinischen Landesmuseums in Trier.

Die Stadtoberen halten sich noch ein wenig bedeckt. Man habe an sich nichts dagegen, verrät OB Felix Zimmermann, aber eigentlich gebe es Vordringlicheres für die Stadt. In der Tat, der Plan mit der Amphi-Oper Trier (selbst wenn, wie Hans-Otto Wilhelm sich das denkt, zunächst von den 15 000 Plätzen nur 7000 ausgebaut werden) setzt noch viele Fragezeichen, ganz abgesehen von den Kosten – zehn bis zwölf Millionen Mark. Aber die Akustik ist ein wahres Wunder. Wenn ganz unten ein Zehnpfennigstück zu Boden fällt, ist es bis ganz nach oben an der Mauer zu hören.

Nach Jahren des Bürgerkriegs hat ein schweres Erdbeben San Salvador heimgesucht



Vermutlich 500 Menschen sind beim Einsturz dieses Gebäudes ums Leben gekommen (r.); ein Vater trägt sein verletztes Baby FOTOS: AFP

Ein Land kommt nicht zur Ruhe

W. THOMAS, San Salvador

Die Bilder wirken vertraut: verstümmelte Leichen, schwerverletzte Menschen, zerstörte Häuser. Weinende Kinder, trauernde Greise, ein verzweifelter Präsident. Diesmal waren nicht rechte Todesschwadronen oder linke Guerrilleros am Werk. Diesmal haben Naturgewalten das Elend angerichtet, eine Serie von Erdbeben, die eine Stärke von 5,2 Punkten auf der Richter-Skala erreichten.

Die Zahl der Toten wurde gestern offiziell mit 300 angegeben, doch Rettungsmannschaften gehen von 1000 und mehr aus. Am schlimmsten betroffen ist die Innenstadt von San Salvador. Etwa 30 Prozent der Gebäude dürften zerstört oder schwer beschädigt worden sein, darunter der Präsidentenpalast, die US-Botschaft, sechs größere Krankenhäuser und mehrere Schulen. 300 Verschüttete werden in den Trümmern des fünfgeschossigen Ruben-Diario-Gebäudes vermutet. Eine Maschine der Bundeswehr startete gestern mit Medikamenten und Hilfsgüter in das Katastrophengebiet.

El Salvador, das mit 21 041 Quadratkilometern kleinste, aber am dichtesten besiedelte Land Mittelamerikas, ist eine Unglücksnation. Die fünf Millionen Einwohner mußten in den letzten sechs Jahren den schlimmsten Guerrilla-Krieg auf dem amerikanischen Kontinent erdulden, der mehr als 60 000 Todesopfer forderte. Und jetzt das schwere Erdbeben. Staats- und Regierungschef José Napoleon Duarte fragte fassungslos: „Warum gerade wir?"

Der christdemokratische Politiker regiert einen Staat, der die Welt immer wieder mit Schlagzeilen schokkiert – Schlagzeilen politischer Natur. Im März 1980 ist Erzbischof Oscar Arnulfo Romero während einer Totenmesse ermordet worden. Bei seiner Beisetzung starben 36 Personen bei Bombenexplosionen und durch Schüsse.

Im November gleichen Jahres wurden sechs Oppositionsführer entführt und hingerichtet. Wenige Tage nach der Trauerfeier entdeckten Campesinos die frischen Gräber von vier amerikanischen Nonnen. Es war die Zeit der Killer-Kommandos rechtsextremer Gesinnung, die Namen trugen wie „Geheime Antikommunistische Armee" (ESA).

Das Jahr 1981 begann mit einer sogenannten „Endoffensive" der marxistischen Rebellenbewegung „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN), die fast zum Sturz der damaligen Junta geführt hätte. Wie die sandinistischen Comandantes in Managua mittlerweile zugeben, haben sie damals Waffenhilfe geleistet für die FMLN-Truppen. Präsident Duarte erklärte im Juli der WELT: „Diese Hilfe geht weiter."

Die internationale Presse, die sich wie Hyänen auf Krisennationen stürzt, widmete El Salvador in den letzten drei Jahren allerdings weniger Aufmerksamkeit. Der Grund: Zwei eindrucksvolle Wahlsiege Duartes, der die Präsidentschaft gewann und dann seiner Partei noch die Kontrolle über den Kongreß sicherte, die entschärften die politische Polarisierung und garantierten eine verstärkte Unterstützung Washingtons. Innerhalb von fünf Jahren (1981 bis 1986) schrumpfte die FMLN-Bewegung von etwa 10 000 auf 6000 Kämpfer. Die salvadorianischen Streit- und Sicherheitskräfte konnten dagegen ihre Kontingente im gleichen Zeitraum von rund 20 000 Mann auf 50 000 erhöhen.

Die FMLN änderte ihre Taktik und kehrte zurück zum Terrorismus. August vergangenen Jahres entführte ein Kommando die älteste Tochter des Präsidenten, Ines Duarte. Sie kehrte erst im Oktober zurück. Bis heute sind keine neuen Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konfliktes zustande gekommen. Doch die Erdbebenkatastrophe hat neue Hoffnungen geweckt. Plötzlich sehen sich Regierung und Rebellen in einer Schicksalsgemeinschaft vereint. Die FMLN-Kommandeure haben einen formellen Waffenstillstand verkündet.

Nicaraguas Präsident Daniel Ortega, der nach Ansicht Duartes die revolutionäre Unruhe in der Region schürt, richtete eine „Botschaft an das salvadorianische Volk". Er äußerte den Wunsch, „daß sich unsere Völker näher kommen mögen". Seine Regierung werde tatkräftige Hilfe für die Erdbebenopfer leisten.

Tagelang soll es noch sonnig bleiben

AP, Frankfurt

Das nebelig-sonnige Herbstwetter wird auch in den nächsten Tagen anhalten. „Wir nennen das eine blokkierte Lage", sagten gestern die Meteorologen des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach. Ein möglicher Tiefausläufer aus dem Westen in der zweiten Hälfte der Woche werde von einem folgenden Ausläufer des Azorenhochs hinweggefegt. Auch negative Begleiterscheinungen des derart stabilen Klimas scheinen vorerst ausgeschlossen. Weder Bodenfrost, abgesehen vom äußersten Norden der Bundesrepublik, noch Smog seien augenblicklich zu befürchten. Der Nebel verhindere ein Abkühlen des Bodens, und eine Inversionswetterlage, die das Abziehen verschmutzter Luft aus bodennahen Schichten verhindere, sei höchstens nachts gegeben. Wenn sich der Nebel tagsüber auflöse, werde die Inversion „weggeräumt". Die Alpengipfel ragten gestern über das Nebelmeer. Die Zugspitze meldete eine Sicht von 150 Kilometer über einem Nebelmeer mit Obergrenze bei etwa 1600 Meter. Zehntausende von Bergwanderern nutzten das sonnige Wetter zu Hochtouren.

Reinls Frau in U-Haft

dpa, Madrid

Die 43 Jahre alte Daniela Reinl (Foto), die ihren Mann, den österreichischen Filmregisseur Harald Reinl (78), offenbar nach einem Streit in ihrem Haus auf Teneriffa erstochen hatte, sitzt in Untersuchungshaft. Zuvor war sie von einem Psychiater untersucht worden. Anklage ist bislang nicht erhoben worden. Die ehemalige tschechoslowakische Schauspielerin hatte den bisherigen Erkenntnissen zufolge ihren Mann am Donnerstag im Wohnzimmer rücklings niedergestochen. Etwa 15 Stunden später rief die offensichtlich unter Schock stehende Frau das Rote Kreuz an und gestand das Verbrechen. Die Tatwaffe ist noch nicht gefunden worden. Bei der Festnahme war Frau Reinl völlig betrunken.



WETTER: Sonnig und trocken

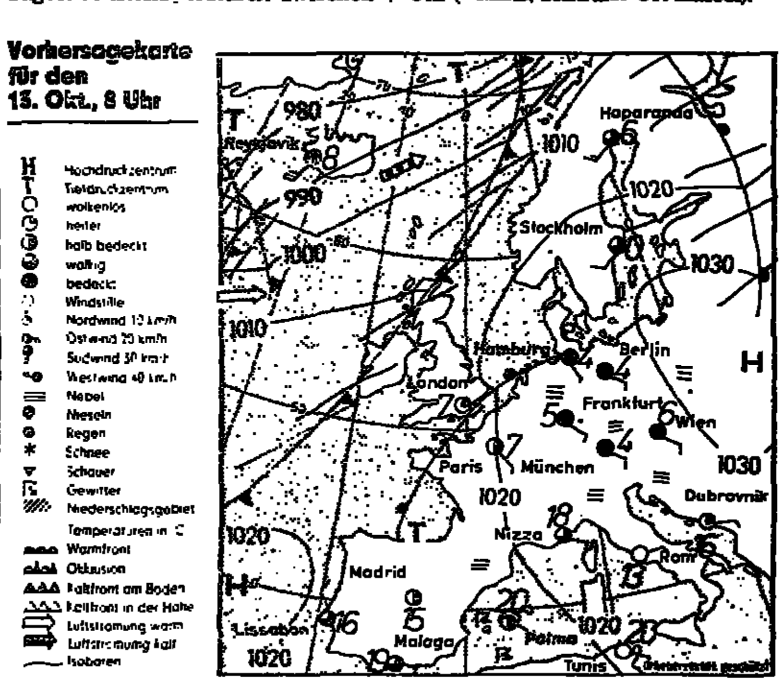
Lage: Das Hoch über dem östlichen Mitteleuropa wandert weiter südostwärts, bestimmt aber am Montag noch das Wetter. Schwach ausgeprägte Tiefausläufer greifen erst am Dienstag auf das Bundesgebiet über.

Vorhersage für Montag: Anfangs neblig-trüb oder Hochnebel, später überwiegend sonnig, aber leicht dunstig, dabei weitgehend trocken. Tagesböchsttemperaturen zwischen 15 und 20 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 10 bis 4 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten: Am Dienstag im Norden wolkig mit geringer Niederschlagsneigung, nach Süden hin bedeckt mit gelegentlichem Regen, 15 bis 18 Grad.

Sonnenaufgang am Dienstag: 6.43 Uhr*, Untergang: 17.32 Uhr; Mondaufgang: 16.43 Uhr, Untergang: 2.18 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 13. Okt., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	15	he
Bielefeld	18	he
Braunlage	14	he
Bremen	15	he
Dortmund	18	he
Dresden	16	he
Düsseldorf	20	he
Erfurt	14	he
Essen	19	he
Feldberg/S.	9	bw
Flensburg	14	he
Frankfurt/M.	15	bw
Freiburg	13	bd
Garmisch	12	he
Greifswald	16	wl
Hamburg	15	he
Hannover	16	he
Kahler Asten	10	bw
Kassel	16	he
Kempten	11	bd
Kiel	15	wl
Koblenz	17	bw
Köln-Bonn	18	he
Konstanz	13	bd
Leipzig	16	he
List/Sylt	9	bw
Lübeck	16	wl
Mannheim	15	bw
München	15	he
Münster	18	wl
Norderney	15	bw
Nürnberg	16	bw
Oberstdorf	14	he
Passau	18	he
Saarbrücken	12	bd
Stuttgart	13	bw
Trier	13	bw
Zugspitze	6	he

Ausland:		
Algier	28	bw
Amsterdam	14	bw
Athen	23	he
Barcelona	20	bw
Belgrad	20	he
Bordeaux	21	wl
Bozen	18	wl
Brüssel	16	wl
Budapest	20	he
Bukarest	21	he
Casablanca	24	bw
Dublin	15	he
Dubrovnik	22	he
Edinburgh	14	bw
Faro	19	bw
Florenz	23	wl
Genf	17	he
Helsinki	6	bd
Hongkong	27	he
Innsbruck	19	he
Istanbul	20	he
Kairo	27	he
Klagenfurt	14	he
Konstanza	20	he
Kopenhagen	11	Ne
Korfu	25	he
Las Palmas	25	he
Leningrad	3	he
Lissabon	19	bw
Locarno	18	he
London	14	bd
Los Angeles	20	bd
Luxemburg	12	bw
Madrid	19	he
Mailand	20	wl
Malaga	17	bw
Mallorca	27	he
Moskau	2	he
Neapel	25	wl
New York	15	he
Nizza	24	bw
Oslo	8	he
Ostende	14	bw
Palermo	25	he
Paris	17	wl
Peking	21	he
Prag	16	he
Rhodos	23	he
Rom	22	he
Salzburg	16	he
Singapur	30	bw
Split	23	he
Stockholm	12	he
Straßburg	15	bw
Tel Aviv	26	he
Tokio	23	bw
Tunis	26	he
Valencia	22	bw
Varna	22	he
Venedig	19	wl
Warschau	10	he
Wien	17	he
Zürich	12	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Der unbequeme Liebling der Nation

Ein Schauspieler, der Präsident werden will? „Warum nicht? Wäre ja nicht das erste Mal", feixt er und blinzelt mit dem umwerfenden Charme, der ihn in Frankreich zum populärsten Star gemacht hat. Er bekannt zu jedem grauen Haar auf dem Kopf – genauso, wie er zu den politischen Wandlungen steht, die er im Laufe seiner 65 Jahre durchgemacht hat: Aus dem fanatischen Sympathisanten der Linken wurde der glühende Verfechter antitotalitärer Positionen.

„Niemand sollte sich schämen, wenn er sein Urteil revidieren muß." In seiner Stimme schwingt noch ein leichter Midi-Akzent mit, die Sprache seiner Kindheit. Er mußte ihn wieder aufpolieren für seinen „wohl letzten Film", wie er sagt: ein Mammutwerk in zwei Teilen, das in Paris schon vor der Premiere als „das Filmereignis" bejubelt wurde. Yves Montand spielt die Hauptrolle eines störrischen, gerissenen, kaltblütigen Achtzigjährigen, der seinen Landsleuten mit deftigen Aussprüchen Bescheid gibt. Er spielt die Rolle so überzeugend, daß er gefragt wurde, ob er sich mit Papet, dem Alten, identifizieren würde.

Bei Edith Piaf begann die Karriere

„Der Film ist keine Apotheose", sagt er nachdenklich, „sondern mehr eine Rückkehr zu den Quellen." Er wisse allerdings keinen anderen, der die Rolle hätte spielen können. Also doch eine Montand-Apotheose? Die Bilanz eines wechselhaften Lebens?

Geboren ist er in Monsummano, einem kleinen Ort in Italien. Als kleiner Junge wächst er auf in einer Familie von strammen Kommunisten und muß erleben, wie der Vater von Mussolini-Faschisten verfolgt und verjagt wird. Bei Nacht und Nebel flüchtet der siebenjährige Ivo Livi zu Fuß mit seinem Vater über die französische Grenze.

Der Vater findet Arbeit in einer Ölfabrik in Marseille. Doch die Not ist bitter, mit elf Jahren muß auch der Sohn zupacken. Als Laufbursche, Friseur- und Handwerksgehilfe trägt er sein karges Scherflein zum Lebensunterhalt bei. Später die erste Liebe, Heirat mit der Pizza-Kellnerin Bruna. Enttäuschung, Trennung. In Paris findet der im Stich Gelassene Trost: bei Edith Piaf, der er den Beginn seiner rasanten Karriere zu verdanken hat. 1944 darf er in ihrem Vorprogramm auftreten. Ab jetzt nennt er sich Yves Montand. Drei Jahre bleibt er mit dem „Spatz von Paris" zusammen, dann tritt Simone Signoret in sein Leben. Die Frau, die 35 Jahre seine engste Komplizin und Lebensgefährtin gewesen ist, die ihm in den wichtigsten Entscheidungen seines Lebens das Rückgrat stärkte. Als die beliebte Schauspielerin im letzten Jahr grausam an Krebs stirbt, bleibt er zurück als Gefangener seiner Erinnerungen. „Das Schlimmste", sagt er leise, „ist das zweite Sterben; in den Sachen des anderen zu kramen, Kostbarkeiten zu entdecken, ganz intime, in einer Schublade, die man nie zuvor geöffnet hat."

Um den Erinnerungen zu entfliehen, stürzt er sich mit Vehemenz in die Politik. Gerade hat er den französischen Rechtsaußen, Jean-Marie Le Pen, zu einem Duell vor der Fernsehkamera herausgefordert. Lust zum Streiten hat er schon immer bewiesen, und er schert sich einen Teufel um Meinungen, die ihm seinen politischen Weltselkurs vorwerfen: Noch bis Mitte der fünfziger Jahre hat er sich in Friedensbewegungen engagiert und prosowjetische Aufrufe unterzeichnet. Der Bruch kam 1956: Aufstand in Posen, Einmarsch in Budapest: „Das war meine Lektion, und ich habe sie begriffen." Als am 13. Dezember 1981 in Polen die Freiheit mit Militärknüppeln niedergewalzt wird, heftet er sich das „Solidarität"-Zeichen ans Revers: „Alle sollten es tragen – es ist an der Zeit, daß wir gemeinsam gegen die Intoleranz und die Kolonisierung in Europa Front machen – sonst werden wir eines Tages selbst hinweggefegt!"



Yves Montand wird 65 FOTO: SVEN SIMON

Von nun an engagiert er sich mit politischer Breitenwirkung: Seine Fernsehsendung vor zwei Jahren „Es lebe die Krise" verschafft ihm auf Anhieb Rekord-Einschaltquoten, von denen jeder Politiker nur träumen kann. Mit volksnahen Vokabeln packt er sein Publikum, wäscht den Politikern den Kopf, daß den Zuschauern der Atem stockt, und ruft seinem Publikum zu: „Laßt euch nicht durch die Propaganda des KGB einschläfern – hören wir auf, uns für dumm erklären zu lassen, sonst werden wir durch unser Schweigen zu Komplizen!" Der Kritik der Linken an Präsident Reagan setzt er ein schonungsloses Kurzporträt des damals amtierenden Parteichefs Andropow entgegen. Kommentar: „Jenen kann man abwählen, diesen nicht." Die UdSSR, sagt er, sei ein brutaler, imperialistischer Staat. Die westliche Welt müsse zusammenstehen und fest gegenüber den Sowjets bleiben.

„Singen Sie lieber, Herr Montand"

Der Wandel vom einstigen „Lieblingskind der Linken" zum erklärten Feind totalitärer Systeme führt zum Aufschrei in Moskau und Paris. Das sowjetische Regierungsblatt „Iswestija" schickt den Abtrünnigen mit gehässigen Attacken ins ideologische Abseits, und eine der sozialistischen französischen Zeitungen schnaubt in dicker Balkenüberschrift: „Genug ist genug, Herr Montand! Singen Sie lieber, als daß Sie ihre politische Meinung von sich geben!"

Ganz anders reagiert das Publikum: Nach der Sendung wird der „Liebling" waschkörbeweise mit Zuschriften bombardiert: „Geh doch in die Politik!" 55 Prozent der befragten Zuschauer geben an: „Was Yves Montand macht, ist wichtiger als alle Reden von Politikern."

Damit hat er selbst nicht gerechnet. Zum ersten Mal gerät er aus der Fassung, als er öffentlich gefragt wird, ob er sich auf eine Präsidentschaftskandidatur vorbereiten würde. Doch der Gedanke verfängt.

In seiner Wohnung auf der Île de la Cité, die Simone und Yves „Roulotte" getauft haben, weil sie ihren rollenden Zigeunerleben ein heimeliges Dach gegeben hat, brütet der Publikumsliebling, der in 46 Filmen, zehn Operetten, einigen Theaterstücken und unzähligen Chansons mitgewirkt hat, nun Neues aus. Und die Franzosen sind gespannt auf seine nächsten Auftritte – ein Kandidat „Rentner" wird er mit Sicherheit nicht sein.

ELISABETH RUGE

In Teile zerrissen

dpa, Viersen/Geldern

Ein mit neun Jugendlichen besetzter Personenwagen ist am Samstag abend bei Lobberich im niederrheinischen Kreis Viersen gegen einen Baum geprallt und in zwei Teile zerrissen worden. Drei der Insassen befanden sich auf den Vordersitzen, vier hatten sich in den Fond gequetscht und zwei junge Leute kauerten im Kofferraum des Wagens. Aus den Trümmern des Fahrzeugs konnten fünf junge Männer, zwischen 16 und 18 Jahre alt, nur noch tot geborgen werden. Die übrigen vier Insassen im gleichen Alter erlitten schwere Verletzungen.

Epidemie in Nepal

dpa, Katmandu

In Nepal sind in den vergangenen Monaten rund 300 Menschen an Hirnhautentzündung gestorben. Mindestens neun Menschen erlagen der Epidemie im September, hieß es. Die gefürchtete Encephalitis hat im benachbarten nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh in den vergangenen Wochen 158 Menschenleben gefordert. Über 400 Personen seien dort an Hirnhautentzündung erkrankt, berichtete am Samstag die indische Tageszeitung „Hindustan Times".

ZU GUTER LETZT

Zwischen den Ländern Bayern und Rheinland-Pfalz wird zur Zeit der Abschluß eines „Staatsvertrages über die Zugehörigkeit der Schornsteinfegergehilfen im Land Rheinland-Pfalz zu der Versorgungsanstalt der Kaminkehrergesellen, Anstalt des öffentlichen Rechts in München, gesetzlich vertreten und verwaltet durch die Bayerische Versicherungskammer" beraten. Der Grund: Die Pfalz gehörte bis 1933 zu Bayern.